

Grundlagen des Volkswirtschaftslehre

Inhaltsverzeichnis

A. Geschichte der Wirtschaftstheorie.....	2
B. Unterschiede zwischen Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre (BWL & VWL).....	9
C. Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft.....	10
E. Zehn volkswirtschaftliche Regeln.....	13
I. Wie Menschen Entscheidungen treffen.....	13
1. Regel: Alle Menschen stehen vor abzuwägenden Alternativen.....	13
2. Regel: Rational entscheidende Leute denken in Grenzbegriffen.....	14
3. Regel: Die Kosten eines Gutes bestehen aus dem, was man bereit ist, für den Erwerb aufzugeben.....	16
4. Regel: Menschen reagieren auf Anreize.....	16
II. Wie Menschen zusammenwirken.....	18
5. Regel: Durch Handel kann es jedem besser gehen.....	18
6. Regel: Märkte sind gewöhnlich gut für die Organisation des Wirtschaftslebens.....	19
7. Regel: Regierungen können manchmal die Marktergebnisse verbessern.....	26
III. Wie die Volkswirtschaft insgesamt funktioniert.....	27
8. Regel: Der Lebensstand eines Landes hängt von der Fähigkeit ab, Güter und Dienstleistungen herzustellen.....	28
9. Regel: Die Preise steigen, wenn zu viel Geld in Umlauf gesetzt wird.....	35
10. Regel: Die Gesellschaft hat kurzfristig zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu wählen.....	35
F. Volkswirtschaftliches Denken.....	37
I. Der Ökonom als Wissenschaftler.....	37
1. Die wissenschaftliche Methode: Beobachtung, Theorie und erneute Beobachtung.....	38
2. Die Rolle der Annahmen.....	38
3. Ökonomische Modelle.....	39
4. Ein erstes Modell: Das Kreislaufdiagramm.....	40
5. Ein zweites Modell: Die Produktionsmöglichkeitenkurve.....	40
6. Mikroökonomik und Makroökonomik.....	43
II. Der Ökonom als Wirtschaftspolitiker.....	44
1. Positive versus normative Analyse.....	44
2. Ökonomen in Berlin und Washington.....	45
III. Warum Ökonomen uneins sind.....	46
1. Unterschiede der wissenschaftlichen Meinungen.....	46
2. Unterschiede der Werturteile.....	47
3. Wahrnehmung und Wirklichkeit.....	47
G. Grafische Darstellungen und ökonomische Rechnungen - Ein kurzer Überblick.....	48
1. Graphen einer einzelnen Variablen.....	49
2. Graphen für zwei Variablen: Das Koordinatensystem.....	49
3. Die Nachfragekurve als Beispiel.....	50
4. Ursache und Wirkung.....	52
H. Wirtschaftspolitik im Dienst der Stabilisierung.....	55
1. Das Konjunkturproblem.....	55
2. Nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik.....	58
3. Angebotsorientierte Stabilisierungspolitik.....	65

A. Geschichte der Wirtschaftstheorie¹

Studierende der Wirtschaftswissenschaft haben es nicht einfach, Namen von Ökonomen, Denkrichtungen und Schulen zeitlich oder in ihrer Beziehung zueinander einzuordnen. Dieser Beitrag ist ein Versuch, eine Grobstruktur der Geschichte der Wirtschaftstheorie zu entwerfen und anhand einer tabellarischen Übersicht ein wenig Ordnung in das historische Geflecht von Namen und Bezeichnungen zu bringen. In den einzelnen Abschnitten des Beitrags werden die zentralen Ideen der in der Tabelle angeführten Richtungen, Schulen und Autoren erläutert und Verbindungslinien angesprochen. Durchgezogene Linien sagen aus, dass Schulen oder Autoren, selbstverständlich in zeitlicher Reihenfolge, aufeinander aufbauen; unterbrochene Linien sollen eine Beziehung im Sinne kritischer Auseinandersetzung andeuten.

I. Vorgeschichte der Wirtschaftstheorie

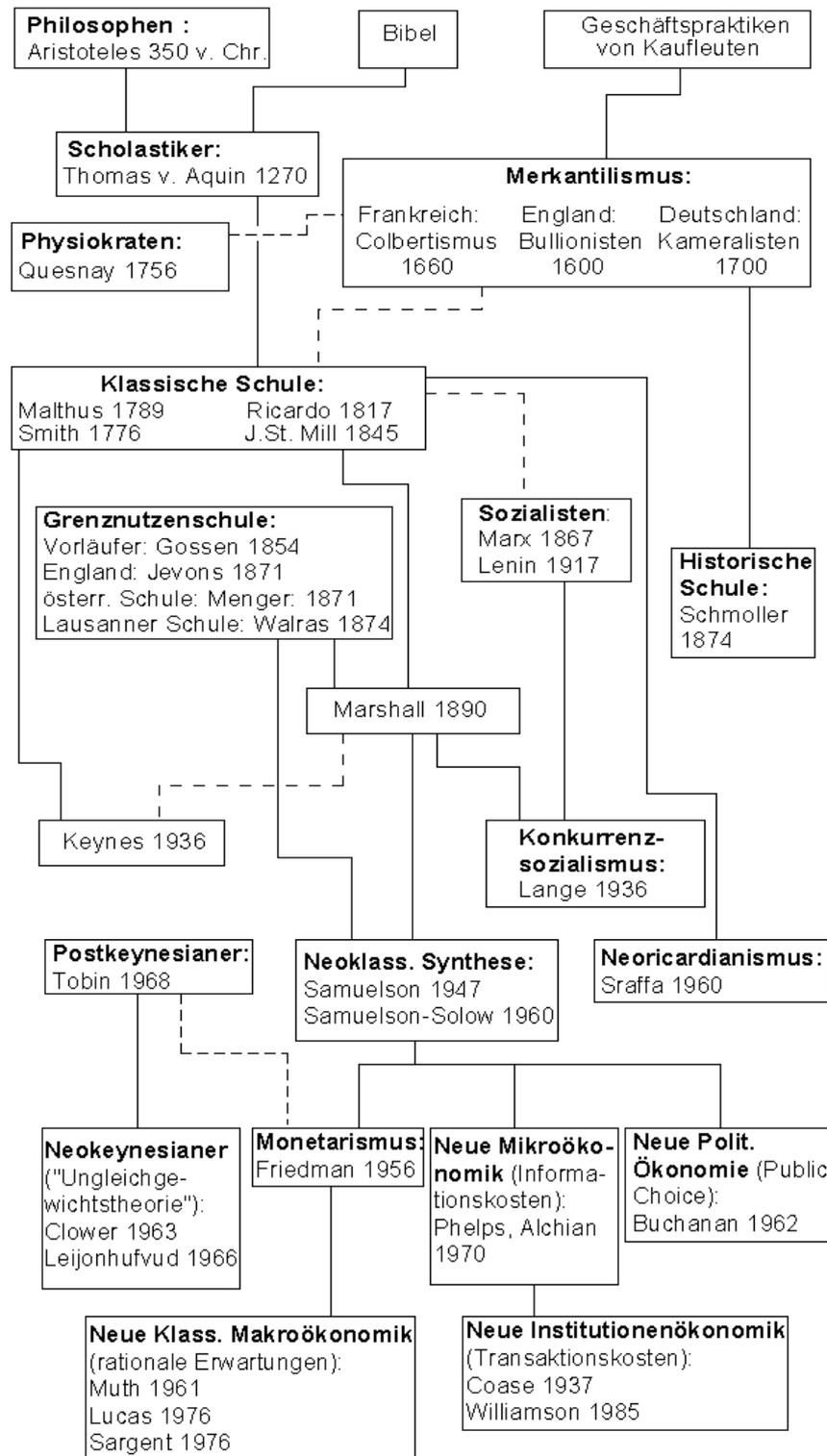
Als geschichtliche Wurzeln der Wirtschaftstheorie können die Anschauungen antiker Philosophen zu wirtschaftlichen Sachverhalten und die Bibel gelten, ferner die Geschäftspraktiken antiker und mittelalterlicher Kaufleute.

Bei Aristoteles (384 - 322 v. Chr.) finden sich zwei wichtige Begriffspaare. Das erste Begriffspaar ist der Gebrauchswert, als individuelle Nützlichkeit von Gütern, und der Tauschwert, als ihr Austauschverhältnis mit anderen Gütern oder mit Geld. Dieses Begriffspaar ist zentral sowohl in der objektivistischen Wertlehre der Klassischen Schule und der Sozialisten als auch in der subjektivistischen Wertlehre der Grenznutzenschule. Das zweite Begriffspaar ist die Ökonomie, als Lehre der weitgehenden Eigenversorgung landwirtschaftlicher Haushalte, und die Chrematistik, als die Lehre von den Kaufleuten und Händlern, die aus der Vermittlung des Gütertausches unter Einschaltung des Geldes eine Erwerbskunst zur Vermögensbildung machen. Die mittelalterlichen Scholastiker, z.B. Thomas von Aquin (1225 - 1274), nehmen die aristotelischen Lehren auf und verbinden sie mit biblischen Lehren zu einer Sichtweise wirtschaftlicher Sachverhalte unter christlichen-ethischen Normen, z.B. der des "gerechten Preises" (*iustum pretium*). Die Praktiken der Kaufleute setzen sich fort in der Wirtschaftspolitik des Merkantilismus zu Beginn der Neuzeit. Die französische Ausprägung erreicht ihren Höhepunkt mit dem Colbertismus (Jean Baptiste Colbert 1619 - 1683), der auf Förderung gewerblicher Manufakturen setzt, und zwar zu Ungunsten der Landwirtschaft dadurch, dass geringe Nahrungsmittelpreise die Arbeitskräfte für Manufakturen billig machen sollen. Die englischen Bullionisten wollen durch protektionistische Außenwirtschaftspolitik eine aktive Handelsbilanz verwirklichen, die Edelmetallimport ermöglichen und damit eine Ausweitung der (Metall-)Geldmenge herbeiführen soll. Die deutschen Kameralisten sehen das Wohl des Staates in einer großen Bevölkerung und in geordneten Finanzen eines blühenden Herrscherhauses.

Einen ersten umfassenden theoretischen Ansatz liefern die französischen Physiokraten. Im Gegensatz zum Colbertismus stellen sie die Landwirtschaft in den Mittelpunkt; allein die Naturkräfte des Bodens seien produktiv in dem Sinne, dass sie einen Mehrwert (*produit net*) hervorbringen. Ihr Hauptvertreter Francois Quesnay (1694 - 1774) entwirft auf der Grundlage dreier Klassen, den Bodeneigentümern (*classe propriétaire*), den Bodenpächtern (*classe productive*), den Gewerbetreibenden und Händlern (*classe stérile*), das "tableau économique", das Schema eines volkswirtschaftlichen Kreislaufs, welches mit seinen Ausgaben- und Einnahmenströmen die Verflechtung der Klassen zeigt.

1 Schumann, Jochen: Geschichte der Wirtschaftstheorie: Ein Überblick, in: Das Wirtschaftsstudium, 19. Jg., Heft 10 (Oktober 1990), S. 586-592 (leicht bearbeitet)

Übersicht:



II. Die Klassische Schule der Nationalökonomie

Mit Adam Smith' (1723 - 1790) "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" (1776) setzt sich auch im wirtschaftlichen Bereich ein die individuelle Freiheit und Verantwortlichkeit betonendes Weltbild durch, das dem einzelnen Menschen die Verfolgung seines Eigeninteresses zugesteht. Arbeitsteilung steigert die Produktivität, eine strenge Wettbewerbsordnung verhindert Monopolmacht. dass sich Eigeninteresse im Rahmen des Wettbewerbs in gesamtwirtschaftliches Interesse umsetzt, ist die verbindende Idee der mit dem "Wealth of Nations" beginnenden Klassischen Schule, die mit den Werken David Ricardos (1772 - 1823) einen Höhepunkt an analytischer Schärfe und denen John Stuart Mills (1806 - 1873) einen zusammenfassenden Abschluss erreicht.

Zentral in der klassischen Lehre ist der natürliche Preis eines Gutes, der sich aus den Herstellkosten einer Gütereinheit zusammensetzt, wobei die auf die einzelnen Faktoren entfallenden Kostenanteile wieder mit natürlichen Faktorpreisen bewertet zu denken sind. Der natürliche Preis der Arbeit, also der natürliche Lohnsatz, entspricht den Herstell- oder Reproduktionskosten einer Arbeitsstunde. Eine natürliche oder gewöhnliche Profitrate sorgt für die Wiederbereitstellung von Geldkapital für Produktionszwecke (unter Hinnahme von Konsumverzicht und Risiko des Kapitalverlustes); der gewöhnliche Profit ist mithin ein Kostenelement für die Verzinsung eingesetzten Geldkapitals. Bei Smith ist die Bodenrente ein drittes Kostenelement des natürlichen Preises von Gütern; bei Ricardo richtet sich der natürliche Preis eines Gutes nach den natürlichen Kosten für Arbeit und Kapital auf dem schlechtesten in Anbau genommenen Boden, die Bodenrente ist daher Differentialgewinn infolge geringerer Kosten auf günstigeren Böden.

Am Markt bildet sich der Marktpreis eines Gutes aus Nachfrage und Angebot. Übersteigt der Marktpreis den natürlichen Preis, so ist die Profitrate höher als die gewöhnliche. Dadurch werden zusätzliche Ressourcen in die Produktion des Gutes gelenkt, so dass das Angebot steigt, bis der Marktpreis auf den natürlichen Preis gefallen ist. Liegt der Marktpreis unter dem natürlichen Preis, werden Ressourcen abgezogen, so dass das Angebot abnimmt. In dem durch das Eigeninteresse der Ressourceneigentümer gesteuerten Marktprozess entwickelt sich der Marktpreis also stets in Richtung des natürlichen Preises, und dieser ist so hoch, dass er gerade die Reproduktion oder Wiederbereitstellung der für die Produktion des Gutes benötigten Ressourcen gewährleistet. Da Arbeit als wichtigster Produktionsfaktor angesehen wird, glaubt Ricardo, dass das Verhältnis der in zwei Gütern enthaltenen Arbeitszeit näherungsweise deren Austauschmengen, also das Verhältnis ihrer natürlichen Preise oder ihren relativen Tauschwert, bestimmt. Mit Arbeitszeit als Maßstab wird die klassische Lehre des relativen Tauschwertes von Gütern als objektivistische Wertlehre gedeutet. Der Gebrauchswert als subjektive Nützlichkeit eines Gutes ist zwar mitbestimmend für die Nachfrage, trägt aber nicht zur Erklärung des Tauschwertes bei.

Die Arbeit ist zwar zentraler Produktionsfaktor; sie wird jedoch als produzierbares Gut betrachtet, auf das die Markttheorie angewendet werden kann: Ein höherer Marktlohnsatz als der natürliche Lohnsatz führt nach dem Bevölkerungsgesetz von Thomas Robert Malthus (1766 - 1834) über Bevölkerungswachstum zu vergrößertem Arbeitsangebot, wodurch der Marktlohnsatz in Richtung des natürlichen Lohnsatzes fällt. Nach Smith eilt allerdings im Wachstumsprozeß der Volkswirtschaft eine steigende Arbeitsnachfrage dem Bevölkerungswachstum voraus, so dass sich der Marktlohnsatz über dem natürlichen Lohnsatz halten kann. Solange das Wachstum anhält, nehmen damit auch die Arbeiter am wirtschaftlichen Fortschritt teil. Nach Malthus und Ricardo könnten die Arbeiter, statt sich zu vermehren, ihre Reproduktionsansprüche an die Lebenshaltung erhöhen, d.h. einem gestiegenen Marktlohnsatz eine Erhöhung des natürlichen Lohnsatzes folgen lassen; die klassischen Autoren halten eine Einschränkung der Vermehrung jedoch für unrealistisch. Es ist die mit dem Bevölkerungsgesetz beschriebene ständige Vermehrtendenz der Bevölkerung und des Arbeitsangebotes, die der klassischen Lehre der Wohlstandsentwicklung durch Entfaltung der Marktkräfte einen

pessimistischen Beigeschmack verleiht. Mit dem drastischen Rückgang der Vermehrungstendenz im Laufe der Entwicklung erwies sich die Befürchtung, dass Arbeiter von der Wohlstandssteigerung ausgeschlossen bleiben könnten, als historisch und zeitbedingt.

Der Wachstumsprozess könnte nach Smith an eine natürliche Grenze der Marktausdehnung stoßen und nach Ricardo deshalb in einem stationären Zustand enden, weil auf den nicht vermehrbaren Böden der Volkswirtschaft die Arbeitskosten der Produktion steigen und die Profite fallen. Fehlende Nachfrage ist nicht der Grund für abnehmendes Wachstum, denn der Marktmechanismus funktioniert so, wie es der französische "Smithianer" Jean Baptiste Say (1767 - 1832) formulierte: Abgesehen von vorübergehend "verstopften Absatzwegen", schafft sich jedes Angebot seine Nachfrage, d.h. die Preise spielen sich so ein, dass die Bezieher der Einkommen, die in der Produktion entstehen, genau die Güter in den Mengen kaufen möchten, die produziert werden. Nur Malthus befürchtet einen Mangel an Nachfrage, weil wegen ungleicher Einkommensverteilung mehr gespart als investiert wird; damit wird er zum Vorläufer der Keyneschen Lehre.

III. Die Sozialisten

Nach den Lehren des Sozialismus ist eine ursprüngliche Freiheit und Gleichheit aller Menschen infolge von Fehlern in den Gesellschaftsordnungen verloren gegangen. Der utopische Sozialismus glaubt, die "richtige" Gesellschaftsordnung könne durch Vernunft neu entdeckt und dann unmittelbar verwirklicht werden. Der realistische Sozialismus sieht eine geschichtsnotwendige Abfolge von Gesellschaftsformationen; innerhalb einer Formation geraten die (statischen) Produktionsverhältnisse mit den (dynamischen) Produktivkräften in Widerspruch, so dass Krisen entstehen und auf dem Höhepunkt einer Krise durch Revolution der Übergang zur nächsten Formation erfolgt. Im Kapitalismus sind die Produktionsverhältnisse so, dass sich die Produktionsmittel im Eigentum von Kapitalisten befinden, während die Arbeiter darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Die Produktivkräfte nehmen durch das Profitstreben der Kapitalisten gewaltig zu, die Arbeiter werden zunehmend ausgebeutet. Die Ablösung des Kapitalismus durch Revolution führt über den Sozialismus zum Kommunismus, der letzten und vollendeten Gesellschaftsformation, in der der Staat abgeschafft ist, Freiheit und Gleichheit wieder hergestellt sind und jeder nach seinen Bedürfnissen arbeiten und verbrauchen soll.

Karl Marx (1818 - 1883) will in seinem dreibändigen Hauptwerk "Das Kapital" die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus ergründen; er versucht dies in kritischer Auseinandersetzung mit der klassischen Lehre. Marx übernimmt, wenn auch unter teils anderen Bezeichnungen, die Theorie vom natürlichen Preis (jetzt: Produktionspreis) und vom Marktpreis, ebenso ihre Anwendung auf den Faktor Arbeit. Der Lohnsatz tendiert grundsätzlich zum klassischen natürlichen Lohnsatz; ist der Marktlohnsatz höher als dieser, so erfolgt eine Vermehrung des Arbeitsangebotes allerdings nicht nach dem Bevölkerungsgesetz; der Marktlohnsatz sinkt vielmehr infolge zusätzlichen Arbeitsangebotes aus der "industriellen Reservearmee", die durch Freisetzung von Arbeitskräften entstanden ist, auf den Reproduktionslohnsatz.

Der klassischen Markttheorie unterlegt Marx eine Wert-, Mehrwert- und Ausbeutungslehre, mit der er von den Erscheinungsformen zum Wesen des Kapitalismus vordringen möchte: Nach dem Wertgesetz ist der Wert einer Ware gleich der "gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit" zu ihrer Bereitstellung. Der Wert der Ware Arbeit ist demzufolge gleich der Arbeitszeit, die notwendig ist, die Lebens- und Unterhaltungsmittel hervorzubringen, welche die Arbeitszeit reproduzieren. Der Mehrwert entsteht dadurch, dass der Wert der Waren, den die Arbeit in der Kombination mit Produktionsmitteln hervorbringt, den Wert der Arbeit übersteigt. Nur ein Teil des an einem Tag produzierten Wertes wird den Arbeitern als Reproduktionslohn ausgezahlt; den Rest des Tages produzieren sie ein "Mehrprodukt", dessen Wert der Mehrwert ist und mit dessen Aneignung die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten.

Nur das in Arbeit angelegte Geldkapital bringt nach Marx den Mehrwert hervor, ist daher variables Kapital; das für Produktionsmittel verausgabte Geldkapital überträgt seinen Wert auf das Produkt, ist daher konstantes Kapital. Weder der Boden noch der durch Nettoinvestition geschaffene Kapitalstock (der "geronnene Arbeit" verkörpert) trägt zum Mehrprodukt bei. Die willkürliche Zurechnung des Mehrwertes allein zum Faktor "lebendige Arbeit" ist ursächlich dafür, dass Marx' Wertlehre die Produktionspreise der einzelnen Waren nicht erklären kann, sobald er (im dritten Band) unterschiedliche Ausstattung der Arbeitskraft mit Produktionsmitteln zulässt. Marx suchte eine objektivistische Erklärung des absoluten Tauschwertes von Waren durch die in ihnen enthaltene Arbeitszeit; er wollte damit über Ricardos näherungsweise Erklärung des relativen Tauschwertes zweier Güter durch das Verhältnis von Arbeitszeiten hinausgehen. Der Versuch, mit seiner Arbeitswertlehre die wertschöpfende Kraft einer Volkswirtschaft allein im Faktor ("lebendige") Arbeit zu suchen und damit letztlich nur Arbeitseinkommen für legitim zu halten, muss als gescheitert angesehen werden.

Marx konstatiert für den Kapitalismus einen Zwang zur Kapitalakkumulation, sagt eine Konzentration des Kapitals, fallende Profitrate, Verelendung der Arbeiterklasse, zunehmende Konjunkturkrisen und schließlich den Zusammenbruch des Kapitalismus durch Revolution voraus. Lenin (1870 - 1924) sieht den Imperialismus, der durch Ausbeutung von Kolonien beschrieben wird, als höchstes Stadium des Kapitalismus an und folgert, dass Impulse für die Revolution aus den Kolonien zu erwarten seien.

IV. Die Grenznutzenschule und Marshalls "Versöhnungsversuch"

Konträr zur objektivistischen Wertlehre der Klassiker und der Sozialisten vertritt die Grenznutzenschule die Auffassung, Grundlage des Tauschwertes von Gütern sei deren Gebrauchswert, genauer: der Nutzen der zuletzt verbrauchten Gütereinheit (Grenznutzen). Diese subjektivistische oder auch marginalanalytische Wertlehre nimmt Hermann Heinrich Gossen (1810 - 1858) mit dem "Gesetz abnehmenden Grenznutzens" und dem "Gesetz von Ausgleich der Grenznutzen des Geldes" vorweg. Die Grenznutzenschule setzt sich mit den Werken von Stanley Jevons (1835 - 1882), Carl Menger (1840 - 1920) und Léon Walras (1834 - 1910) zu Beginn der 1870er Jahre durch. Sie kann das klassische Wertparadoxon lösen, dass ein reichlich vorhandenes Gut wie Wasser zwar einen hohen Gebrauchswert, jedoch nur einen geringen Grenznutzen und damit einen geringen Tauschwert hat, während ein sehr knappes und nicht vermehrbares Gut wie Diamanten einen geringen Gebrauchswert, aber hohen Grenznutzen und damit einen hohen Tauschwert hat.

Jevons erkennt, dass ein Konsument den Verbrauch von zwei Gütern so weit ausdehnen soll, dass das Verhältnis der von ihm subjektiv empfundenen Grenznutzen der Güter dem Verhältnis ihrer Preise entspricht. Menger bemüht sich um die Bestimmung des Tauschwertes von Vorprodukten und Produktionsfaktoren aus den Grenznutzen der mit diesen produzierten Konsumgüter. Walras gibt mit einer mikroökonomischen Totalanalyse der Theorie einer Konkurrenzwirtschaft erstmals eine formal-marginalanalytische Begründung: Aus der Nutzenmaximierung der Haushalte und der Gewinnmaximierung von Unternehmungen deduziert er Angebots- und Nachfragefunktionen für Faktoren und Güter, die zur Ermittlung von markträumenden Faktor- und Güterpreisen eines allgemeinen ökonomischen Gleichgewichtes (in dem auch das Gossensche Gesetz vom Ausgleich Der Grenznutzen des Geldes gilt) verwendet werden.

Alfred Marshall (1842 - 1924) möchte die klassische objektivistische Erklärung von Tauschwerten mit herstellkostenbestimmten natürlichen Preisen und die subjektivistische Erklärung von Tauschwerten mit grenznutzenbestimmten Preisen "versöhnen". Er interpretiert die klassische Erklärung als angebotsorientiert, die grenznutzentheoretische als nachfrageorientiert; jede der Erklärungen könne mit einer Schneide einer Schere verglichen werden, beide Schneiden vollbringen einen Schnitt gemeinsam. Die Preisbildung werde kurzfristig vom Grenznutzenprinzip, langfristig von

den Herstellkosten bestimmt. Mit seiner Methode der Partialanalyse argumentiert Marshall, dass kurzfristig die Angebotskurve für ein Gut senkrecht verlaufe, so dass nur die Nachfrage über den Preis entscheidet, während langfristig der Zustrom zusätzlicher Ressourcen in die Produktion des Gutes die Angebotskurve in Höhe der minimalen Herstellkosten waagrecht verlaufen lasse, so dass nur sie den Preis bestimmt.

V. Konkurrenzsozialismus und Neoricardianismus

Die Sozialisten untersuchten vorwiegend den Kapitalismus und gaben kaum Hinweise auf das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln mit zentraler Planung statt marktwirtschaftlicher Preisbildung. Die Vorstellung nicht-sozialistischer Autoren, man könne analog zu einer walrasianischen Totalanalyse ein der Konkurrenzwirtschaft entsprechendes System von Produktionsmengen und Preisen zentral ausrechnen, veranlasste Oskar Lange (1904 - 1965) zu dem Vorschlag, ein zentrales Planungsamt mit der Ermittlung von Konkurrenzpreisen für Güter und Faktoren zu beauftragen, an die sich Haushalte und Unternehmungen wie bei vollständiger Konkurrenz anzupassen hätten. Langes Konzeption orientiert sich nicht nur an der Grenznutzenschule, sondern auch an Marshall.

Der von Piero Sraffa (1898 - 1983) begründete Neoricardianismus wendet sich gegen die Beschreibung der Preisbildung nur mit Angebots- und Nachfragekurven und möchte die langfristige Bestimmung des Wertes von Gütern durch den natürlichen Preis in der Tradition von Ricardo neu beleben. Mit der Darstellung einer Volkswirtschaft durch eine lineare Produktionsstruktur wendet sich der von Sraffa auch gegen den grenznutzentheoretischen marginalanalytischen Ansatz.

VI. Keynes, Postkeynesianer und Neokeynesianer

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise bezweifelt John Maynard Keynes (1883 - 1946) das von Say formulierte klassische Theorem, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft, dass es sich mithin lohnt, die vorhandenen Produktionsfaktoren voll zu beschäftigen. Der Marktmechanismus funktioniert offenbar nicht in der von den Klassikern, von der Grenznutzenschule und von Marshall beschriebenen Weise. Wie schon von Malthus angedeutet, kann es Mangel an effektiver Nachfrage geben. Im keynesianischen makroökonomischen Modell, das John R. Hicks (1904 - 1989) mit dem IS/LM-Schema für den Güter- und für den Geldmarkt interpretiert, ist ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung möglich, welches mit zinsunelastischen Investitionen, mit unendlich zinselastischer Geldnachfrage oder mit starren Lohnsätzen erklärt werden kann. Die Keynesianische Revolution erschüttert den Glauben an einen jederzeit funktionierenden Marktmechanismus. Der Staat ist aufgerufen, fehlende private Nachfrage durch Staatsnachfrage auszugleichen.

Die Postkeynesianer modifizieren und erweitern die Keynesische Theorie durch einen vermögens-theoretischen Ansatz. Die Neokeynesianer interpretieren Keynesische Unterbeschäftigung als ein temporäres Gleichgewicht, in dem nicht-markträumende Fixpreise Mengenerationierungen verursacht haben; missverständlich bezeichnet man ihre Konzeption auch als "Ungleichgewichtstheorie".

VII. Neoklassische Synthese, Monetarismus und Neue Klassische Makroökonomik

In der Neoklassischen Synthese werden Ideen der marginalistischen Grenznutzenschule und der Marshall'schen Partialanalyse von Märkten verarbeitet, die sowohl der Makroökonomik keynesianischer Prägung als auch der Mikroökonomik eine Basis für Weiterentwicklungen geben. Der makroökonomische Monetarismus Milton Friedmans (1912-2009) lässt sich als Gegenrevolution gegen die keynesianische Konzeption, die dem Staatssektor zunehmende Bedeutung einräumte, interpretieren. Der Monetarismus erklärt Störungen des Marktmechanismus durch Unterbeschäftigung mit unregelmäßigen Ausdehnungen der Geldmenge und lenkt damit die Aufmerksamkeit auf das Problem der Inflation. Die Phillipskurve schien anzudeuten, dass Unterbeschäftigung durch Zulassen einer höheren Inflationsrate gesenkt werden könne. Nach Friedman gilt dies jedoch nur, solange die Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen noch nicht an eine bereits gestiegene Inflationsrate adaptiert haben, sie sich also kurzfristig täuschen lassen. Der Marktmechanismus tendiert unabhängig von Geldmengenwachstum und Inflation längerfristig zu einer durch institutionelle Faktoren bestimmten natürlichen Arbeitslosenquote.

Die Neue Klassische Makroökonomik unterstellt statt adaptiver Erwartungen rationale Erwartungen, gemäß denen die Wirtschaftssubjekte die Fähigkeit haben, die längerfristigen Inflationswirkungen der Geldpolitik zu durchschauen und zu antizipieren, so dass kurzfristige, auf Täuschung beruhende Beschäftigungswirkungen ausbleiben.

VIII. Neue Mikroökonomik, Neue Institutionenökonomik und Neue Politische Ökonomie

In diesem Abschnitt werden abschließend die auf der Neoklassischen Synthese aufbauenden mikroökonomischen Weiterentwicklungen angesprochen. Die Neue Mikroökonomik macht bewusst, dass Informationen kein kostenfreies Gut sind. Die Wirtschaftssubjekte werden unvollständige Information durch Aufwenden von Informationskosten nur reduzieren, nicht beseitigen. Die Existenz von Informationskosten erklärt die Bereitschaft, bei unvorhergesehenen Änderungen des Angebotes oder der Nachfrage die Preise nicht jeweils markträumend schwanken zu lassen, sondern Angebots- oder Nachfrageüberschüsse hinzunehmen. Auch Sucharbeitslosigkeit ist durch Informationskosten begründet.

Die Neue Institutionenökonomik erfasst nicht nur Informations-, sondern ganz allgemein Transaktionskosten, die es neben den Produktionskosten zu berücksichtigen gilt. Die Koordinationsstruktur einer Volkswirtschaft, wie sie sich über Märkte, innerhalb von Unternehmungen und innerhalb einer Vielzahl von Kooperationsformen herausgebildet hat, wird als institutionelles Arrangement einer Volkswirtschaft interpretiert, welches die Summe aus Produktions- und Transaktionskosten minimiert. Hier könnte auch der Property Rights-Ansatz eingeordnet werden, der Rechte und Pflichten der Wirtschaftssubjekte, insbesondere bezüglich positiver und negativer externer Effekte, in die Frage nach der bestmöglichen institutionellen Gestaltung einer Volkswirtschaft einbezieht.

Die Neue Politische Ökonomie wendet neoklassische Ideen auf das Verhalten von Politikern und Bürokraten sowie auf die Einigung der Wirtschaftssubjekte über die Einrichtung staatlicher Institutionen und Regeln an, innerhalb derer das Wirtschaftsgeschehen ablaufen soll.

B. Unterschiede zwischen Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre (BWL & VWL)²

Grob eingeteilt...

... analysiert die **Volkswirtschaftslehre** die Möglichkeiten, den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand, der aus den Tauschbeziehungen resultiert, zu maximieren, z.B. durch die Untersuchung

- von Rahmenbedingungen, welche die Tauschmöglichkeiten fördern oder in gewünschte Richtungen lenken (z.B. Steuern, Gesetze, Kartellkontrolle)
- von Stabilisierungsmöglichkeiten bei gesamtwirtschaftlichen Schwankungen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt)
- von Wachstumsmechanismen und deren Förderung (z.B. durch Förderung von Unternehmensgründungen)
- von Abfederungsmöglichkeiten von sozialen Härten, die aus Märkten resultieren können (z.B. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, demografischer Entwicklung)

... analysiert die **Betriebswirtschaftslehre** die Möglichkeiten, den einzelwirtschaftlichen Wohlstand, der aus den Tauschbeziehungen resultiert, zu maximieren, z.B. durch die Untersuchung

- von Kostensenkungen bei der Beschaffung und Lagerung von Produktionsmitteln (z.B. durch Just-in-time-Lieferung)
- von Effizienzsteigerungen bei der Produktion (z.B. durch den Einsatz moderner Fertigungstechnologien oder organisatorischer Änderungen in Unternehmen)
- von Möglichkeiten von höheren Verkäufen (z.B. durch die Ermittlung von Kundenwünschen oder den Einsatz von Werbung)
- von verbesserten Entscheidungs-, Leitungs- und Kontrollmöglichkeiten von Unternehmen (z.B. durch den Einsatz von Informationstechnologien)

Die Volkswirtschaftslehre versteht sie als wissenschaftliche Disziplin, welche die Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte im Zusammenhang mit der Gewinnung und dem Verbrauch von ökonomischen Gütern und Dienstleistungen analysiert.

Insbesondere versucht die Volkswirtschaftslehre - man bezeichnet sie auch als „Ökonomik“ (engl.: Economics) - das ökonomische Geschehen zu verstehen und zu erklären (Erklärungsziel).

Die Erkenntnis gesetzmäßiger Zusammenhänge lässt sodann die bedingte Prognose künftiger Ereignisse möglich erscheinen (Prognoseziel).

Neben diesen beiden verfolgt die Volkswirtschaftslehre seit jeher das Gestaltungsziel, d.h., sie will die Wirtschaftspolitik und die Gesellschaft insgesamt beraten und beeinflussen.

² Lingenfelder, Michael; Philipps-Universität Marburg, Wirtschaftswissenschaften, 2010

C. Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft³

Fragestellungen und Gebiete der Volkswirtschaftslehre

Fragestellung	Theoriegebiet
1. Warum und in welcher Menge werden bestimmte Güter und Dienstleistungen nachgefragt?theorie
2. Nach welchen Kriterien werden Güter und Dienstleistungen erzeugt und wovon hängt die Wahl des Produktionsverfahrens ab?theorie
3. In welchen Mengen werden Güter und Dienstleistungen zu einem bestimmten Preis (oder zu welchem Preis bestimmte Mengen) verkauft und wovon hängt die gesamtwirtschaftliche Produktion ab?theorie
4. Was bestimmt die Verteilung des Produktionsergebnisses auf die Anbieter produktiver Leistungen von Arbeit, Kapital und Boden?theorie
5. Welche Aufgaben kann das Geld übernehmen und welche Wirkungen gehen von ihm aus?theorie
6. Welche Einflüsse gehen von der Staatstätigkeit aus?theorie
7. Wodurch ist die Beschäftigung der Anbieter produktiver Leistungen bestimmt?theorie
8. Welche Größen beeinflussen die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten?theorie
9. Welches sind die Gründe und Bedingungen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum?theorie
10. Zu welchen Besonderheiten führt die Existenz autonomer Wirtschaftsräume und Währungseinheiten?theorie

Je nach wissenschaftlichem Standpunkt wird der Begriff „Theorie“ verschieden erklärt. Im Allgemeinen entwirft eine Theorie ein Bild (Modell) der Realität. In der Regel bezieht sie sich dabei auf einen spezifischen Ausschnitt der Realität. Eine Theorie enthält in der Regel beschreibende („deskriptive“) und erklärende („kausale“) Aussagen über diesen Teil der Realität. Auf dieser Grundlage werden Vorhersagen und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

3 Woll, Arthur: Volkswirtschaftslehre, 1990, S. 5 (2006)

D. (Unbegrenzte) Bedürfnisse und (knappe) Güter

Grundlage des Wirtschaftens ist das Vorhandensein von Bedürfnissen des Menschen.

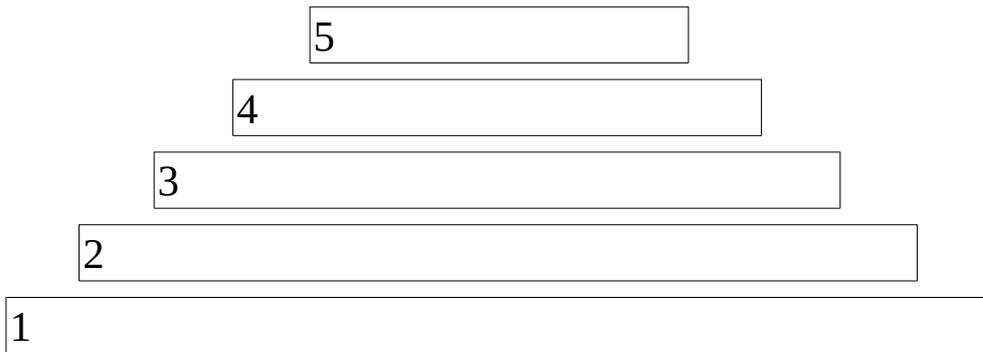
Ein Bedürfnis ist ein als Mangel empfundener Zustand, mit dem Wunsch, diesen zu beseitigen oder zumindest zu verbessern.

Betriebs- und Volkswirtschaftslehre unterscheiden naturgemäß Bedürfnisarten kontextorientiert. Für beide Betrachtungsweisen gelten Bedürfnisse als „unbegrenzt“, wobei „Quantität in Qualität“ sublimieren/ übergehen kann.

Als betriebswirtschaftlich wesentliche Bedürfnisarten lassen sich unterscheiden:		
Kriterium	Bedürfnisarten	Beispiele: Begehren von ...
Anzahl der Träger	individuelle ~ Gruppen ~ Gesamt ~	
Zeitbezug	permanente ~ periodische ~ aperiodische ~	
Lebensnotwendigkeit	Grund ~ Kultur ~ Luxus ~	
Art der Befriedigungsmittel	materielle ~ immaterielle ~	
Bewusstsein	bewusste ~ latente ~	
Entstehung	ursprüngliche ~ geschaffene ~	

Exkurs: Bedürfnisse sind für die Wirtschaftswissenschaften jedoch nur dann relevant, wenn sie auch mit Kaufkraft ausgestattet sind bzw. werden. Ein solches Bedürfnis wird dann zum Bedarf. Ein Bedürfnis, das nicht über Kaufkraft verfügt, bezeichnet man auch als latenten Bedarf. Latenter Bedarf ist insbesondere für die Werbung und die Öffentlichkeitsarbeit wichtig, weil diese beiden Bereiche sich damit befassen, aus latenten Bedarf Nachfrage zu machen.

In der **Volkswirtschaftslehre** greift man zur Darstellung von Bedürfnissen vorzugsweise auf das vom US-amerikanischen Psychologen Abraham Maslow 1943 entwickelte Modell zurück, um Motivationen von Menschen zu beschreiben.



In der Wirtschaftswissenschaft (BWL & VWL) existieren zwei Basisannahmen:

- Alle Wirtschaftsteilnehmer („Wirtschaftssubjekte“, d.h., natürliche oder juristische Personen, Produzenten oder Konsumenten) versuchen immer, mit gegebenen Mitteln ein maximales Ergebnis zu erzielen. Dieses Prinzip heißt auch **Maximalprinzip**.
- Alle Wirtschaftsteilnehmer versuchen stets, den Verbrauch an vorhandenen Ressourcen so gering wie möglich zu halten. Dieses Prinzip heißt auch **Minimalprinzip**.

Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom ökonomischen Prinzip - es wird allen Wirtschaftsteilnehmern unterstellt. Es wird ohne weitere Prüfung als universelle Handlungsmaxime zugrunde gelegt. Alle Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften bauen im Grunde nur auf diesem Prinzip auf, d.h., sind nicht absolut, sondern stets nur zu diesem Grundprinzip relativ. Das ökonomische Prinzip impliziert, dass menschliche Bedürfnisse unbegrenzt und niemals dauerhaft zu befriedigen sind. Dies ist streng genommen schon keine Basisannahme mehr, sondern die direkte und unmittelbare Folge.

Um unbegrenzte Bedürfnisse zu befriedigen, braucht es die Verfügung über „nützliche“ Güter und Dienstleistungen.⁴

Ein Gut ist alles, was zur Beseitigung oder mindestens zur Verbesserung des als Mangel empfundenen Zustandes nützt oder beiträgt.

Es stehen jedoch nur begrenzt Güter und Dienstleistungen zur Verfügung. Güter sind also knapp!? Die BWL interessiert sich vorrangig, d.h. eigentlich ausschließlich, für knappe wirtschaftliche Güter. Sie unterscheidet z.B. nach Verfügbarkeit, Mobilität, Nutzungs- und Einsatzart, Lebensnotwendigkeit, Rechts- oder Wirtschaftssystem...

Die VWL unterscheidet indes abstrakter zunächst nur zwischen **freien** (theoretisch kostenlosen und unbegrenzt vorhandenen) und **privaten** (wirtschaftlichen) Gütern. Sie werden später noch andere Unterscheidungen bzw. Verfeinerungen kennen lernen, die Grenzbereiche berühren (z.B. öffentliche, Kollektiv-, Maut-, Allemeinde- und meritorische Güter), hier aber zunächst vernachlässigt werden sollen.

⁴ Unterschied: An Gütern kann man (übertragbares) Eigentum erwerben, was bei Dienstleistungen nicht möglich ist.

E. Zehn volkswirtschaftliche Regeln⁵

I. Wie Menschen Entscheidungen treffen

Wie eine Volkswirtschaft funktioniert ist überhaupt nichts Geheimnisvolles. Egal, wo wir uns befinden, ob in London, New York, Südamerika, Wittenberge oder Neuruppin – stets ist eine Volkswirtschaft nichts anderes, als eine Gruppe von Menschen, die bei ihrer Lebensgestaltung zusammenwirken. Weil jedoch das Verhalten der Volkswirtschaft eben das Verhalten der Menschen widerspiegelt, wollen wir zunächst vier Regeln ihrer Einzelentscheidungen kennen lernen, die das Verständnis erleichtern helfen.

1. Regel: Alle Menschen stehen vor abzuwägenden Alternativen

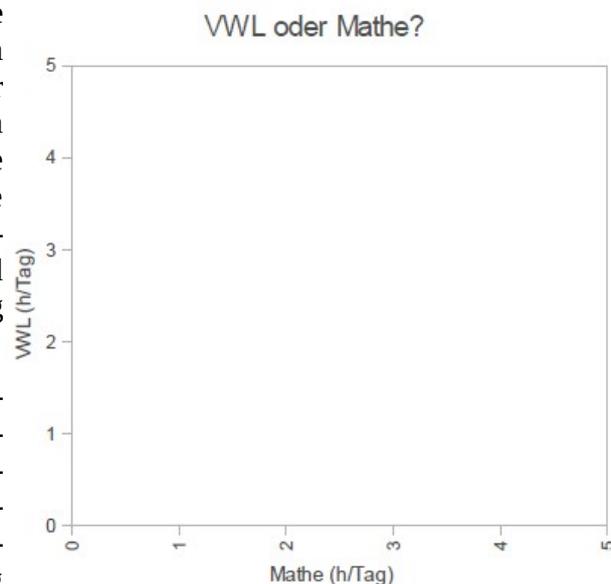
Jeder von Ihnen weiß: „Es gibt nichts umsonst!“ Stets müssen wir, um etwas zu bekommen, etwas anderes dafür hergeben, das wir ebenfalls schätzen. Es müssen Entscheidungen getroffen werden. Das erfordert die Abwägung von Alternativen oder eben die Auflösung von Zielkonflikten. Nehmen wir zunächst mal SIE (!). Sie sind Studierende. Ihre wertvollste Ressource ist Ihre Zeit. Sie können diese, sagen wir mal ca. vier Stunden pro Tag vollständig für das Studium der VWL aufwenden (um z.B. anschließend eine „1“ zu bekommen). Sie können Ihre Zeit jedoch auch für das Studium der Mathematik aufwenden. Während jeder Stunde, die Sie mir zuhören, könnten Sie auch Mathe büffeln – logisch. Natürlich könnten Sie auch shoppen gehen, Ihre Freunde und Familie treffen, Faulenzen, Fahrrad fahren oder ähnliches. Sie könnten möglicherweise sogar Geld verdienen gehen, statt es für diese Ausbildung auszugeben.

Die meisten von Ihnen sind auch Haushaltsvorstände, die über die Verwendung des Familieneinkommens (mit-)entscheiden. Sie können Lebensmittel, Kleidung oder eine Urlaubsreise kaufen. Sie können einiges vom Familieneinkommen für die Rente anlegen oder die Ausbildung Ihrer Kinder. Sofern Sie sich entscheiden, einen zusätzlichen Euro für eines dieser „Güter“ auszugeben, haben Sie einen Euro weniger für irgendwelche anderen Güter oder Dienstleistungen.

Nicht nur Individuen, sondern auch und gerade Gruppen von Menschen, sehen sich oft verschiedenen Alternativen oder Zielkonflikten gegenüber. Der Klassiker lautet: „Kanonen oder Butter!“

Aufgabe:

1. Erläutern Sie diese Alternative, bzw. Sie diesen Zielkonflikt!
2. Erläutern Sie den Zielkonflikt zwischen sauberer Umwelt und hohem Einkommensniveau?



⁵ Nach Mankiw, Gregory: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2001, S. 4-17

In der praktischen Wirtschaftspolitik spricht man gern und häufig vom „magischen Viereck“. Dieses beschreibt Zusammenhänge und einen Zielkonflikt zwischen den vier klassischen Zielen der Wirtschaftspolitik, die mit der Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes 1967 ihre Begründung fanden:

„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur *Stabilität des Preisniveaus*, zu einem *hohen Beschäftigungsstand* und *außenwirtschaftlichem Gleichgewicht* bei stetigem und angemessenem *Wirtschaftswachstum* beitragen.“ (§1 StabG)

3. Warum nennt man denn dieses Viereck nun magisch?

Es besteht in den meisten Gesellschaften auch der Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit. Effizienz bedeutet, dass die Gesellschaft aus ihren knappen Ressourcen das meiste herausholt. Gerechtigkeit bedeutet, dass die Nutzungen aus jenen Ressourcen fair unter den Bürgern verteilt werden. Anders ausgedrückt: Effizienz betrifft die Größe des ökonomischen Kuchens, Gerechtigkeit die Verteilung des Kuchens. Diese beiden Ziele stehen bei staatlichen Maßnahmen zumeist im Konflikt.

Schauen wir uns z. B. die politischen Maßnahmen an, mit denen man eine gleichmäßigere Verteilung der wirtschaftlichen Wohlfahrt erreichen will. Einige dieser politischen Bereiche, wie etwa Sozialversicherung oder Arbeitslosenunterstützung, suchen jene Gesellschaftsmitglieder zu unterstützen, die eine Hilfe am dringendsten benötigen. Andere, wie etwa die persönliche Einkommensbesteuerung, verlangen von den wirtschaftlich Erfolgreichen, mehr an den Staat abzugeben als die anderen. Obwohl derartige politische Regelungen gerecht sind, haben sie Opportunitätskosten in Form verringerter Effizienz. Wenn die Regierung Einkommen von den Reichen zu den Armen umverteilt, senkt sie die Entlohnung für harte Arbeit, weshalb die Leute wiederum weniger arbeiten und weniger Güter produzieren. Einfach gesagt: Versucht die Regierung den ökonomischen Kuchen in gleichmäßigere Stücke zu schneiden, wird der ganze Kuchen kleiner.

Wenn wir uns bewusst sind, dass die Menschen Zielkonflikten ausgesetzt sind, wissen wir damit noch nicht, welche Entscheidungen sie treffen oder treffen sollten. Eine Studentin sollte das Studium der Psychologie nicht einfach aufgeben, damit die verfügbare Zeit für das Volkswirtschaftsstudium größer wird. Die Gesellschaft sollte nicht deshalb mit dem Umweltschutz aufhören, weil umweltpolitische Maßnahmen den materiellen Lebensstandard senken. Die Armen sollten nicht einfach deshalb ignoriert werden, weil die Sozialhilfe Anreize zur Arbeit zerstört. Gleichwohl ist die Berücksichtigung der Zielkonflikte im Leben wichtig, weil die Menschen dann eher gute Entscheidungen treffen, wenn sie wählbare Alternativen klarer sehen.

2. Regel: Rational entscheidende Leute denken in Grenzbegriffen

Homo Oeconomicus Erstes Gossensches Gesetz

Ökonomen gehen in der Regel davon aus, dass sich die Menschen rational verhalten. Rationale Menschen setzen unter den gegebenen Möglichkeiten systematisch und zielstrebig all ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten ein, um ihre Ziele zu erreichen. In der Volkswirtschaftslehre werden sie Unternehmungen kennen lernen, die vor der Entscheidung stehen, wie viele Arbeitskräfte sie einstellen sollen und wie viel sie produzieren sollen, um ihren Gewinn zu maximieren. Sie werden Konsumenten begegnen, die versuchen, mit ihrem Einkommen unter Berücksichtigung der gegebenen Preise das Bündel an Gütern und Dienstleistungen zu kaufen, das ihnen den höchstmöglichen Nutzen verschafft.

Rationale Menschen sind sich bewusst, dass die Entscheidungen im Leben nicht nur schwarz oder weiß sind, sondern gewöhnlich irgendwo dazwischen. Zum Abendbrot besteht die Entscheidung nicht darin, zu fasten oder sich den Bauch voll zu schlagen, sondern darin, noch ein Stück Pizza mehr zu essen oder nicht. Wenn die Prüfungen vor der Tür stehen, werden Sie nicht vor der Entscheidung stehen, die Prüfungen komplett sausen zu lassen oder 24 Stunden am Tag zu lernen, sondern vor der Wahl stehen, noch einmal eine Stunde in ihre Unterlagen zu schauen oder stattdessen den Fernseher an zu schalten. Viele Entscheidungen im Leben richten sich darauf, bestehende Pläne in kleinen Schritten abzuwandeln. Volkswirte nennen dies marginale Veränderungen. Rationale Menschen treffen ihre Entscheidungen in der Regel dadurch, dass sie den marginalen Nutzen (Grenznutzen) und die marginalen Kosten (Grenzkosten) miteinander vergleichen.

Betrachten wir beispielsweise, wie Fluggesellschaften die Ticketpreise für Last-Minute-Flüge festlegen. Angenommen, ein Flugzeug mit 200 Plätzen kostet eine Fluggesellschaft beim Hin- und Rückflug über eine bestimmte Distanz € 100.000, also pro Platz € 500. Es wäre falsch zu sagen, die Gesellschaft sollte niemals einen Flugschein unter € 500 verkaufen. Wenn vor dem Abflug noch 10 Plätze frei sind und einige Leute in letzter Minute € 300 bezahlen würden, sollte man sie mitnehmen, da die zusätzlichen Kosten für die Mitnahme eines weiteren Passagiers minimal sind. Obwohl die durchschnittlichen Kosten für den Transport eines Passagiers bei € 500 liegen, bestehen die marginalen Kosten oder Grenzkosten lediglich in einer Tüte Erdnüsse und einer Dose Cola, die der zusätzliche Passagier konsumiert. Solange ein Last-Minute-Passagier mehr bezahlt als die Grenzkosten, ist der Ticketverkauf rentabel.

Mit der Entscheidungsfindung auf der Grundlage von Grenzbegriffen lassen sich auch einige rätselhafte ökonomische Phänomene erklären. Das betrifft zunächst die klassische Frage: Warum ist Wasser so billig, während Diamanten so teuer sind? Die Menschheit braucht Wasser zum Überleben, Diamanten sind dafür unnötig. Trotzdem sind die Menschen bereit, viel mehr für einen Diamanten als für ein Glas Wasser zu bezahlen. Die Erklärung dafür liegt darin begründet, dass sich die Zahlungsbereitschaft einer Person an dem Nutzen einer zusätzlichen Einheit des Guts orientiert. Und der Grenznutzen hängt wiederum davon ab, wie viele Einheiten des Guts die betreffende Person schon konsumiert hat. Obwohl Wasser lebenswichtig ist, ist der Grenznutzen eines zusätzlichen Glases Wasser gering, weil Wasser im Überfluss vorhanden ist. Im Gegensatz dazu braucht niemand Diamanten um zu überleben, aber weil Diamanten so selten sind, sehen die Menschen den Grenznutzen eines zusätzlichen Diamanten als so groß an.

Ein rationaler Entscheidungsträger entscheidet sich dann und nur dann für eine bestimmte Aktion, wenn der Grenznutzen der Aktion die Grenzkosten übersteigt. Dieses Prinzip erklärt, warum Fluggesellschaften Tickets zu einem Preis unter den Durchschnittskosten verkaufen und warum die Menschen bereit sind, für einen Diamanten viel mehr zu bezahlen als für Wasser. Es bedarf ein wenig Zeit, um sich mit der Logik des Denkens in Grenzbegriffen vertraut zu machen, aber das Studium der Volkswirtschaftslehre gibt genügend Gelegenheiten zum Üben.

3. Regel: Die Kosten eines Gutes bestehen aus dem, was man bereit ist, für den Erwerb aufzugeben

Zweites Gossensches Gesetz

Transformationskurve (Abschnitt G)

Weil die Menschen Zielkonflikten ausgesetzt sind, erfordern Entscheidungen einen Vergleich von Kosten und Nutzen alternativer Aktionen. In vielen Fällen sind die Kosten einer Aktivität jedoch nicht so offensichtlich, wie es zunächst erscheinen mag.

Betrachten wir z. B. die Entscheidung für oder gegen das Studium. Der Nutzen besteht in der intellektuellen Bereicherung und in lebenslangen besseren Anstellungsmöglichkeiten. Aber worin bestehen die Kosten? Um diese Frage zu beantworten, könnte man versucht sein, alle geldlichen Kosten des Studiums zu addieren. Aber diese Summe zeigt nicht wirklich, worauf man für ein Studienjahr verzichtet.

Die erste Schwierigkeit einer Antwort besteht darin, dass in der Summe Dinge enthalten sind, die keine wirklichen Studienkosten sind. Auch ohne Studium hat man Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung. Zu veranschlagen sind nur die studiumspezifischen Unterschiede in diesen Posten. Ein zweites Problem bei der Zusammenrechnung der Kosten besteht darin, dass sie den größten Kostenfaktor des Studiums gar nicht enthält - die Zeit. Wenn man ein Jahr damit verbringt, Vorlesungen zu hören, Lehrbücher zu lesen und Hausarbeiten zu schreiben, kann man diese Zeit nicht für eine Berufsarbeit verwenden. Für die meisten Studenten besteht der größte Einzelposten der Kosten des Studiums in dem mit der Bildung verknüpften Lohnverzicht.

Die Opportunitätskosten einer Gütereinheit bestehen in dem, was man aufgibt, um die Einheit zu erlangen. Bei jedweder Entscheidung sollten sich die Entscheidungsträger der Opportunitätskosten bewusst sein, die jede mögliche Aktion begleiten. In der Regel haben Entscheidungsträger dieses Problembewusstsein. Spitzensportler im Studienalter, die bei Aufgabe des Studiums Millionen verdienen könnten, haben eine sehr klare Vorstellung über die Opportunitätskosten eines Studiums. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sie oft zu dem Ergebnis kommen, der Nutzen eines Studiums lohne die Kosten nicht.

4. Regel: Menschen reagieren auf Anreize

Ein Anreiz (wie z. B. die Aussicht auf eine Belohnung oder eine Bestrafung) ist etwas, das eine Person zum Handeln veranlasst. Da rationale Menschen ihre Entscheidungen durch einen Vergleich von Grenznutzen und Grenzkosten treffen, reagieren sie auf Anreize. Wir werden sehen, dass Anreize eine zentrale Rolle im Studium der Volkswirtschaftslehre spielen. Ein Ökonom ging sogar so weit zu behaupten, dass man die gesamte Volkswirtschaftslehre mit der Aussage »Die Menschen reagieren auf Anreize. Alles andere sind nur Erläuterungen.« zusammenfassen kann.

Anreize sind entscheidend für die Analyse, wie Märkte funktionieren. Wenn z. B. der Preis eines Apfels steigt, werden sich die Leute dafür entscheiden, mehr Birnen und weniger Äpfel zu essen, weil die Kosten eines Apfels höher sind. Gleichzeitig werden die Apfelplantagen mehr Arbeitskräfte einstellen und mehr Äpfel ernten wollen, weil der Stückgewinn aus dem Verkauf eines Apfels höher ist. Wie wir im weiteren Verlauf des Studiums der Mikroökonomie noch erfahren werden, ist die Wirkung des Preises eines Guts auf das Verhalten von Käufern und Verkäufern in einem Markt – in diesem Fall der Markt für Äpfel – von zentraler Bedeutung für das Verständnis, wie die Volkswirtschaft knappe Ressourcen aufteilt.

Auch Politiker sollten sich stets der Wirkung von Anreizen bewusst sein, denn eine Vielzahl der politischen Maßnahmen verändert den Nutzen und die Kosten, denen sich die Menschen gegenübersehen und beeinflusst damit ihr Verhalten. Die Mineralölsteuer veranlasst die Menschen beispielsweise dazu, kleinere und Benzin sparende Pkw zu kaufen. Aus diesem Grund fahren auf den Straßen in Deutschland, wo es eine hohe Mineralölsteuer gibt, kleinere Pkw als in den USA, wo die Mineralölsteuer niedrig ist. Die Mineralölsteuer bringt die Menschen auch dazu, verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen und in die Nähe ihrer Arbeitsstätte zu ziehen. Wäre die Mineralölsteuer noch höher, würden die Menschen irgendwann anfangen, mit Hybridautos zu fahren oder auf Elektroautos umzusteigen. Wenn die Politiker nicht in der Lage sind, die von staatlichen Maßnahmen ausgelösten Verhaltensänderungen richtig abzuschätzen, können sich die Maßnahmen in nicht beabsichtigter Art und Weise auswirken.

Betrachten wir die für Sicherheitsgurte und die Autosicherheit ergriffenen Maßnahmen als Beispiele. Während der 1950er-Jahre hatten erst sehr wenige Autos Sicherheitsgurte. Heute sind alle Personenkraftwagen entsprechend ausgerüstet, und die Ursache dafür ist in politischen Maßnahmen zu sehen. Der bekannte US-Verbraucherschützer Ralph Nader hatte in den späten 1960er-Jahren mit seinem Buch »Unsafe at Any Speed« das öffentliche Bewusstsein auf die mangelhafte Autosicherheit gelenkt. Dadurch kam es in vielen Ländern schließlich zu gesetzlichen Vorschriften über Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit einschließlich einer Standardausrüstung mit Sicherheitsgurten in allen Neuwagen.

Wie beeinflusst eine gesetzliche Vorschrift für Sicherheitsgurte die Pkw-Sicherheit? Der unmittelbare Effekt ist ganz offensichtlich. Wenn alle Autos Sicherheitsgurte haben und eine gesetzliche Gurtpflicht besteht, wird die Wahrscheinlichkeit steigen, dass die Menschen schwere Unfälle überleben. In diesem Sinn vermögen Sicherheitsgurte Leben zu retten. Das war die Motivation des Gesetzgebers.

Um jedoch die Auswirkungen der gesetzlichen Vorschriften gänzlich zu verstehen, muss man die Anreize zu menschlichen Verhaltensänderungen näher betrachten. In diesem Fall handelt es sich hauptsächlich um die vom Fahrer gewählte Geschwindigkeit und Vorsicht. Langsam und vorsichtig zu fahren ist kostspielig, weil Zeit und Kraft des Fahrers beansprucht werden. Beim Entschluss, langsamer zu fahren, vergleichen rational entscheidende Leute den Grenznutzen und die Grenzkosten des langsameren Fahrens. Solange der Grenznutzen des langsameren Fahrens höher ist, werden die Leute immer langsamer fahren. Das erklärt auch, dass man auf vereisten Straßen langsamer fährt als auf trockenen Straßen.

Überlegen wir nun, wie eine Anschnallpflicht die Kosten-Nutzen-Rechnung eines vernünftigen Autofahrers beeinflusst. Sicherheitsgurte senken die Kosten eines möglichen Unfalls für den Fahrer, weil sie die Wahrscheinlichkeit von Verletzung und Tod senken. Auf diese Weise reduziert eine Anschnallpflicht den Nutzen des langsamen und vorsichtigen Fahrens. Die Menschen reagieren auf Sicherheitsgurte in derselben Weise, wie sie auf eine Verbesserung der Straßenverhältnisse reagieren würden – durch schnelleres und weniger vorsichtiges Fahren. Das Endergebnis einer Anschnallpflicht sind deshalb höhere Unfallzahlen.

Wie beeinflusst die Anschnallpflicht die Zahl der Verkehrstoten? Bei angelegtem Sicherheitsgurt überleben Fahrer einen jeden Unfall mit höherer Wahrscheinlichkeit, aber sie sind öfter in Unfälle verwickelt. Der Nettoeffekt ist nicht eindeutig. Überdies hat die tendenzielle Verringerung des sicheren Fahrens eine deutlich negative Wirkung auf Fußgänger (und Fahrer ohne Gurte). Sie sind durch die gesetzlichen Vorschriften Gefährdungen ausgesetzt, weil sie öfter in Unfälle verwickelt und dabei nicht durch Gurte geschützt sind. So hat eine Anschnallpflicht Tendenzen, die Todesfälle von Fußgängern ansteigen zu lassen.

Auf den ersten Blick mag eine Diskussion der Verhaltensanreize von Sicherheitsgurten als müßige Spekulation erscheinen. Aber in einem Aufsatz von 1975 hat der Wirtschaftswissenschaftler Sam Peltzman gezeigt, dass gesetzliche Vorschriften zur Verbesserung der Verkehrssicherheit des Autos tatsächlich vielerlei derartige Effekte hatten. Nach Peltzmans Befunden führen die Vorschriften zu weniger Verkehrstoten pro Unfall und zu mehr Unfällen. Das Nettoresultat ist eine unerhebliche Veränderung der Zahl toter Fahrer und ein Anstieg der Zahl toter Fußgänger. Peltzmans Untersuchung ist nur ein Beispiel für den allgemeinen Grundsatz, dass Menschen auf Anreize reagieren. Viele der von Ökonomen untersuchten Anreizwirkungen sind offensichtlicher als die der Gurtspflicht für Autofahrer. So wird z. B. niemand überrascht sein, dass eine Steuer auf Äpfel die Menschen veranlassen würde, weniger Äpfel zu kaufen. Wie aber das Beispiel mit den Sicherheitsgurten zeigt, haben politische Maßnahmen bisweilen Wirkungen, die im Voraus nicht absehbar sind. Wenn man irgendwelche politischen Maßnahmen untersucht, muss man nicht nur die direkten Effekte, sondern auch die indirekten Effekte beachten, die aufgrund von Anreizen zu Stande kommen. Wenn die Politik Anreize verändert, wird sie die Leute dazu bringen, ihr Verhalten zu ändern.

Aufgabe: Geben Sie eine Aufzählung und kurze Erklärung der vier Regeln individuellen Entscheidungsverhaltens.

II. Wie Menschen zusammenwirken

Die ersten vier Regeln haben sich auf das Entscheidungsverhalten der Menschen gerichtet. Im Verlauf des Lebens beeinflussen unsere Entscheidungen nicht nur uns selbst, sondern ebenso gut andere Menschen. Die nachfolgenden drei Regeln betreffen das Zusammenwirken der Menschen untereinander.

5. Regel: Durch Handel kann es jedem besser gehen

Vielleicht haben Sie davon gehört, dass die Japaner unsere Konkurrenten auf dem Weltmarkt sind. In gewisser Weise ist das wahr, denn deutsche und japanische Unternehmungen produzieren tatsächlich viele ähnliche Güter. BMW und Toyota konkurrieren auf dem Weltmarkt für Automobile um dieselben Kunden. Siemens-Fujitsu und Toshiba bearbeiten die gleichen Marktsegmente auf dem PC-Markt.

Aber beim Nachdenken über den Wettbewerb zwischen nationalen Volkswirtschaften kann man leicht in die Irre gehen. Der Handel zwischen Deutschland und Japan ist nicht mit einem sportlichen Wettkampf zu vergleichen, bei dem eine Seite gewinnt und die andere verliert. Tatsächlich gilt etwas anderes: Handel zwischen zwei Ländern kann meist dazu führen, dass es jedem Land wirtschaftlich besser geht.

Um das zu verstehen, können Sie überlegen, wie der Handelsaustausch ihre Familie beeinflusst. Wenn eines Ihrer Familienmitglieder eine Stelle sucht, konkurriert er oder sie mit den Mitgliedern anderer Familien, die sich nach einer neuen Stelle umtun. Die Familien konkurrieren auch untereinander, wenn sie Einkaufen gehen, weil jede Familie die besten Waren zum niedrigsten Preis haben will. Auf diese Weise steht gewissermaßen jede Familie einer Volkswirtschaft mit allen anderen Familien im Wettbewerb.

Ungeachtet dieses Wettbewerbs würde es Ihrer Familie nicht besser gehen, wenn sie sich von allen anderen Familien abkapselte. Wenn sie es machen wollte, müsste Ihre Familie ihre eigenen Nahrungsmittel anbauen, die Kleidung herstellen und selbst ein Haus bauen. Offensichtlich profitiert Ihre Familie viel von dem Austausch mit anderen. Handel ermöglicht es jedem, sich auf seine beste Befähigung zu spezialisieren – ob das nun der Ackerbau, das Nähen oder der Hausbau ist. Durch

den Handel mit anderen können die Menschen eine größere Vielfalt an Waren und Dienstleistungen zu niedrigeren Kosten erwerben.

Die Volkswirtschaften haben ebenso Vorteile vom Handel untereinander wie die Familien. Der Handel macht es für die nationalen Volkswirtschaften möglich, sich auf das zu spezialisieren, was sie am besten können und sich auf diese Weise einer größeren Bandbreite an Waren und Dienstleistungen zu erfreuen. Die Japaner wie die Franzosen, die Niederländer, die Amerikaner oder die Brasilianer sind ebenso unsere Partner in der Weltwirtschaft wie sie unsere Konkurrenten sind.

6. Regel: Märkte sind gewöhnlich gut für die Organisation des Wirtschaftslebens

Übersicht Marktwirtschaft/ Planwirtschaft

Der Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa war wohl die bedeutendste Veränderung der Welt in den letzten fünfzig Jahren. Kommunistische Länder arbeiteten unter der Prämisse, dass zentrale Planer der Regierung bestens befähigt wären, die Volkswirtschaft zu leiten. Die Planer entschieden, welche Waren und Dienstleistungen produziert wurden, wie viel davon hergestellt wurde und wer diese Güter produzierte und konsumierte. Hinter der Zentralplanung stand eine Theorie, wonach nur die Regierung volkswirtschaftliche Aktivitäten auf eine Art und Weise organisieren konnte, die der sozialen Wohlfahrt des Landes insgesamt dienlich war.

Heutzutage haben die meisten Planwirtschaften das System abgeschafft und den Versuch unternommen, Marktwirtschaften zu werden. In einer Marktwirtschaft werden die Entscheidungen der zentralen Planungsbehörden durch Millionen Einzelentscheidungen von Unternehmungen und Haushalten ersetzt. Unternehmungen entscheiden, welche Leute sie ein stellen und was sie produzieren. Haushalte oder Familien entscheiden darüber, wo sie arbeiten und was sie mit ihren Einkommen kaufen wollen.

Diese Unternehmungen und Haushalte wirken auf den Märkten zusammen, wobei sie durch Preise und Eigeninteressen bei ihren Entscheidungen geleitet werden. Auf den ersten Blick ist der Erfolg von Marktwirtschaften rätselhaft. Man hat zunächst den Eindruck, die dezentralen Entscheidungen von Millionen von Haushalten und Unternehmungen würden im Chaos enden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Marktwirtschaften haben sich als bemerkenswert erfolgreich bei der Aufgabe erwiesen, Volkswirtschaften zu organisieren und zugleich die soziale Wohlfahrt zu fördern.

In seinem 1776 erschienenen Buch »The Wealth of Nations« machte Adam Smith die berühmte und höchst bedeutsame Aussage: Haushalte und Unternehmungen wirken auf Märkten zusammen, als ob sie von einer »unsichtbaren Hand« zu guten Marktergebnissen geführt würden. Eines unserer Ziele des Kurses besteht darin, verständlich zu machen, wie die unsichtbare Hand ihren Zauber entfaltet. Beim Studium der Volkswirtschaftslehre werden Sie begreifen, dass Preise die Instrumente sind, mit denen die unsichtbare Hand die wirtschaftliche Aktivität dirigiert. Die Preise spiegeln beides: den gesellschaftlichen Wert eines Guts und die sozialen Kosten der Produktion. Weil Unternehmungen und Haushalte bei ihren Kauf- und Verkaufsentscheidungen auf die Preise achten, berücksichtigen sie bei ihren Entscheidungen unbewusst soziale Nutzen und Kosten ihrer Aktivitäten. Preise führen die individuellen Entscheidungsträger zu Ergebnissen, die in vielen Fällen auch die soziale Wohlfahrt maximieren.

Die unsichtbare Hand des Markts

Es mag Zufall sein, dass Adam Smiths bedeutendes Werk »The Wealth of Nations« ausgerechnet im Jahr 1776 veröffentlicht wurde – dem Jahr der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung durch die amerikanischen Revolutionäre. Aber beide Werke spiegelten eindrucksvoll die damals herrschende Meinung wider: Die Menschen sollten selbstständig über ihr Dasein bestimmen, nicht gegängelt und überwacht von der starken Hand einer Regierung. Diese philosophische Grundhaltung schuf die Basis für die freie Marktwirtschaft – und für eine freie Gesellschaft im Allgemeinen! Warum funktionieren dezentrale Marktwirtschaften so gut? Etwa weil sich Menschen wegen gegenseitiger Zuneigung und Liebe so gut aufeinander verlassen können? Nicht einmal ansatzweise! Hier folgt Adam Smiths Beschreibung der Zusammenarbeit in einer Marktwirtschaft:

Man has almost constant occasion for the help of his brethren, and it is vain for him to expect it from their benevolence only. He will be more likely to prevail if he can interest their self-love in his favor, and show them that it is for their own advantage to do for him what he requires of them ... It is not from the benevolence of the butcher, the brewer, or the baker that we expect our dinner, but from their regard to their own interest ... Every individual ... neither intends to promote the public interest, nor knows how much he is promoting it. ... He intends only his own gain, and he is in this, as in many other cases, led by an invisible hand to promote an end which was no part of his intention. Nor is it always the worse for the society that it was no part of it. By pursuing his own interest he frequently promotes that of the society more effectually than when he really intends to promote it.

Jeder einzelne ist bemüht, sein Kapital so einzusetzen, dass das damit erstellte Produkt den höchstmöglichen Wert hat. Im Allgemeinen ist er weder bestrebt, das öffentliche Wohl zu fördern, noch weiß er in wie weit er es fördert. Er hat lediglich seine eigene Sicherheit im Auge, seinen eigenen Gewinn. Dabei wird er jedoch von einer unsichtbaren Hand geleitet, die dafür sorgt, dass er einem Ziel dient, das nicht Teil seines Anliegens war. Indem er sein eigens Interesse verfolgt, dient er oft dem Wohl der Gesellschaft besser, als wenn er dies von vornherein beabsichtigt hätte. Nicht aufgrund der Wohltätigkeit von Fleischer, Brauer oder Bäcker versprechen wir uns etwas zum Abendessen, sondern allein wegen ihres Anliegens uns etwas zu verkaufen. (Etwas frei übersetzt)

Smith erläutert, wie die »unsichtbare Hand des Markts« den Egoismus des Einzelnen in wachsenden Wohlstand für die Allgemeinheit transformiert. Viele von Smiths Erkenntnissen stehen auch heute noch im Zentrum der modernen ökonomischen Theorie. Smiths Schlussfolgerungen werden während des Studiums der Volkswirtschaftslehre noch deutlicher herausgearbeitet werden, sodass die Stärken und Schwächen der unsichtbaren Hand genauer erkennbar werden.

Es gibt eine logische Folgerung aus der Leistungsfähigkeit der unsichtbaren Hand bei der Selbststeuerung der Volkswirtschaft: Wenn die Regierung die Preise daran hindert, sich auf natürliche Weise an Nachfrage und Angebot anzupassen, behindert sie die Koordination der Millionen Einzelentscheidungen von Haushalten und Unternehmungen, die eine Volkswirtschaft ausmachen. Dies erklärt auch die noch viel größeren Schäden, die eine direkte staatliche Preispolitik verursacht – etwa bei Pacht und Zins. Und es erklärt das Scheitern der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft. In den kommunistischen Staaten wurden die Preise von oben diktiert. Die Planer konnten gar nicht die Informationen haben, die in freien Marktpreisen stecken. Die Zentralplaner versuchten, die Volkswirtschaft zu betreiben, indem sie eine Hand auf dem Rücken fest banden – die unsichtbare Hand des Markts.

Das Modell der vollständigen Konkurrenz („Der ideale Markt“)

Als theoretischer Zugang für die Analyse der Effizienz des Marktmechanismus dient eines der elementaren Modelle der Ökonomie: die vollständige Konkurrenz. Unter einem Modell versteht man in der Wissenschaft die vereinfachte Darstellung der Wirklichkeit. (s. hinten) Zwar kann ein Modell niemals die Realität in ihrer vollen Komplexität widerspiegeln. Mit einigen restriktiven Annahmen lassen sich aber wesentliche Kausalzusammenhänge isolieren, um die Wirklichkeit besser verstehen zu können.

Dem Modell liegen folgende Prämissen zugrunde:

- *Polypolitische Marktstruktur*: Viele kleine Anbieter treffen auf viele kleine Nachfrager. Der Marktanteil eines einzelnen Marktteilnehmers ist dabei so gering, dass dieser keinen Einfluss auf den Marktpreis ausüben kann.
- *Homogene Güter*: Auf dem Markt wird ein einheitliches Gut gehandelt; die Marktteilnehmer hegen keine persönlichen, räumlichen und sachlichen Präferenzen. Bei marktlichen Transaktionen kann man aus Sicht der Konsumenten drei Arten von Präferenzen unterscheiden:
 - ➔ *Persönliche Präferenzen*: Anbieter, mit denen man bereits positive Erfahrungen gesammelt hat, werden unbekanntem Anbietern vorgezogen.
 - ➔ *Räumliche Präferenzen*: Anbieter mit einem vorteilhaften Standort (z.B. in unmittelbarer räumlicher Nähe) werden gegenüber anderen Konkurrenten bevorzugt.
 - ➔ *Sachliche Präferenzen*: Produkte mit positivem Image (Markenprodukte) werden vorgezogen.
- *Teilbare Güter*: Die Güter lassen sich in beliebig kleine Mengeneinheiten aufteilen.
- *Abwesenheit von externen Effekten*: Der Preismechanismus berücksichtigt sämtliche Effekte einer marktlichen Transaktion. Kein Marktteilnehmer lastet einem anderen Kosten an, ohne dafür aufzukommen; und keiner erzeugt auf der anderen Seite einen Nutzen, ohne dafür entschädigt zu werden.
- *Markttransparenz*: Jeder Akteur verfügt über vollständige Informationen bezüglich der Eigenschaften und des Preises des gehandelten Gutes. Es treten keine Transaktionskosten auf.
- *Unendlich schnelle Anpassung*: Auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen reagieren alle Marktteilnehmer ohne zeitliche Verzögerung.

Sofern Homogenität, Markttransparenz und unendlich schnelle Anpassung vorliegen, kann es auf diesem Markt nur einen Preis geben. Da nämlich Anbieter und Nachfrager die Preise der homogenen Güter genau kennen, würde niemand bei einem Anbieter kaufen, der einen höheren Preis verlangt. Umgekehrt würde kein Anbieter sein Produkt an einen Nachfrager verkaufen, der nur bereit ist, einen niedrigeren Preis zu zahlen.

Das Modell der vollständigen Konkurrenz (Ideal) – steht vor allem aber die möglichen Diskrepanzen im Vergleich zur Realität gegenüber. Im Folgenden sollen unterschiedliche Marktmodelle (der Realität) kurz vorgestellt werden:

Marktmodell	Vollkommener, atomistischer Markt	Monopol	Oligopol	Monopolistischer Wettbewerb (unvollkommene Konkurrenz)
Eigenschaften				
Anzahl der Anbieter	Große Anzahl Anbieter	Ein Anbieter	Wenige Anbieter	Viele Anbieter
Zielsetzung der Anbieter	Kurzfristige Gewinnmaximierung			
Qualitative Beschaffenheit des Marktes	Homogenes Gut, keine Präferenzen	Homogenes Gut, geringer Grad der Substitution	Homogenes, oder differenziertes Produktangebot	Heterogenes Produkt, Existenz von Präferenzen
Verhaltensweisen und Einfluss auf den Preis	Mengenanpasser, kein Einfluss	Monopol. Preisfixierer, hoher Einfluss	Oligopol. Preisfixierer, beschränkter Einfluss durch gegenseitige Abhängigkeit, hoher Einfluss bei Absprachen	Polypol. Preisfixierer, in Grenzen Einfluss
Zugang zum Markt auf der Anbieterseite	Keine Hindernisse	blockiert	Bedeutend erschwert	Relativ leicht
Qualitäts- und Reklamewettbewerb	Nicht vorhanden	Hoch, um Nachfrage unelastisch zu halten	In erheblichem Umfang	
Bsp. (näherungsw.)	Volksaktien an Börsen	Örtl. Versorger	Automobilindustrie	Einzelhandel, Bäckereien

Während das Monopol, monopolistischer Wettbewerb und der vollkommene Markt weniger geeignet sind, verhaltenspsychologisch interessante Betrachtungen anzustellen, liegt es beim Oligopol anders. Deshalb ein Ausflug in die Spieltheorie.

Die Spieltheorie und die Ökonomik der Kooperation

Die Spieltheorie befasst sich mit der Analyse menschlichen Verhaltens in strategischen Situationen. Als strategisch bezeichnet man eine Lage, in der jeder bei der Entscheidung über eigene Aktivitäten berücksichtigen muss, wie andere wohl darauf reagieren. Da die Zahl der auf einem Oligopolmarkt aktiven Unternehmungen klein ist, muss jede der Unternehmungen strategisch denken und entscheiden.

Nennen Sie einige Ihnen bekannte Oligopolmärkte!

Jede Unternehmung weiß, dass ihr Gewinn nicht nur von der eigenen Produktionsmenge abhängt, sondern auch von den Produktionsmengen der anderen Anbieter. Bei seiner Produktionsentschei-

derung sollte sich jeder Oligopolist überlegen, wie seine Entscheidung die Produktionsentscheidungen der anderen Unternehmungen beeinflusst.

Die Spieltheorie ist keine Voraussetzung zum Verständnis von Konkurrenz- oder Monopolmärkten. In einem Konkurrenzmarkt ist jede Unternehmung gemessen am Marktvolumen so klein, dass strategische Interaktionen mit anderen Unternehmungen vernachlässigt werden können. In einem Monopolmarkt gibt es keine strategischen Interaktionen, weil der Monopolist der Alleinanbieter ist. Zum Verständnis der Vorgänge auf Oligopolmärkten jedoch ist die Anwendung der Spieltheorie ganz nützlich.

Ein „Spiel“ mit spezieller Bedeutung trägt die Bezeichnung Gefangenendilemma. Es verschafft Einblick in die Schwierigkeiten, Kooperation aufrecht zu erhalten. Oftmals im Leben misslingt es den Menschen zusammen zu arbeiten – sogar dann, wenn es jeden durch Kooperation besser gehen könnte. Ein Beispiel nur unter vielen liefert das Oligopol. Die Geschichte von Gefangenendilemma enthält eine allgemeine Lehre für alle Gruppen, die unter ihren Mitgliedern die Zusammenarbeit hochhalten.

Das Gefangenendilemma

Das Gefangenendilemma ist eine Geschichte von zwei kriminellen, die der Polizei in die Hände gefallen sind. Nennen wir sie Bonnie & Clyde. Die Polizei hegt den begründeten Verdacht, die beiden hätten sich des Waffentragens ohne Waffenschein schuldig gemacht. Auf dieses minder schwere Vergehen steht bis zu einem Jahr Gefängnis. Die Polizei verdächtigt Bonnie und Clyde jedoch auch, gemeinsam einen Bankraub begangen zu haben. Sie hat keine Beweise in Händen, um die beiden als Schwerverbrecher überführen zu können.

Bonnie und Clyde werden in verschiedenen Räumen getrennt verhört, und man macht ihnen dieses Angebot: „Zur Zeit können wir Sie für ein Jahr hinter Schloss und Riegel bringen. Wenn Sie jedoch den Bankraub gestehen und ihren Kumpanen belasten, gewähren wir Ihnen Straffreiheit und Sie können sofort als freier Mensch gehen. Ihr Kumpan bekommt dann 20 Jahre Gefängnis. Doch wenn sie beide das Verbrechen eingestehen, brauchen wir Ihre Zeugenaussage nicht mehr und wir können die Kosten der Verhandlung vermeiden. Deshalb bekommt dann jeder einzelne eine mittelschwere Strafe von acht Jahren Gefängnis.“

Wenn Bonnie und Clyde als herzlose Bankräuber, die sie nun einmal sind, nur an sich und ihre eigene Bestrafung denken, wie werden sie sich wohl verhalten? Werden sie gestehen oder schweigen?

		Entscheidung Bonnie	
		Gestehen	Schweigen
Entscheidung Clyde	Gestehen	8 Jahre für jeden	20 Jahre für Bonnie, Freiheit für Clyde
	Schweigen	20 Jahre für Clyde, Freiheit für Bonnie	1 Jahr für jeden

Jeder Gefangene hat zwei Strategien: Gestehen oder schweigen. Die von jedem zu erwartende Strafe hängt von der eigenen gewählten Strategie ab und von der Strategie des Mitverbrechers.

Betrachten wir zuerst die Entscheidungslage von Bonnie. Sie überlegt so: „Ich weiß ja nicht, was

Clyde tun wird. Wenn er schweigt, lautet meine beste Strategie „gestehen“, da ich dann frei bin statt ein Jahr im Gefängnis zu sitzen. Wenn er gesteht, lautet meine beste Strategie immer noch „Gestehen“, denn dann werde ich nur acht statt 20 Jahre einsitzen. Somit bin ich unabhängig davon, was Clyde tun wird, mit „Gestehen“ am besten dran.“

In der Sprache der Spieltheorie ist dies eine dominante Strategie: Die beste Vorgehensweise eines Spielers ungeachtet der von den anderen Spielern verfolgten Strategie. „Gestehen“ ist im vorliegenden Fall eine dominante Strategie für Bonnie. Sie verbringt weniger Zeit im Gefängnis – unabhängig davon, ob Clyde gesteht oder schweigt.

Nun betrachten wir die Entscheidungslage von Clyde. Er steht vor der selben Alternative wie Bonnie; und überlegt ähnlich. Ungeachtet dessen was Bonnie tut, kann Clyde seine zu erwartende Zeit im Gefängnis durch ein Geständnis minimieren. Gestehen ist also die dominante Strategie auch für Clyde.

So werden am Ende beide gestehen und für acht Jahre ins Gefängnis kommen. Von ihrem Standpunkt aus ist dies jedoch ein schreckliches Resultat. Wenn sie beide schweigsam geblieben wären, wären Sie mit nur einem Jahr Gefängnis wegen unerlaubten Waffentragens besser weggekommen. Folgt jeder seinen eigenen Interessen, kommen beide Gefangenen zu einem schlechteren Ergebnis für jeden einzelnen.

Stellen wir uns zur weiteren Illustration der Schwierigkeiten einer Kooperation vor, Bonnie & Clyde hätten vor ihrer Gefangennahme durch die Polizei abgemacht, nicht zu gestehen. Offensichtlich sind beide mit der Abmachung besser gestellt, vorausgesetzt sie halten sich daran. Sie haben nur ein Jahr Gefängnis zu erwarten. Doch würden die beiden tatsächlich eisern schweigen, nur weil sie es vereinbart haben? Sobald sie fortlaufend getrennt verhört werden, gewinnt nach und nach das Eigeninteresse die Oberhand und ein Geständnis wird wahrscheinlich. Die Kooperation zwischen den beiden Gefangenen ist schwerlich durchzuhalten, denn Kooperation ist individuell irrational.

Oligopol im Gefangenendilemma

Was hat das Gefangenendilemma mit Märkten und mit unvollständigen Wettbewerb zu tun? Es stellt sich heraus, dass das Spiel der beiden Oligopolisten um das Monopolergebnis dem Spiel der beiden Gefangenen sehr ähnlich ist.

Stellen wir uns ein Oligopol mit den beiden Anbietern Iran und Irak vor. Beide Länder verkaufen Rohöl. Nach langwierigen Verhandlungen kommen die beiden Länder überein, das Produktionsniveau niedrig zu halten, damit der Weltmarktpreis des Rohöls hoch bleibt. Nach dem Vertragsabschluss über die Produktionsniveaus muss jedes der beiden Länder für sich entscheiden, ob es kooperieren und den Vertrag einhalten will oder aber betrügen und mehr produzieren möchte.

Wie sehen nun die Gewinne der beiden Länder in Abhängigkeit von der gewählten Strategie der beiden aus:

		Entscheidung Irak	
		Hohe Produktion	Niedrige Produktion
Entscheidung Iran	Hohe Produktion	Gewinn 40 Mrd. \$ für jeden	Gewinn Irak 30 Mrd. \$ Gewinn Iran 60 Mrd. \$
	Niedrige Produktion	Gewinn Irak 60 Mrd. \$ Gewinn Iran 30 Mrd. \$	Gewinn 50 Mrd. \$ für jeden

Stellen Sie sich vor Sie wären der Präsident des Irak. Sie überlegen wie folgt: „Ich könnte die Pro-

duktion vereinbarungsgemäß niedrig halten, oder ich könnte meine Produktion erhöhen und mehr Öl als vereinbart auf den Weltmarkt bringen. Sofern sich der Iran an das Abkommen hält und seine Produktion niedrig bleibt, erzielt mein Land mit hoher Produktion 60 Milliarden \$ und mit niedriger Produktion 50 Milliarden \$ Gewinn. In diesem Fall fährt Irak mit hoher Produktion besser. Sofern jedoch der Iran die Vereinbarung verfehlt und eine größere Menge produziert, so erzielt mein Land bei hoher Produktion einen Gewinn von 40 Milliarden \$ und bei niedriger Produktion 30 Milliarden \$ Gewinn. Wiederum kommt der Irak mit einer hohen Produktionsmenge besser weg. Unabhängig davon, wie sich der Iran entscheidet, ist mein Land also zum eigenen Vorteil gut beraten, das Abkommen insgeheim zu verletzen und ein hohes Produktionsniveau zu verwirklichen.“

Ein hohes Produktionsniveau – bei Verletzung des Abkommens – ist also eine dominante Strategie für den Irak. Selbstverständlich stellt sich die Situation für den Iran ebenso da. Somit werden schließlich beide Länder ein hohes Produktionsniveau realisieren. Das Gesamtergebnis ist für beide Länder mit niedrigen Gewinnen inferior.

Das Beispiel illustriert anschaulich, warum Oligopolisten erhebliche Probleme damit haben, die Monopolgewinne vom Markt ab zu kassieren. Das Monopolergebnis ist für die Gemeinschaft der Oligopolisten rational, jedoch nicht für jeden einzelnen Oligopolisten, so dass Anreize für jeden zur Vertragsverletzung bestehen. So wie das eigene Interesse die Gefangenen in das Gefangenendilemma und zum Geständnis treibt, macht es das Eigeninteresse für die Oligopolisten sehr schwer, die Kooperation bei zu behalten und auf diese Weise durch ein niedriges Produktionsniveau hohe Preise und hohe Gewinne zu erzielen.

An Hand des Gefangenendilemmas kann man die konflikthafte Entscheidungslage von Oligopolisten besser verstehen. Für viele strategische Entscheidungen gilt die gleiche Logik. Es gibt eine logische Folgerung aus der Leistungsfähigkeit der unsichtbaren Hand bei der Selbststeuerung der Volkswirtschaft: Wenn die Regierung die Preise daran hindert, sich auf natürliche Weise an Nachfrage und Angebot anzupassen, behindert sie die Koordination der Millionen Einzelentscheidungen von Haushalten und Unternehmungen, die eine Volkswirtschaft ausmachen.

Dies erklärt auch die noch viel größeren Schäden, die eine direkte staatliche Preispolitik verursacht – etwa bei Pacht und Zins. Und es erklärt das Scheitern der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft. In den kommunistischen Staaten wurden die Preise von oben diktiert. Die Planer konnten gar nicht die Informationen haben, die in freien Marktpreisen stecken. Die Zentralplaner versuchten, die Volkswirtschaft zu betreiben, indem sie eine Hand auf dem Rücken fest banden – die unsichtbare Hand des Markts.

7. Regel: Regierungen können manchmal die Marktergebnisse verbessern

Übersicht Organisation von Märkten (Monopole, etc.) Laissez faire etc.

Übersicht Soziale Marktwirtschaft/ Stabilisierungspolitik

Wenn die unsichtbare Hand so wunderbar funktioniert, wozu brauchen wir dann die Regierung? Nun, eine Aufgabe der Regierung besteht gerade darin, die unsichtbare Hand zu schützen. Märkte werden nur dann richtig funktionieren, wenn die Eigentumsrechte durchgesetzt werden. Kein Bauer wird Getreide anbauen, wenn er damit rechnen muss, dass seine Ernte gestohlen wird. Kein Restaurant wird Speisen servieren, wenn nicht sichergestellt ist, dass der Gast vor dem Verlassen auch dafür bezahlt. Wir alle verlassen uns darauf, dass staatliche Institutionen wie z. B. die Polizei und die Gerichte unsere Rechte über die Güter sichern, die wir produzieren.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Grund, warum wir die Regierung benötigen. Obwohl Märkte gewöhnlich gute Mechanismen für die Steuerung ökonomischer Aktivitäten sind, gibt es einige wichtige Ausnahmen von dieser Regel. Es gibt zwei wichtige Gründe für eine Regierung, in der Marktwirtschaft zu intervenieren: zur Steigerung der Effizienz und zur Förderung der Gerechtigkeit. Die meisten politischen Maßnahmen zielen also darauf ab, entweder den wirtschaftlichen Kuchen zu vergrößern oder seine Aufteilung in Stücke zu verändern.

Die unsichtbare Hand bringt Märkte gewöhnlich dazu, die Ressourcen effizient zu verteilen. Dessen ungeachtet gibt es mehrere Gründe dafür, dass die unsichtbare Hand manchmal nicht funktioniert. Die Ökonomen verwenden den Begriff Marktversagen für eine Situation, in der ein Markt alleine es nicht schaffen würde, die Ressourcen effizient zuzuteilen. Ein möglicher Grund von Marktversagen sind externe Effekte oder so genannte Externalitäten. Eine Externalität ist die Wirkung der Handlungen einer Person auf die Wohlfahrt eines unbeteiligten Dritten. Das klassische Beispiel ist die Luftverschmutzung. Wenn eine chemische Fabrik nicht die gesamten Kosten der ausgestoßenen Schadstoffmenge trägt, wird sie leicht zu viel davon abgeben. In diesem Fall kann der Staat die soziale Wohlfahrt durch umweltpolitische Maßnahmen verbessern.

Eine andere mögliche Ursache für Marktversagen kann in der Marktmacht liegen. Marktmacht ist die Fähigkeit eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe, die Marktpreise übermäßig zu beeinflussen. Nehmen wir z.B. an, jedermann in einer Stadt braucht Wasser; es gebe aber nur eine einzige Quelle. Der Eigentümer der Quelle hat Marktmacht – in diesem Fall ein Monopol – über den Verkauf von Wasser. Der Eigentümer unterliegt nicht dem rigorosen Wettbewerb, mit dem die unsichtbare Hand üblicherweise die Eigeninteressen unter Kontrolle hält. Es ist offensichtlich, dass in diesem Falle eine Regulierung des vom Monopolisten verlangten Preises möglicherweise eine Effizienzsteigerung nach sich ziehen kann.

Noch weniger befähigt ist die unsichtbare Hand dazu, den ökonomischen Wohlstand gerecht zu verteilen. Eine Marktwirtschaft belohnt die Menschen nach ihrer Fähigkeit zur Herstellung von Gütern, für die andere bereit sind zu bezahlen. Der weltbeste Fußballer verdient mehr als der weltbeste Politiker, weil die Menschen mehr bezahlen, um den Fußballer zu sehen. Die unsichtbare Hand garantiert nicht, dass jedermann genug zu essen hat, Kleidung und notwendige ärztliche Betreuung erhält. Ein Ziel verschiedener politischer Maßnahmen, wie etwa die Einkommensbesteuerung oder das Grundsicherungssystem, ist die gleichmäßige Verteilung des ökonomischen Wohlstandes.

Zu sagen, dass die Regierung die Marktergebnisse zeitweilig verbessern kann, heißt nicht, dass dies tatsächlich immer geschehen wird. Die Politik wird nicht von Engeln gemacht, sondern von einem beileibe nicht vollkommenen politischen Prozess gestaltet. Manchmal werden Maßnahmen einfach

deshalb erfunden, um mächtige Gruppen zu belohnen. Manchmal werden sie von gutwilligen politischen Führern entworfen, die nicht hinreichend unterrichtet sind. Ziel des Studiums der VWL ist es, bessere Urteile über politische Maßnahmen zu bilden, ob sie geeignet sind, Effizienz und Gerechtigkeit zu fördern oder nicht.

Aufgabe: Nennen Sie die drei Regeln für wirtschaftliche Interaktionen nochmals und erklären Sie diese kurz.

Hausaufgabe: Staat als Unternehmer (Arbeit als Arbeitsgruppe möglich)

III. Wie die Volkswirtschaft insgesamt funktioniert

Zunächst haben wir erörtert, wie Menschen sich entscheiden, danach haben wir überlegt, wie die Menschen zusammenwirken. Alle Entscheidungen und Interaktionen zusammen machen die „Volkswirtschaft“ aus. Die verbleibenden drei Regeln betreffen das Funktionieren der Volkswirtschaft insgesamt.

8. Regel: Der Lebensstand eines Landes hängt von der Fähigkeit ab, Güter und Dienstleistungen herzustellen

Produktionsfaktoren

Produktionsfunktion

Agrarbeispiel

Die Unterschiede im Lebensstandard rund um die Welt sind erschütternd. So verdienen berufstätige Deutsche durchschnittlich 2017 über 38.500 EUR pro Jahr. Im gleichen Jahr verdiente ein Mexikaner etwa 7.600 EUR und ein Bangladeshi keine 1.300 EUR. Selbstverständlich schlägt sich diese große Streuung des Durchschnittseinkommens in den verschiedenen Maßen der Lebensqualität nieder. Bürger von Ländern mit hohem Einkommen, haben mehr Fernsehgeräte, mehr Autos, bessere Ernährung, bessere Gesundheitsfürsorge und eine höhere Lebenserwartung als Bürger mit niedrigem Einkommen.

Ebenso groß sind die zeitlichen Veränderungen des Lebensstandards. In den USA sind die Realeinkommen historisch um 2% pro Jahr gestiegen. Bei dieser Wachstumsrate verdoppelt sich das Einkommensniveau etwa alle 35 Jahre. Einige Länder verzeichnen ein noch rascheres Wirtschaftswachstum.

Diese großen Unterschiede der Lebensstandards im Längs- und Querschnitt sind fast gänzlich den nationalen Unterschieden der Produktivität zuzurechnen, d.h. den pro Arbeitsstunde produzierten Gütern.

Wie sind diese großen Unterschiede der Lebensstandards im Querschnitt und im Längsschnitt zu erklären? Die Antwort ist überraschend einfach. Die Unterschiede der Lebensstandards sind fast gänzlich den nationalen Unterschieden der Produktivität zuzurechnen, d.h. den pro Arbeitsstunde produzierten Gütern.

In Staaten, in denen die Beschäftigten eine große Gütermenge pro Zeiteinheit herstellen können, erfreuen sich die meisten Menschen eines hohen Lebensstandards; in Staaten mit weniger produktiven Arbeitskräften (und oft erheblich niedrigerer Kapitalausstattung) müssen die Menschen bescheidenere Lebensbedingungen ertragen. Ähnlich bestimmt die Wachstumsrate der Produktivität die Wachstumsrate des Durchschnittseinkommens.

Die grundlegende Verknüpfung von Produktivität und Lebensstandard ist zwar einfach, aber die Folgewirkungen sind weitreichend. Wenn die Produktivität der primäre Bestimmungsfaktor des Lebensstandards ist, müssen andere Erklärungen von nachrangiger Bedeutung sein. So könnte man z.B. versucht sein, den Anstieg des Lebensstandards für gewisse Zeitspannen der volkswirtschaftlichen Entwicklung einer zurückhaltenden Lohnsteigerungspolitik der Gewerkschaften zuzurechnen. Doch die wahre Leistung der Arbeiterschaft ist ihre Produktivität. Auf der anderen Seite wird argumentiert, ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum erkläre sich durch die verstärkte ausländische Konkurrenz. Doch die eigentliche Ursache dafür ist nicht der internationale Wettbewerb, sondern das nachlassende Produktivitätswachstum im eigenen Land.

Der Zusammenhang zwischen Produktivität und Lebensstandard hat also tief greifende Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik. Wenn man lieber die Auswirkung irgendwelcher politischer Maßnahmen auf den Lebensstandard nachdenkt, kommt man rasch auf die Schlüsselfrage, wie die Maßnahmen unsere Befähigung zur Güterproduktion beeinflussen. Um dem Lebensstandard einen Schub zu geben, müssen die Politiker die Produktivität erhöhen, indem sie für hohen Ausbildungsstand, gute Realkapitalausstattung und Zugang zur Spitzentechnologie Sorge tragen.

In der Vergangenheit hat in den westlichen Ländern immer wieder das Defizit des Staatshaushalts eine Rolle gespielt - der Überschuss staatlicher Ausgaben über staatliche Einnahmen. Wie wir noch genauer sehen werden, entspringt die Besorgnis darüber hauptsächlich den negativen Auswirkungen der Defizite auf die Produktivität. Wenn die Regierung ein Haushaltsdefizit finanzieren muss, tut sie dies durch Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt - ähnlich wie ein amerikanischer Student das Studium oder eine Unternehmung die neue Fabrikanlage finanziert. Indem der Staat als Kreditnehmer auftritt, schmälert und verteuert er die Kreditmöglichkeiten der Privaten. Dadurch werden Investitionen in Humankapital (Ausbildung des Studenten) und in Realkapital (Fabrikanlage der Unternehmung) geschmälert. Weil eine niedrigere Investition in der Gegenwart eine niedrigere Produktivität in der Zukunft bewirkt, schreibt man staatlichen Haushaltsdefiziten grundsätzlich eine dämpfende Wirkung auf das Wachstum des Lebensstandards zu.

Wie die das Volkseinkommen letztlich entsteht, verwendet und verteilt wird, soll im Folgenden erläutert werden.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Bruttoinlandsprodukt nach Entstehung, Verwendung und Verteilung

Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums. Schließlich umfasst es den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft innerhalb dieses Zeitrahmens produziert werden.

Grundsätzlich ist es möglich, das BIP nicht nur auf einzelne Staaten zu beziehen. Auch eine Ausweitung ganzer Wirtschaftsräume wie etwa der EU oder Südostasien ist prinzipiell möglich. Allerdings bedarf dies einer teils recht komplexen Umrechnung des Werts der Dienstleistungen und Güter in die jeweils anderen Währungen. Dennoch können auf Basis des BIPs Vergleiche zwischen zwei verschiedenen Wirtschaften gezogen werden. Hierbei bietet sich insbesondere die Umrechnung des BIP auf einen pro Kopf Wert an, damit beispielsweise der Wohlstand der Länder vergleichbar ist.

Es existieren insgesamt *drei* verschiedene Methoden, das BIP auf rechnerischem Wege zu ermitteln. Alle Wege führen dabei zum selben Ergebnis. Im Rahmen der *Entstehungsrechnung* wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von der Produktionsseite dargestellt. Die Berechnung des BIP sieht dann wie folgt aus:

$$\text{BIP} = \text{Produktionswert} - \text{Vorleistungen} + \text{Gütersteuern} - \text{Gütersubventionen}$$

Die *Verwendungsrechnung* verfolgt hingegen einen komplett anderen Ansatz, betrachtet sie doch die Seite der Nachfrager. Dabei wird die Verwendung aller Waren und Dienstleistungen bestimmt:

$$\text{BIP} = \text{Privater Konsum} + \text{Bruttoinvestitionen} + \text{Konsum des Staates} + \text{Außenbeitrag}$$

$$Y_A = Y_N = C + I + \text{ASt} + \Delta \quad (\text{Im-Ex})$$

Bleibt als letzte Variante die *Verteilungsrechnung*, im Rahmen derer das BIP anhand des entstandenen Einkommens gemessen wird. In Deutschland wird diese Rechnung allerdings nicht vollzogen, da keine ausreichenden Informationen über die Unternehmensgewinne vorliegen:

$$\text{BIP} = \text{Arbeitnehmerentgelt} + \text{Unternehmens- und Vermögenseinkommen} + \text{Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen} - \text{Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt}$$

Aufgabe: Bitte vertiefen und wiederholen Sie Ihr Wissen anhand des nachfolgenden Beispiels:

Übungsbeispiel: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Bruttoinlandsprodukt nach Entstehung, Verwendung und Verteilung (Vertiefung mit Beispielrechnung)

Wachstum ist im alltäglichen Sprachgebrauch ein häufig verwendeter Begriff, dem meist auch eine Größe samt Maßeinheit zugeordnet werden kann.

Kinder wachsen beispielsweise, Erwachsene schrumpfen höchstens (Minuswachstum). Gemessen wird das in Zentimetern oder Metern. Die Anzahl von Bakterien in einer Schale mit Nährlösung wächst. Man kann sie unter dem Mikroskop ausschnittsweise auf einer kleinen Fläche bestimmen und die Gesamtzahl dann durch Hochrechnung recht genau schätzen. So lässt sich die Zu- oder Abnahme im zeitlichen Verlauf beobachten. Anfangs wächst die absolute Zahl der Bakterien meist nur sehr langsam und kaum merklich, um sich dann mit zunehmender Zeit immer rasanter zu vermehren. Dabei ist die relative Zunahme (also die prozentuale Veränderung) pro Zeiteinheit (z. B. pro Stunde oder pro Tag) immer gleich (z.B. 5% pro Stunde).

Wie aber kann man so etwas Komplexes wie das Wachstum einer Volkswirtschaft überhaupt messen? Welche Maßeinheit könnte man verwenden? Welche Zeiteinheiten wären sinnvoll?

Die Wirtschaftswissenschaften standen lange Zeit vor dem Problem, keinen genauen und für alle Länder verbindlichen Maßstab für das Wirtschaftswachstum zu haben. Zunächst musste genau festgelegt werden, was gemessen werden sollte, und wie man diese Größe nennen will. Es bildete sich der Begriff des Bruttoinlandsprodukts, kurz BIP, heraus. In der Europäischen Union wurde im Rahmen des so genannten Europäischen Systems Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (ESVG) 1995 einheitlich und verbindlich festgelegt, wie das BIP zu bilden und zu messen sei. Da das ESGV auf dem „System of National Accounts“ der UNO von 1993 beruht, kann man die so gewonnenen Daten inzwischen mit denen vieler Länder weltweit vergleichen.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (Beispieljahr)

I. Entstehung des Inlandsprodukts	in jew. Preisen (Mrd €)	in Preisen der Vorperiode (Mrd. €)
Land- und Forstwirtschaft	22,0	24,2
Produzierendes Gewerbe (o. Bau)	476,9	445,5
Baugewerbe	87,3	90,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	366,1	367,6
Finanzierung, Vermietung und Unt.-Dienstleister	589,7	593,8
Öffentliche und private Dienstleister	424,1	396,0
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	1966,0	1917,3
- unterstellte Bankgebühr	65,0	109,5
Bruttowertschöpfung (bereinigt)	1901,0	1807,8
+ Nettogütersteuern (Gütersteuern abzügl. Subventionen)	211,4	176,4
Bruttoinlandsprodukt	2112,4	1984,2

II. Verwendung des Inlandsprodukts	in jew. Preisen (Mrd €)	in Preisen der Vorperi- ode (Mrd. €)
Konsumausgaben	1646,3	1524,7
Private Konsumausgaben (Privathaushalte, priv. Org. o. Erwerbszweck)	1243,5	1126,2
Konsumausgaben des Staates	402,7	388,5
Bruttoanlageinvestitionen	390,3	392,8
Ausrüstungen	153,6	151,5
Bauten	212,6	214,2
Sonst. Anlagen	24,1	27,1
Vorratsänderung und Nettozugang an Wertsachen	- 8,0	-14,3
Letzte inländische Verwendung von Gütern	2028,7	1893,2
Außenbeitrag (Exporte – Importe)	83,8	91,0
Exporte	748,6	715,7
Importe	664,8	624,7
Bruttoinlandsprodukt	2112,4	1984,2

III. Verteilung des Inlandsprodukts (Volkseinkommen)	in jew. Preisen (Mrd €)	in Preisen der Vorperi- ode (Mrd. €)
Bruttoinlandsprodukt	2112,4	
+ Saldo Primäreinkommen aus der übrigen Welt	-12,7	
Bruttonationaleinkommen	2099,7	
- Abschreibungen	319,5	
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1780,2	
- Produktions- und Importabgaben (abzügl. Subventionen)	220,7	
Volkseinkommen	1559,5	
Arbeitnehmerentgelt	1131,5	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	428,1	

IV. Pro Kopf Angaben	in jew. Preisen (Mrd €)	in Preisen der Vorperiode (Mrd. €)
BIP je Einwohner	25600	
BIP je Erwerbstätigen		51300

Ermittlung des BIP

Die Tabelle zeigt dir die genaue Aufstellung des BIP im Rahmen des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland in einem Beispieljahr.

Um sie besser verstehen zu können, soll der gesamten Volkswirtschaft ein typischer 5-Personen-Haushalt gegenübergestellt werden: Die Familie Deutschländer. Zunächst einmal wollen wir Familie Deutschländer vorstellen: Vater Franz ist selbstständiger Tischler und hat sich mit seinem kleinen Betrieb auf die Herstellung von Massivholzküchen spezialisiert. Mutter Hilde arbeitet als Grundschullehrerin. Die drei Kinder gehen noch zur Schule. Das gesamte Jahreseinkommen der Familie Deutschländer sieht im Durchschnitt ungefähr wie folgt aus:

- Gewinn aus der Firma von Franz: 100 000 €
- Mutter Hilde erreicht mit halber Stelle ein Nettoeinkommen von ca. 15 000 € pro Jahr
- Die Kinder verfügen durch Babysitten und Nachhilfe über geringe eigene Einkünfte. Sie müssen diese aber nicht zum Familieneinkommen beisteuern.

Macht zusammen also 115 000 € pro Jahr. Diese Summe kann unter genau den gleichen Gliederungspunkten betrachtet werden wie ein Bruttoinlandsprodukt:

- I. Entstehung des Familieneinkommens in Höhe von 115 000 €
- II. Verwendung und
- III. Verteilung dieses Einkommens sowie
- IV. Berechnung der Pro-Kopf-Angaben für Familie Deutschländer

Entstehungsrechnung (zu I.)

Franz Deutschländer verkauft seine Küchen zu Marktpreisen an seine Kunden. Zieht er seine Kosten ab, so ergibt sich daraus sein Einkommen. Auch Hilde Deutschländer erzielt ihr Einkommen streng genommen aus dem Verkauf eines Produktes. Ihr Unterricht ist nämlich eine Dienstleistung. Allerdings müssen die Kinder beziehungsweise ihre Eltern dafür nichts bezahlen. Dennoch hat ihre Dienstleistung einen Wert. Dieser kommt in dem Gehalt zum Ausdruck, dass sie vom Staat für ihre Arbeit erhält.

Kehren zum tatsächlichen BIP. Bei der **Entstehungsrechnung** des BIP passiert im Grunde das Gleiche wie bei Familie Deutschländer. Zunächst ermittelt das Statistische Bundesamt auf Basis der von den Unternehmen gemeldeten Produktionswerte für die einzelnen Produkte die Bruttowertschöpfung. Allerdings kann das Bundesamt hier nicht einfach alle einlaufenden Werte addieren.

Am Beispiel der Küchen von Franz Deutschländer wird dies schnell deutlich: Angenommen, er verkauft eine Küche für 10 000 €, so stecken darin auch jene 2000 €, die das Holz zuvor beim Sägewerk gekostet hat. Das Sägewerk wiederum musste vielleicht 500 € an den Waldbauern zahlen. Alle melden aber ihre Produktionswerte dem Statistischen Bundesamt, so dass dort 12 500 € aufsum-

miert würden. Weil das aber nicht korrekt wäre, müssen vom jeweiligen Produktpreis die so genannten *Vorleistungen* abgezogen werden. Also von der Küche 2 000 € für das Holz und vom Holz 500 € für die Stämme.

Jetzt könnte man fragen, warum denn dann nicht gleich nur die Küche gerechnet wird und die Vorprodukte nicht. Ganz einfach: Es ist nicht sicher, dass die Küche tatsächlich ein Endprodukt und das Holz auch wirklich ein Vorprodukt ist. Baut eine Fertighausfirma die Küche von Franz Deutschländer in ein Fertighaus ein, so wird diese nun ihrerseits zu einem Vorprodukt (in der Sprache der Statistiker: zu einer Vorleistung). Oder ein Heimwerker kauft das Holz und baut sich daraus selber eine Küche: In dem Fall wäre das Holz das Endprodukt. Die Eigenleistung des Heimwerkers geht nämlich nicht in die Berechnung des BIP ein.

In die Bruttowertschöpfung fließen alle denkbaren Waren und Dienstleistungen mit ein:

Unter Fischerei z. B. der Wert der gefangenen Fische; der Erlös aus verkauften Fischstäbchen würde hingegen dem Produzierenden Gewerbe zugerechnet werden (natürlich abzüglich der Vorleistungen für den Fisch).

Die Kosten für den Transport von Flensburger Pils nach München würden ebenso dem Posten Verkehr zugeschlagen wie die für den Rücktransport der leeren Flaschen.

Die Kosten für ein Finanzprodukt (z. B. Zinsen für einen Kredit) fallen unter Finanzierung, und als öffentliche Dienstleistung gilt z.B. das Gehalt von Lehrerin Hilde Deutschländer.

Die um eine unterstellte (d. h. geschätzte Bankgebühr) verminderte Bruttowertschätzung ergibt die so genannte bereinigte Bruttowertschöpfung, die schon fast mit dem Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

Zur Bruttowertschöpfung müssen nur noch die Gütersteuern (z.B. Mehrwertsteuer auf die Endprodukte, Brandweinsteuer, Vergnügungssteuer usw.) hinzugezählt und Gütersubventionen (z. B. für Steinkohle oder bestimmte Agrarprodukte wie Milch) abgezogen werden.

Verwendungsrechnung (Zu II.)

Das BIP kann aber auch von der **Verwendungsseite** her berechnet werden. Dabei muss dann der gleiche Wert herauskommen! Das wird sofort deutlich, wenn man sich anschaut, wofür Familie Deutschländer ihr Geld ausgibt. Zum einen kann sie konsumieren: Lebensmittel, Kleider, Elektrogeräte oder ein Auto zum Beispiel. Diese **Konsumausgaben** erfolgen entweder aus den laufenden Einkünften, aus Erspartem oder mit Hilfe eines Kredites.

Franz könnte aber auch darauf drängen, dass die Familie nicht zu viel konsumiert, weil er für seinen Betrieb neue Maschinen, einen neuen Lieferwagen, oder vielleicht sogar ein neues Gebäude braucht. Alle diese Ausgaben stellen **Investitionen** dar. Klar ist, dass in jedem Haushalt die Ausgaben zumindest auf lange Sicht die Einnahmen nicht überschreiten dürfen.

Bei der tatsächlichen BIP-Berechnung verhält es sich genauso. Die summierten Ausgaben für Konsum und Investitionen müssen auch wieder dem BIP entsprechen, allerdings mit zwei kleinen Ergänzungen: Vorratsänderungen und Außenbeitrag sind mit einzurechnen. Vorratsänderungen verstehen sich von selbst: Legt ein Unternehmen Material auf Vorrat zurück, so ist dessen Wert aus dem BIP herauszurechnen. Wird hingegen Material aus bestehenden Vorräten in die Produktion eingespeist, so ist sein Wert dem BIP hinzuzurechnen.

Ebenso verhält es sich mit dem Export und Import: Ein Porsche, der in den USA verkauft wird (Export) muss dem BIP hinzugezählt werden. Er taucht ja vorher bei den Konsumausgaben der Einwohner auch nicht auf. Umgekehrt muss ein Toyota, der ja vorher unter Konsumausgaben mitgezählt wurde, nun wieder abgezogen werden. Er stammt bekanntlich aus Japan und darf bei der Be-

rechnung des deutschen BIP natürlich nicht mitgerechnet werden.

Fehlen eigentlich nur noch die Konsumausgaben des Staates (Staatsverbrauch). Darunter fallen alle Sachleistungen und Dienstleistungen, die der Staat seinen Bürgern zur Verfügung stellt, z.B. im Gesundheitswesen, bei Erziehung und Ausbildung, bei Landesverteidigung und Sicherheit oder durch Leistungen der Verwaltung.

Verteilungsrechnung (Zu III.)

Wie in jedem Haushalt das Geld, so wird in einem Land das Volkseinkommen verteilt. Bei Familie Deutschländer verhält es sich auch so. Ihr Gesamteinkommen beträgt 115 000 €. Dieses Geld kann jedoch nicht vollständig ausgegeben werden. Franz Deutschländer muss zumindest so viel Geld zurückhalten, wie er für Ersatzinvestitionen in seinem Betrieb braucht. Man spricht hier von **Abschreibungen**.

Beispiel: Der Lieferwagen kostete 24 000 € und wird ca. 8 Jahre halten. Somit beträgt die Abschreibung für diesen Lieferwagen 3 000 pro Jahr. Genauso verhält es sich mit allen Maschinen und Gebäuden in seinem Betrieb. Einmal angenommen, Franz müsste alles in allem mit 55 000 € an Abschreibungen rechnen, dann bliebe für seine Familie insgesamt 60 000 an verfügbarem Einkommen. Wer davon wie viel ausgeben darf, müsste unter den Familienmitgliedern geklärt werden und könnte durchaus zu Konflikten führen:

Vielleicht möchte Franz seinen Betrieb vergrößern und braucht dafür zunächst einmal mehr Geld; Hilde könnte aufgrund der Doppelbelastung in Beruf und Haushalt für sich mehr einfordern. Den Kindern reicht vielleicht ihr Taschengeld nicht usw.

Bei der Ermittlung des Volkseinkommens aus dem BIP und bei der sich anschließenden Verteilung verhält es sich ähnlich wie bei Familie Deutschländer. Ein kleiner Unterschied allerdings gleich vorweg. Zunächst wird aus dem BIP das Bruttonationaleinkommen errechnet. Unter die Position Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt fallen v.a. die so genannten Grenzgänger. Arbeitet ein Inländer mit angemeldetem Wohnsitz in Deutschland z.B. in Frankreich, so fließt die von ihm erbrachte Wirtschaftsleistung dem französischen BIP zu. Da er aber in Deutschland wohnt, soll sein Einkommen auch in die Berechnung des deutschen Bruttonationaleinkommens berücksichtigt und so dem deutschen BIP zugerechnet werden. Umgekehrt muss das Einkommen eines französischen Grenzgängers, der in Deutschland arbeitet, vom deutschen BIP abgezogen werden.

Vom Bruttonationaleinkommen werden noch die Abschreibungen für die gesamte Volkswirtschaft subtrahiert. Verringert man dieses Nettonationaleinkommen noch um die Produktions- und Importabgaben an den Staat (z.B. Abgaben wie LKW-Maut oder auch Zölle auf Importwaren), so erhält man das tatsächlich zu verteilende Volkseinkommen. Es umfasst die Einkünfte aller in Deutschland Wohnhaften (gleich welcher Nationalität) und zwar unterteilt nach Einkünften von Arbeitnehmern auf der einen, und Unternehmens- und Vermögenseinkünften auf der anderen Seite.

Pro-Kopf-Berechnung (Zu IV.)

Die jeweiligen Durchschnittswerte des BIP werden häufig im internationalen Vergleich als Maßstab für den Wohlstand eines Landes und seiner Bürger herangezogen. Dabei ist aber zu bedenken, dass diese Werte nichts über die Verteilung des Wohlstandes in einem Land aussagen.

Konzentrieren sich beispielsweise sehr hohe Einkommen bei einer kleinen Schicht von Superreichen, und gibt es auf der anderen Seite eine große Gruppe Armer, so vermittelt das BIP als Durchschnittswert ein völlig falsches Bild über den tatsächlichen Wohlstand der Einwohner dieses Landes. Diese Tatsache gilt für eine Vielzahl so genannter Entwicklungs- und Schwellenländer. (*Ende*)

9. Regel: Die Preise steigen, wenn zu viel Geld in Umlauf gesetzt wird

Preis und Preisfunktionen/ Geld und Geldmengen

In Deutschland kostete eine Tageszeitung im Jahre 1921 0,30 Mark. Weniger als zwei Jahre später, im November 1922, kostete dieselbe Ausgabe einer Tageszeitung 70.000.000,- Mark. Alle anderen Preise in der deutschen Volkswirtschaft stiegen um ähnliche Zuwachsraten. Es handelt sich um eines der spektakulärsten historischen Beispiele für Inflation, einen Anstieg aller Preise der Volkswirtschaft.

Obwohl nicht alle Länder eine »galoppierende Inflation« wie Deutschland in den zwanziger Jahren erleben mussten, stellt die Inflation von Zeit zu Zeit immer wieder ein gewisses Problem für die Volkswirtschaften dar.

In den USA z.B. hat sich das Preisniveau in den siebziger Jahren mehr als verdoppelt, und der damalige Präsident Gerald Ford nannte die Inflation den Öffentlichen Feind Nr. 1. Im Gegensatz dazu war die Inflationsrate während der neunziger Jahre bei ungefähr 3% pro Jahr und entsprechend bei einer rechnerischen Verdoppelungszeit des Niveaus von mehr als 20 Jahren. Inzwischen weiß man vor allem durch die Interviews von Allan Greenspan (ehem. Zentralbankchef in den USA), dass statistische Maße die gemessene Inflationsrate ein wenig überholen. Weil hohe Inflationsraten einer Gesellschaft Kosten aufbürden, ist es ein weltweites Ziel aller Staaten, die Inflationsrate niedrig zu halten.

Was sind die Ursachen der Inflation? In den meisten Fällen einer anhaltenden und hohen Inflationsrate lässt sich ein und derselbe Schuldige dingfest machen: Geldmengenwachstum. Wenn ein Staat oder eine Zentralnotenbank die Geldmenge stark ausweitet, sinkt der Geldwert. Als sich in den frühen zwanziger Jahren in Deutschland das Preisniveau monatlich im Durchschnitt verdreifachte, verdreifachte sich auch die Geldmenge. Obwohl weniger dramatisch, weist die Wirtschaftsgeschichte der USA auf eine ähnliche Schlussfolgerung: Die hohe Inflation der siebziger Jahre war mit einem rapiden Geldmengenwachstum, und die niedrige Inflation der neunziger Jahre mit einem langsamen Geldmengenwachstum korreliert.

10. Regel: Die Gesellschaft hat kurzfristig zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu wählen

Sofern Inflation so leicht zu erklären ist, warum fällt es dann den Politikern oft so schwer, die Volkswirtschaft von der Inflation zu befreien? Ein Grund ist, dass man befürchtet, mit der Absenkung der Inflationsrate einen Anstieg der Arbeitslosenquote zu bewirken. Der Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit wurde als Phillipskurve bekannt - benannt nach dem Nationalökonom, der die funktionale Beziehung erstmals überprüfte.

Die Phillipskurve ist und bleibt ein strittiges Thema unter Ökonomen, doch die meisten Nationalökonominnen sind heutzutage davon überzeugt, dass es einen kurzfristigen Zielkonflikt und eine kurzfristige politische Alternative zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gibt. Nach einer gängigen Erklärung entsteht der »tradeoff« dadurch, dass sich einige Preise nur langsam anpassen. Stellen wir uns vor, die Zentralnotenbank senkt die in der Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge. Langfristig wird daraus wohl ein proportionaler Rückgang des Preisniveaus folgen. Doch nicht alle Preise werden sich sogleich anpassen. Es kann einige Jahre dauern, ehe alle Unternehmungen neue Preislisten herausbringen, alle Tarifvertragsparteien zu Zugeständnissen in der Lohnpolitik finden und alle Restaurants neue Speisekarten drucken. Man sagt, die Preise sind auf kurze Sicht *starr*; sie bewegen sich nur zäh.

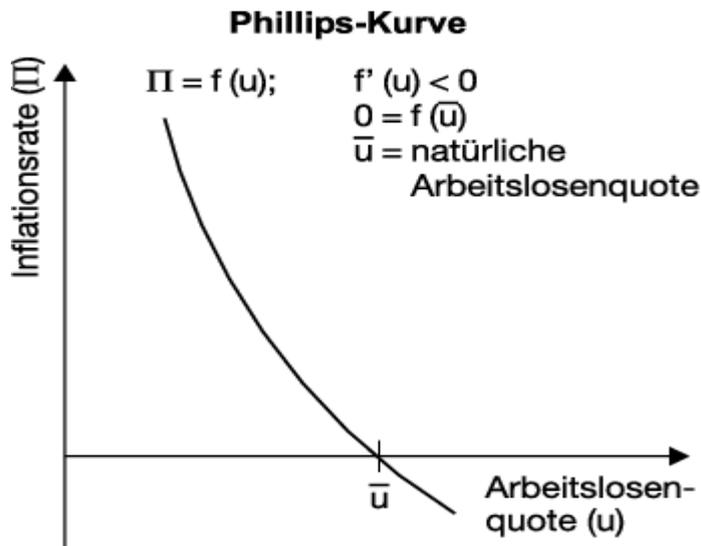


Abbildung: Gabler Wirtschaft

Weil die Preise starr sind, haben einige wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates kurzfristige Wirkungen, die nicht mit den langfristigen Auswirkungen übereinstimmen. Wenn die Zentralnotenbank z. B. die Geldmenge senkt, reduziert sie damit die Geldausgaben der Leute. Verringerte Geldausgaben - zusammen mit den zu hoch gebliebenen Preisen - senken die von den Unternehmungen verkäuflichen Gütermengen. Geringere Umsätze wiederum veranlassen die Unternehmungen zu Entlassungen. Auf diese Weise erhöht eine Absenkung der Geldmenge temporär die Arbeitslosigkeit bis sich das Preisniveau vollständig an die Geldmengenänderung angepasst hat.

Die konflikthafte Alternative zwischen mehr oder weniger Inflation einerseits und weniger oder mehr Arbeitslosigkeit andererseits ist nur temporär oder vorübergehend, aber die Übergangszeit kann einige Jahre dauern. Das Verständnis der Phillipskurve ist entscheidend für das Verständnis vieler ähnlicher Entwicklungen in der Volkswirtschaft. Die Politiker können den kurzfristigen »tradeoff« mit verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausnutzen. Durch Veränderungen der Staatsausgaben, der Steuereinnahmen und der Geldmenge wird die Konstellation von Inflation und Arbeitslosigkeit einer Volkswirtschaft beeinflusst. Weil das Instrumentarium der Geldpolitik und der Fiskalpolitik potentiell sehr wirkungsvoll ist, dreht sich eine anhaltende wissenschaftliche Diskussion darum, wie die Politiker die einzelnen Instrumente zur Globalsteuerung der Volkswirtschaft einsetzen sollten.

Aufgabe: Geben Sie eine Aufzählung und kurze Erklärung der drei Regeln zum Funktionieren der gesamtwirtschaftlichen Steuerung.

Schlussfolgerung. Nun haben sie einen Vorgeschmack davon, worum es im Fach Volkswirtschaftslehre geht. In den nachfolgenden Kursen (Mikroökonomie, Makroökonomie, Wirtschaftspolitik) werden Sie zahlreiche spezielle Erkenntnisse über Menschen, Märkte und Volkswirtschaften erarbeiten. Dazu werden einige Anstrengungen nötig sein. Doch es ist keine übermäßig schwere Arbeitsaufgabe. Das Gebiet der Volkswirtschaftslehre beruht auf einigen grundlegenden Ideen, die auf zahlreiche verschiedene Lebenslagen anwendbar sind.

Im gesamten Verlauf Ihres Studiums werden Sie immer wieder auf die *Zehn volkswirtschaftlichen Regeln* zurück kommen. Selbst die scharfsinnigsten ökonomischen Analysen werden mit den eingeführten zehn Regeln begründet.

F. Volkswirtschaftliches Denken⁶

Jedes Studiengebiet hat seine eigene Fachsprache und seine eigene Denkweise. Mathematiker reden über Axiome, Integrale und Vektorräume. Psychologen sprechen vom Ego, vom Es und von kognitiver Dissonanz. Juristen reden vom Gerichtsstand, von Folter und von Klageausschluss. In der Volkswirtschaftslehre ist es nicht anders. Angebot, Nachfrage, Elastizität, komparativer Vorteil, Konsumentenrente, Wohlfahrtsverlust - solche Begriffe gehören zur Sprache der Volkswirte. In den nachfolgenden Abschnitten werden Sie viele neue Begriffe und einige bekannte Ausdrücke mit neuem ökonomischem Inhalt kennen lernen. Zuerst mag diese Sprache unnötig abgehoben und geheimnisvoll erscheinen. Doch werden Sie schließlich einsehen, dass der Wert dieser Sprache darin liegt, Ihnen eine neue und nützliche Denkweise über die alltägliche Lebenswelt zu eröffnen.

Der Hauptzweck des Grundlagenkurses besteht darin, Ihnen beim Erlernen des volkswirtschaftlichen Denkens zu helfen. Aber dieses volkswirtschaftliche Denken wird einige Zeit des Lernens erfordern - so wie Sie ja auch nicht über Nacht Mathematiker, Psychologe oder Jurist werden können. Doch mit einer Mischung aus Theorie, Fallstudien und volkswirtschaftlichen Beispielen aus den Tagesnachrichten wird Ihnen reichlich Gelegenheit geben, die Fähigkeit zu entwickeln und zu üben.

Ehe man sich in den Kernbestand und die Einzelheiten der Volkswirtschaftslehre vertieft, ist es hilfreich, einen Überblick darüber zu bekommen, wie sich Ökonomen gedanklich die Welt verfügbar machen. Deshalb wird zunächst die Methodologie des Fachgebiets erörtert. Was ist das Besondere an der Art und Weise, wie Ökonomen eine Frage angehen? Was heißt volkswirtschaftliches Denken?

I. Der Ökonom als Wissenschaftler

Ökonomen bemühen sich, ihr Gebiet mit wissenschaftlicher Objektivität zu behandeln. Sie betreiben die Erforschung der Volkswirtschaft in ziemlich derselben Weise, wie ein Physiker die Materie und ein Biologe das Leben untersucht; Sie entwerfen Theorien, sammeln Daten und suchen dann aufgrund der Daten, ihre Theorie zu bestätigen oder zu verwerfen. Anfänger könnten es komisch finden, wenn man für die Volkswirtschaftslehre Wissenschaftlichkeit beansprucht. Ökonomen arbeiten ja nicht mit dem Reagenzglas oder mit dem Teleskop. Das Wesentliche einer Wissenschaft ist jedoch *die wissenschaftliche Methode* - die leidenschaftslose Entwicklung und Überprüfung von Theorien darüber, wie die Welt funktioniert. Diese Forschungsmethode ist auf die Volkswirtschaft ebenso anwendbar wie auf die Schwerkraft der Erde oder die Entwicklung der Arten von Lebewesen. »Die ganze Wissenschaft besteht nur in einer Verfeinerung des alltäglichen Denkens«, soll Albert Einstein gesagt haben.

Obwohl Einsteins Kommentar gleichermaßen für Sozialwissenschaften, wie z.B. die Volkswirtschaftslehre, und Naturwissenschaften, wie etwa die Physik, gilt, sind die wenigsten Menschen damit vertraut, die Gesellschaft mit den Augen des Wissenschaftlers zu betrachten. Schauen wir deshalb wie Ökonomen die wissenschaftliche Logik anwenden, um das Funktionieren der Volkswirtschaft zu klären.

6 Mankiw, Gregory: Volkswirtschaftslehre, 2001, S. 23-38

1. Die wissenschaftliche Methode: Beobachtung, Theorie und erneute Beobachtung

Isaac Newton, der berühmte Mathematiker und Naturwissenschaftler des 17. Jahrhunderts, wurde eines Tages angeblich in seiner Aufmerksamkeit gefesselt, als er einen Apfel von einem Apfelbaum fallen sah. Diese Beobachtung regte Newton dazu an, eine Theorie der Gravitation zu entwickeln, die nicht nur auf herunterfallende Apfel anwendbar ist, sondern auf zwei beliebige Gegenstände des Universums. Die darauf folgenden Prüfungen der Newtonschen Theorie haben erwiesen, dass sie unter vielerlei Bedingungen recht gut funktioniert (obgleich - wie Einstein später herausfinden würde - nicht unter allen Bedingungen). Weil Newtons Theorie so erfolgreich zur Erklärung von Beobachtungen angewandt werden kann, wird sie immer noch überall auf der Welt den Physikstudenten im Grundstudium beigebracht.

Das Wechselspiel zwischen Theorie und Beobachtung geschieht auch auf volkswirtschaftlichem Gebiet. Ein Nationalökonom lebt vielleicht in einem Land, das rasche Preissteigerungen erlebt, und er wird von dieser Beobachtung möglicherweise dazu gebracht, eine Theorie der Inflation zu entwickeln. Die Theorie mag behaupten, dass hohe Inflation von zu großer Steigerung des Geldmengenumschlages herrührt. (Wie Sie sich erinnern, war dies eine der *zehn volkswirtschaftlichen Regeln*) Um diese Theorie zu testen, wird der Ökonom Preis- und Geldmengendaten vieler Länder sammeln und auswerten. Wenn das Geldmengenwachstum überhaupt nicht mit der Preissteigerungsrate verknüpft (korreliert) wäre, würde der Ökonom an seiner Inflationstheorie zu zweifeln beginnen. Wenn jedoch Geldmengenwachstum und Inflation in den internationalen Daten stark korreliert waren, wie es tatsächlich der Fall ist, bekäme der Ökonom wieder mehr Vertrauen in seine Inflationstheorie.

Obwohl die Ökonomen Theorie und Beobachtung wie andere Wissenschaftler handhaben, begegnen sie einem Hindernis, das ihre Arbeit zu einer besonderen Herausforderung werden lässt. Experimente sind in den Wirtschaftswissenschaften schwierig und nur in bestimmten Bereichen möglich. Ein Physiker kann beim Studium der Gravitation viele Gegenstände im Labor herunterfallen lassen, um Daten zum Test der Theorie zu gewinnen. Im Gegensatz dazu sind Ökonomen bei der Untersuchung der Inflation nicht in der Lage, die nationale Geldmenge einfach zu dem Zweck zu variieren, um nützliche Testdaten zu erhalten. Ökonomen - wie im Übrigen auch Astronomen und Evolutionsbiologen - müssen sich mit jenen Daten begnügen, die ihnen die Welt jeweils gibt.

Um einen gewissen Ersatz für Laborexperimente zu finden, untersuchen die Ökonomen genauestens die von der Geschichte angebotenen Naturexperimente. Wenn z.B. ein Krieg im nahen Osten den Rohölfluss unterbricht, schießen die Ölpreise weltweit in die Höhe. Für die Verbraucher von Öl und Ölprodukten drückt solch ein Ereignis den Lebensstandard herunter. Für die Wirtschaftspolitiker ist es nicht einfach zu entscheiden, wie man darauf reagieren soll. Doch für die Wirtschaftswissenschaftler ergibt sich eine Gelegenheit, die Wirkungen eines Schlüsselrohstoffs auf die Weltwirtschaft zu studieren, und diese Möglichkeit besteht noch lange, nachdem der kriegsbedingte Anstieg des Ölpreises vorüber ist. Diese Episoden sind von zweifachem wissenschaftlichen Nutzen: Sie vermitteln Einsichten in die Vergangenheit einer Volkswirtschaft und - wichtiger noch - in Theorien zur Erklärung der Gegenwart.

2. Die Rolle der Annahmen

Wenn man einen Physiker danach fragt, wie lange der Fall einer Marmorkugel von einem zehnstöckigen Gebäude dauert, wird er die Frage unter der Annahme beantworten, dass der Fall in einem Vakuum vonstatten geht. Natürlich ist diese Annahme unzutreffend. Tatsächlich ist das Gebäude ja von Luft umgeben, die Reibung auf die Marmorkugel ausübt und den Fall verlangsamt. Doch der Physiker wird ganz korrekt darauf hinweisen, dass die Reibung der Marmorkugel mit der Luft so

geringfügig ist, dass der Effekt vernachlässigt werden kann. Die Annahme des Falls im Vakuum bietet eine große Vereinfachung des Problems, ohne dass die Antwort wesentlich darunter leiden würde.

Ökonomen treffen aus den selben Gründen Annahmen: Annahmen führen zu einem leichteren Verständnis der Welt. So können wir z.B. für die Auswirkungen des internationalen Handels annehmen, dass die Welt nur aus zwei Ländern besteht und jedes Land nur zwei Güter herstellt. Natürlich besteht die Welt aus Dutzenden von Ländern, die Tausende von Produkten verschiedenen Typs produzieren. Durch die Annahme von zwei Ländern und zwei Gütern können wir unser Denken fokussieren. Sobald wir den internationalen Handel in einer imaginären Zwei-Länder-zwei-Güter-Welt verstehen, sind wir gut dafür gerüstet, den Welthandel in unserer komplexen wirklichen Welt zu begreifen.

Die Kunst des wissenschaftlichen Denkens - ob in Physik, Biologie oder Nationalökonomie - besteht darin zu entscheiden, welche Annahmen man trifft. Angenommen z.B. wir ließen einen Fußball statt einer Marmorkugel von der Spitze des Gebäudes fallen. Unser Physiker würde in diesem Fall bemerken, dass die Annahme »keine Reibung« in diesem Fall viel weniger korrekt ist: Die Reibung übt auf den Fußball eine größere Wirkung aus als auf eine Marmorkugel. Die Annahme des Falls im Vakuum ist für die Untersuchung einer Marmorkugel sinnvoller als für die Analyse eines fallenden Fußballs. So benützen Ökonomen unterschiedliche Annahmen, um unterschiedliche Fragen zu beantworten. Angenommen wir wollen herausfinden, was geschieht, wenn die Europäische Zentralbank die Menge der in Umlauf befindlichen Euros verändert. Ein wichtiges Teilstück der Analyse wird davon abhängen, wie die Preise reagieren. Viele Preise sind kaum veränderlich. Die Verkaufspreise der Zeitschriften am Kiosk z.B. werden nur alle paar Jahre verändert. Wenn wir das wissen, werden wir unterschiedliche Annahmen zur Wirkung der Geldmengenänderung für kurz- oder langfristige Betrachtungen treffen. Kurzfristig dürften sich die Preise nicht sehr verändern. Wir können die extreme und künstliche Annahme treffen, dass alle Preise starr bleiben. Für die langfristige Analyse jedoch dürfen wir annehmen, dass alle Preise völlig flexibel sind. Wie der Physiker unterschiedliche Annahmen für fallende Marmorkugeln und Fußbälle trifft, benützen die Ökonomen unterschiedliche Annahmen für die Herleitung der kurz- und langfristigen Wirkungen von Geldmengenveränderungen.

3. Ökonomische Modelle

Biologielehrer im Gymnasium lehren die Grundlagen der Anatomie mit Nachbildungen des menschlichen Körpers aus Plastik. Diese Modelle haben alle wichtigen Organe - das Herz, die Leber, die Nieren und so fort. Das Modell ermöglicht es dem Lehrer auf einfache Weise zu zeigen, wie die wichtigsten Körperteile zusammenpassen. Selbstverständlich sind diese Plastik-Modelle keine wirklichen menschlichen Körper, und niemand würde das Modell als eine lebende Person ansehen. Derartige Modelle sind stilisiert, und sie lassen viele Details weg. Trotz dieser Realitätsferne - eigentlich wegen dieses Abstands zur Wirklichkeit - ist das Studium des Modells nützlich, um zu lernen wie der menschliche Körper funktioniert.

Auch Ökonomen gebrauchen Modelle, um etwas über die Welt zu lernen. Aber statt Plastik werden bei der Modellierung Diagramme und Gleichungen verwendet. Wie im Plastikmodell des Biologielehrers fehlen viele Einzelheiten, damit man das Wesentliche besser sieht. So wie das Modell des Biologielehrers nicht alle Muskeln und Kapillaren des Körpers enthält, zeigt auch das ökonomische Modell nicht jede Einzelheit der Volkswirtschaft. Im gesamten Studium der Volkswirtschaftslehre werden bei den verschiedenen ökonomischen Themen immer wieder Modelle verwendet. Sie werden bemerken, dass alle diese Modelle mit Annahmen konstruiert sind. Wie ein Physiker am Anfang seiner Analyse der herabfallenden Marmorkugel die Existenz von Reibungswiderstand per Annah-

me beseitigt, schließen auch Ökonomen viele Details, die für die Untersuchung einer bestimmten Frage irrelevant sind, mit Hilfe von Annahmen aus. Alle Modelle - in der Physik, in der Biologie und in den Wirtschaftswissenschaften - simplifizieren die Realität, um unser Verständnis von der Wirklichkeit zu verbessern.

4. Ein erstes Modell: Das Kreislaufdiagramm

Die Volkswirtschaft besteht aus Millionen von Menschen, die sich in vielerlei ökonomischen Aktivitäten engagieren - Kaufen, Verkaufen, Arbeiten, Leute einstellen, Produzieren und so weiter. um verstehen zu können, wie die Volkswirtschaft funktioniert, müssen wir einen Weg zur Vereinfachung des Nachdenkens über diese Aktivitäten finden. Mit anderen Worten brauchen wir ein Modell, das in allgemeinen Begriffen erklärt, wie die Volkswirtschaft organisiert ist.

Entwicklung Modell Kreislaufdiagramm (Nehmen Sie ein neues Blatt!)

Wir entwickeln ein visuelles Modell der Volkswirtschaft, das man Kreislaufdiagramm nennt. In diesem Modell hat die Volkswirtschaft zweierlei Entscheidungsträger - Haushalte und Unternehmungen. Unternehmungen erzeugen Güter (Waren und Dienstleistungen), wobei sie verschiedene Inputs verwenden, wie z.B. Arbeit, Boden und Kapital (Realkapital wie Gebäude und Maschinen). Diese Inputs nennt man *Produktionsfaktoren*. Die Haushalte sind Eigentümer der Produktionsfaktoren, und sie verbrauchen alle von den Unternehmungen hergestellten Güter.

Zwischenfrage: Wie verhält es sich mit dem „Produktionsfaktor Wissenschaftlicher Fortschritt“?

Haushalte und Unternehmungen interagieren auf zweierlei Märkten. Auf den Gütermärkten sind die Haushalte Käufer und die Unternehmungen Verkäufer. Genauer gesagt kaufen die Haushalte den von den Unternehmungen produzierten Output an Gütern. Auf den Faktormärkten sind die Haushalte Verkäufer und die Unternehmungen Käufer. Auf diesen Märkten stellen die Haushalte den Unternehmungen die zur Produktion der Güter notwendigen Inputs bereit. Das Kreislaufdiagramm bietet ein einfaches Verfahren, um all die zwischen den Haushalten und den Unternehmungen der Volkswirtschaft ablaufenden ökonomischen Transaktionen anzuordnen. Die eine Schleife repräsentiert die Güterströme zwischen Haushalten und Unternehmungen. Die Haushalte »verkaufen« auf den Faktormärkten den Gebrauch ihrer Arbeitskraft, ihrer Grundstücke und Gebäude sowie ihres Realkapitals an die Unternehmungen. Die Unternehmungen verwenden diese Produktionsfaktoren bei der Herstellung von Gütern, die auf den Gütermärkten wiederum an die Haushalte verkauft werden. So fließen die Produktionsfaktoren von den Haushalten zu den Unternehmungen und die Güter von den Unternehmungen zu den Haushalten.

Die andere Schleife repräsentiert die den Güterströmen entsprechenden Geldströme. Die Haushalte geben Geld aus für den Kauf von Waren und Dienstleistungen von den Unternehmungen. Die Unternehmungen verwenden diese Einnahmen aus den Güterverkäufen teilweise dazu, um die Produktionsfaktoren zu entlohnen (z.B. Löhne und Gehälter für ihre Arbeitskräfte). Was übrig bleibt, ist der Gewinn des Unternehmers, der selbst auch zum Haushaltssektor gehört. Somit fließen Ausgaben für Güter von den Haushalten zu den Unternehmungen und Einkommen in Form von Löhnen, Mieten und Pacht sowie Gewinn von den Unternehmungen zu den Haushalten.

Aufgabe: Überlegen Sie wie eine Erweiterung des Modells um die Sektoren „Staat“, „Banken“ und „Ausland“ aussehen würde. Erläutern Sie die Geld- und Güterströme.

5. Ein zweites Modell: Die Produktionsmöglichkeitenkurve

Anders als das Kreislaufdiagramm sind die meisten anderen volkswirtschaftlichen Modelle aus ma-

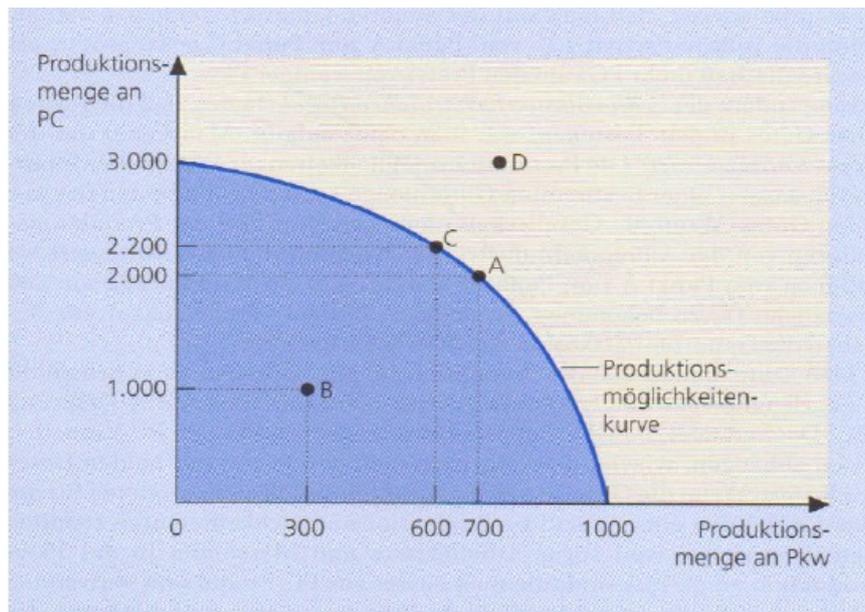
thematischen Teilen aufgebaut. Wir betrachten eines der einfachsten derartigen Modelle, die Produktionsmöglichkeitenkurve, und seine ökonomischen Grundgedanken.

Obwohl eine real existierende Nationalökonomie Tausende von Waren und Dienstleistungen produziert, wollen wir nun annehmen, es wurden nur zwei alternative Güter erzeugt - Pkw und PC. Insgesamt nutzen Autoindustrie und Computerindustrie alle Produktionsfaktoren der Volkswirtschaft. Die Produktionsmöglichkeitenkurve zeigt die verschiedenen Mengenkombinationen des Outputs (hier Pkw und PC), die der Volkswirtschaft bei Nutzung der verfügbaren Produktionsfaktoren und der verfügbaren Produktionstechnik durch die Unternehmungen möglich sind.

Beispiel einer Produktionsmöglichkeitenkurve

In dieser Modellvolkswirtschaft würden bei vollständiger Nutzung der Produktionsfaktoren in der Automobilindustrie 1.000 Pkw und keine PC erzeugt. Würden die gesamten Ressourcen in der Computerindustrie eingesetzt, würde die Volkswirtschaft 3.000 PC und keinen einzigen Pkw produzieren. Die beiden Endpunkte der Produktionsmöglichkeitenkurve repräsentieren diese Extremsituationen. Sofern die Volkswirtschaft ihre Ressourcen auf die beiden Produktionsbereiche aufteilen würde, konnte sie sowohl Pkw als auch PC produzieren, z.B. im Punkt A 700 Pkw und 2.000 PC. Im Gegensatz dazu wäre der Produktionspunkt D nicht erreichbar und nicht machbar, weil die Volkswirtschaft die dafür erforderlichen Produktionsfaktoren nicht hat. Mit anderen Worten: Die Volkswirtschaft kann jeden Punkt auf oder unterhalb der Produktionsmöglichkeitenkurve verwirklichen, aber keinen Punkt jenseits dieser Grenze der Produktionsmöglichkeiten erreichen.

Ein Produktionsergebnis wird *effizient* genannt, sofern eine Volkswirtschaft alles nur Mögliche aus den verfügbaren knappen Ressourcen herausholt. Punkte auf (nicht unterhalb) der Produktionsmöglichkeitenkurve sind effiziente Niveaus der Produktion. Wenn die Volkswirtschaft in solch einem Punkt produziert, z.B. Punkt A, besteht keine Möglichkeit, von einem der beiden Güter mehr zu produzieren, ohne die Produktion des jeweils anderen Gutes einzuschränken.



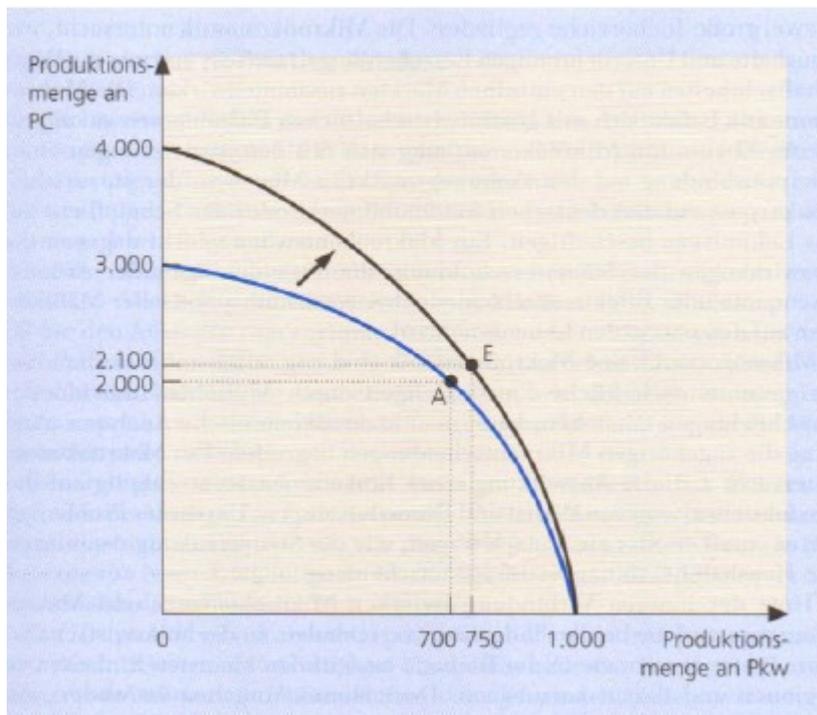
Mankiw, 2001, S. 29

Aufgabe: Erläutern Sie zum Verständnis die Lage des Punktes B.

Eine der *zehn volkswirtschaftlichen Regeln* lautete, dass die Leute zwischen Alternativen wählen müssen und Zielkonflikten ausgesetzt sind. Die Produktionsmöglichkeitenkurve zeigt einen derartigen »tradeoff« der Gesellschaft. Sobald man einmal bei den effizienten Produktionspunkten der Kurve angekommen ist, kann man von einer Güterart nur dadurch mehr produzieren, dass man von der anderen Güterart weniger herstellt.

Wenn die Volkswirtschaft z.B. vom Punkt A zum Punkt C geht, produziert die Gesellschaft mehr PC »um den Preis« von weniger Pkw. Eine andere der *zehn volkswirtschaftlichen Regeln* lautet, dass die Kosten eines Gutes in dem bestehen, was man dafür aufgibt. Man nennt das die *Opportunitätskosten*. Die Produktionsmöglichkeitenkurve zeigt die Opportunitätskosten einer bestimmten Gütermenge in Mengeneinheiten des anderen Gutes. Wenn die Gesellschaft einen gewissen Teil der Produktionsfaktoren von der Automobilindustrie zur Computerindustrie verlagert, so dass man vom Punkt A zum Punkt C kommt, gibt sie 100 Pkw auf, um 200 zusätzliche PC zu bekommen. In anderen Worten: Vom Punkt A aus bestehen die Opportunitätskosten von 200 PC in 100 Pkw. Man achte darauf, dass die Produktionsmöglichkeitenkurve im Bild nach außen gewölbt ist (konvex nach außen oder konkav zum Ursprung hin). Das bedeutet, dass die Opportunitätskosten von Pkws in PC-Einheiten davon abhängen, wie viel die Volkswirtschaft von jedem der beiden Güter produziert. Wenn die Gesellschaft den größten Teil ihrer Ressourcen für die Pkw-Produktion einsetzt, ist die Produktionsmöglichkeitenkurve ziemlich steil. Das ist so, weil sogar Arbeitskräfte und Maschinen in der Pkw-Produktion eingesetzt sind, die man besser zur PC-Produktion verwenden würde, so dass jeder nicht produzierte Pkw eine namhafte Steigerung der PC-Produktion ergebe. Wenn im Gegensatz dazu die meisten Ressourcen für die PC-Produktion eingesetzt sind, ist die Produktionsmöglichkeitenkurve ziemlich flach. In diesem Falle sind die am besten in der PC-Industrie einsetzbaren Faktoren bereits in der PC-Industrie engagiert, so dass jeder Pkw, den die Gesellschaft aufgibt, nur zu einer geringfügigen Steigerung der Anzahl produzierter PC führt.

Die Produktionsmöglichkeitenkurve zeigt die Alternativen bei der Produktion verschiedener Güter in einer bestimmten Periode. Doch der »tradeoff« und damit die Produktionsmöglichkeitenkurve können sich im Laufe der Zeit verändern. Sollte sich z.B. durch technischen Fortschritt in der PC-Industrie die Anzahl der PC vergrößern, die eine Arbeitskraft pro Woche (Periode) herstellen kann, vermag die Volkswirtschaft bei jeder bisherigen Pkw-Produktionsmenge eine größere Anzahl von PC herzustellen. Als Ergebnis dieser Steigerung der Arbeitsproduktivität in der PC-Industrie verschiebt sich - wie im Bild dargestellt - die Produktionsmöglichkeitenkurve nach außen (weg vom Koordinaten-Ursprung). Wegen dieses Wachstums des wirtschaftlichen Produktionspotentials vermag die Gesellschaft die Produktion vom Punkt A zum Punkt E auszudehnen und dadurch sowohl mehr PC und mehr Pkw zu erzeugen.



Die Produktionsmöglichkeitenkurve simplifiziert eine komplexe Nationalökonomie so, dass Grundlegendes klar herausgestellt wird. Sie wurde dazu verwendet, einige, bei den „10 volkswirtschaftlichen Regeln“ erwähnte Konzeptionen zu illustrieren:

Effizienz,
Zielkonflikte,
zu wählende Alternativen,
Opportunitätskosten,
Wirtschaftswachstum.

Mankiw, 2001, S. 31

Beim Studium der Volkswirtschaftslehre werden diese Konzeptionen in unterschiedlichen Formen wiederkehren. Die Produktionsmöglichkeitenkurve bietet einen einfachen Weg, darüber nachzudenken.

6. Mikroökonomik und Makroökonomik

Viele Gegenstände studiert man auf unterschiedlichen Niveaus. Betrachten Sie z.B. die Biologie. Molekularbiologen studieren die chemischen Verbindungen, die Leben ausmachen. Zellbiologen untersuchen Zellen, die aus zahlreichen chemischen Verbindungen bestehen und zugleich die Bausteine lebender Organismen sind. Evolutionsbiologen befassen sich mit vielen Tier- und Pflanzenarten sowie mit dem graduellen Wandel im Laufe der Jahrhunderte.

Das Wirtschaftsgeschehen wird eben falls auf verschiedenen Ebenen der Betrachtung untersucht. Wir können die Einzelentscheidungen der Haushalte und Unternehmungen studieren. Oder wir können das Zusammenwirken von Haushalten und Unternehmungen auf den einzelnen Gütermärkten betrachten. Ferner können wir das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft studieren, das sich als Summe der Einzelentscheidungen der Marktteilnehmer ergibt.

Das Arbeitsgebiet der Volkswirtschaftslehre wird herkömmlicher Weise in zwei große Teilbereiche gegliedert. Die Mikroökonomik untersucht, wie Haushalte und Unternehmungen Entscheidungen treffen und wie die Wirtschaftseinheiten auf den einzelnen Märkten zusammenwirken. Die Makroökonomik befasst sich mit gesamtwirtschaftlichen Phänomenen auf aggregierter Ebene. Ein Mikroökonom mag sich mit den Auswirkungen einer Mietpreisbindung auf den Wohnungsmarkt in Berlin, der japanischen Konkurrenz auf den deutschen Automobilmarkt oder der Schulpflicht auf das Lohnniveau beschäftigen. Ein Makroökonom untersucht dagegen die Auswirkungen der Staatsverschuldung, die Veränderungen der Arbeitslosenquote oder Effekte unterschiedlicher wachstumspolitischer Maßnahmen auf den nationalen Lebensstandard.

Mikroökonomik und Makroökonomik sind eng miteinander verbunden. Da gesamtwirtschaftliche

Entwicklungen durch Millionen individueller Entscheidungen entstehen, kann man makroökonomische Analysen nicht ohne die zugehörigen Mikroentscheidungen begreifen. Ein Makroökonom untersucht z.B. die Auswirkung einer Einkommensteuersenkung auf das Produktionsniveau von Waren und Dienstleistungen. Um dieses Problem zu klären, muss er oder sie danach fragen, wie die Steuersenkung den einzelnen Haushalt bei seiner Nachfrageentscheidung tangiert.

Trotz der inneren Verbindung zwischen Mikroökonomik und Makroökonomik sind die beiden Teilgebiete verschieden. In der Volkswirtschaftslehre bietet es sich wie in der Biologie an, mit den kleinsten Einheiten zu beginnen und darauf aufzubauen. Doch dieses Vorgehen ist weder notwendig noch stets der beste Weg. Evolutionsbiologie baut in einer gewissen Art und Weise auf Molekularbiologie auf, da die Arten aus Molekülen bestehen. Doch Evolutionsbiologie und Molekularbiologie sind selbständige Gebiete mit eigenen Fragestellungen und Methoden. Ganz ähnlich behandeln Mikroökonomik und Makroökonomik unterschiedliche Fragen mit unterschiedlichen Ansätzen, so dass sie meist in unterschiedlichen Vorlesungen angeboten werden.

II. Der Ökonom als Wirtschaftspolitiker

Oft werden Ökonomen um eine Erklärung wirtschaftlicher Ereignisse ersucht. Warum ist z.B. die Arbeitslosenquote für Jugendliche höher als für andere Arbeitskräfte? Bisweilen werden Nationalökonominnen um Politikempfehlungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse gebeten. Was z.B. sollte die Regierung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Jugendlicher unternehmen? Solange Ökonomen versuchen, die Wirtschaftswelt zu erklären, sind sie Wissenschaftler. Sobald sie versuchen, die Welt zu verbessern, sind sie Politiker.

1. Positive versus normative Analyse

Um die zweierlei Rollen der Ökonomen aufzuklären, halten wir uns zuerst an den Sprachgebrauch. Da Wissenschaftler und Politiker unterschiedliche Ziele verfolgen, benutzen sie die Sprache verschieden. Zwei junge Leute diskutieren z.B. über Mindestlohnbestimmungen, wobei sie sich wie folgt äußern:

POLLY: Mindestlohnbestimmungen verursachen Arbeitslosigkeit.

NORMA: Man sollte die Branchen übergreifend Mindestlöhne einführen.

Ob Sie den Aussagen nun zustimmen oder nicht, bemerkenswert ist, worin sich Polly und Norma bei ihren Ansichten unterscheiden. Polly spricht wie ein Wissenschaftler: Sie sagt etwas darüber, wie die Welt funktioniert. Norma spricht wie ein Politiker: Sie sagt etwas darüber, wie sie die Welt verändert sehen möchte.

Generell gibt es zwei Typen von Aussagen über die Realität. Ein erster Typ, wie die Aussage von Polly, ist positiv. Positive Aussagen sind beschreibend, oder deskriptiv. Sie richten sich darauf, wie die Welt ist. Ein zweiter Typ, wie die Aussage von Norma, ist normativ. Normative Aussagen sind präskriptiv oder wertend. Sie richten sich darauf, wie die Welt *sein sollte*.

Ein Hauptunterschied zwischen positiven und normativen Aussagen zeigt sich darin, wie wir ihre Gültigkeit überprüfen. Positive Aussagen können wir grundsätzlich dadurch annehmen oder verworfen, indem wir sie auf empirische Gültigkeit überprüfen. So konnte ein Ökonom Pollys Aussage mit Hilfe statistischer Daten über Veränderungen der Mindestlöhne und der Arbeitslosigkeit untersuchen. Im Gegensatz dazu kommen bei der Bewertung normativer Aussagen Fakten und Werturteile zusammen. Normas Aussage kann man nicht nur mit statistischen Daten überprüfen. Darüber zu entscheiden, ob politische Maßnahmen gut oder schlecht sind, ist nicht nur eine Sache der Wis-

senschaft. Dabei sind auch unsere persönlichen Einstellungen zur Ethik, zur Religion und zur politischen Philosophie gefragt.

Selbstverständlich mögen positive und normative Aussagen verwandt sein. Unsere positiven Bilder davon, wie die Welt funktioniert, beeinflussen unsere normativen Ansichten darüber, welche politischen Maßnahmen wünschenswert sind. Pollys Ausspruch, dass Mindestlöhne Arbeitslosigkeit verursachen, könnte - wenn er zutrifft - uns dazu veranlassen, Normas Wunsch nach Einführung der Mindestlöhne abzulehnen. Doch unsere normativen Folgerungen können nicht allein aus positiver Analyse entstehen. Sie erfordern beides: *Positive Analysen* und *Werturteile*.

Behalten Sie bitte beim Studium der Volkswirtschaftslehre die Unterscheidung zwischen positiven und normativen Aussagen im Gedächtnis. Große Teile der Volkswirtschaftslehre versuchen lediglich zu erklären, wie die Volkswirtschaft funktioniert. Doch oft liegt es in der Absicht der Volkswirtschaftslehre, zum besseren Funktionieren der Volkswirtschaft beizutragen. Wenn Sie normative Aussagen aus dem Munde von Ökonomen hören, wissen Sie, dass sie die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik überschritten haben.

2. Ökonomen in Berlin und Washington

Die Berliner Ministerien haben zahlreiche Gutachten über volkswirtschaftliche Fragen in Auftrag gegeben und bezahlt, zumeist bei den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Die Ministerien halten sich wissenschaftliche Beiräte und zahlreiche volkswirtschaftlich ausgebildete Bedienstete. Seit 1963 gibt es einen *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, der sich nach den Vorstellungen des Gesetzgebers auf positive Aussagen konzentrieren und von normativen Aussagen oder Politikempfehlungen möglichst fernhalten soll. Wie schwierig dies ist, wissen wir inzwischen nun schon. Man kann nicht die eine und einzig gültige Antwort auf eine volkswirtschaftliche Frage abrufen oder geben wollen. Es ist sehr mühsam für den wissenschaftlich beratenen Abgeordneten oder Politiker, die erforderliche Geduld und Sorgfalt zum abgewogenen Urteil aufzubringen und den raschen opportunistischen Griff zum vordergründig gerade »passenden« Gutachten zu vermeiden.

Präsident Harry Truman sagte einmal, er mochte einen einarmigen Volkswirt als Berater finden. Immer wenn er seine Ökonomen um Rat frage, bekomme er zur Antwort: »On the one hand, ... On the other hand, « Truman war nicht der einzige, der volkswirtschaftlichen Rat als doppelsinnig und zweideutig empfand. Eine gewisse Tendenz zur Mehrdeutigkeit hat ihre Wurzeln in einer der *zehn volkswirtschaftlichen Regeln*: Die Leute stehen vor Alternativen und Zielkonflikten. Ökonomen sind sich bewusst, dass mit den meisten Entscheidungen über politische Maßnahmen Wahlhandlungen bei »tradeoffs« verbunden sind. Eine bestimmte politische Maßnahme mag die Effizienz auf Kosten der Gerechtigkeit erhöhen, sie mag vielleicht zugunsten künftiger Generationen und zulasten des gegenwärtig lebenden Staatsvolks wirken. Ein Nationalökonom, der alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen als leicht hinstellt, wäre kein vertrauenswürdiger Mann.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Bundesregierung erstellt werden, arbeitet in den USA seit 1946 ein *Council of Economic Advisors*, der jedes Jahr einen Economic Report for the President verfaßt. In Deutschland wie in den USA gibt es Beratungsleistungen aus den fachlich zuständigen Ministerien und der Zentralnotenbank sowie im parlamentarischen Raum.

Der Einfluss von Ökonomen reicht oft über die fachliche Beratung hinaus. Gute Forscher und eloquente Autoren beeinflussen die Wirtschaftspolitik indirekt. *John Maynard Keynes* sah dies so: "Die Vorstellungen von Ökonomen und politischen Denkern - ob falsch oder richtig - üben größeren Einfluß aus, als man glaubt. Die Welt wird mit nicht viel mehr regiert. Praktiker, die frei von in-

tellektuellen Einflüssen zu sein glauben, sind oft unmerklich Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Verrückte in Regierungsdämern, die Stimmen zu hören glauben, leiten ihre abstrusen Vorstellungen oft von akademischen Schreiberlingen der nahen Vergangenheit her.« Obwohl Keynes diese Sätze bereits 1935 schrieb, gelten sie noch immer. Zu den akademischen Schreiberlingen gehören auch Leute, die Keynes' und anderer großer Leute Ideen in verballhornter Form oder in eine unpassende Wirklichkeit hinein verbreiten.

Aufgabe: Geben Sie Beispiele für positive und normative Aussagen. Nennen Sie Beispiele für die volkswirtschaftliche Beratung staatlicher Stellen.

III. Warum Ökonomen uneins sind

"Wenn man alle Ökonomen an einander legen würde, käme man zu keiner Schlussfolgerung.« Diese Stichelei von George Bernard Shaw ist bezeichnend. Die Gruppe der Ökonomen wird oft dafür gescholten, dass sie den Politikern widersprüchliche Ratschläge erteilt. Präsident Ronald Reagan scherzte einmal: Wenn man das Spiel Trivial Pursuit für Ökonomen gemacht hatte, gebe es 100 Fragen und 3.000 Antworten.

Warum geben Ökonomen den Politikern scheinbar so oft widersprüchliche Ratschläge? Es gibt dafür drei allgemeine Begründungen:

- Ökonomen können über die empirische Gültigkeit alternativer positiver Theorien über das Funktionieren der Wirtschaftswelt uneins sein.
- Ökonomen können unterschiedliche Werte und deshalb unterschiedliche normative Wertvorstellungen darüber haben, was die Politik durchführen sollte.
- Ökonomen mögen in Wahrheit übereinstimmen, doch der Rat von Scharlatanen und Sonderlingen vernebelt den Konsens.

Betrachten wir jede dieser Begründungen näher.

1. Unterschiede der wissenschaftlichen Meinungen

Vor einigen Jahrhunderten noch debattierten Astronomen darüber, ob die Erde oder die Sonne das Zentrum unseres Sonnensystems bildet. Vor nicht so langer Zeit haben die Meteorologen über die Frage gestritten, ob die Erde gerade eine »globale Erwärmung« erlebt. Wissenschaft ist eben ein Suchprozess zum Verständnis der Welt um uns herum. Es ist überhaupt nicht überraschend, dass die Wissenschaftler beim Fortgang dieses Suchprozesses immer wieder darüber uneins werden, in welcher Richtung „die Wahrheit“ liegt.

Ökonomen sind oft mit gleicher Begründung uneins. Die Volkswirtschaftslehre ist eine junge Wissenschaft, und es muss noch vieles gelernt werden. Ökonomen sind manchmal auch deshalb uneinig, weil sie unterschiedliche Befunde zur empirischen Gültigkeit alternativer Theorien oder zum Zahlenwert wichtiger Parameter haben.

Zum Beispiel sind Ökonomen unterschiedlicher Ansicht darüber, ob der Staat die Steuern nach dem Haushaltseinkommen oder nach den Konsumausgaben des Haushalts bemessen soll. Verfechter eines Übergangs von der üblichen Einkommensteuer zu einer Konsumsteuer glauben, auf diese Weise würde mehr gespart, weil das nicht konsumierte Einkommen steuerfrei bleibt. Höhere Ersparnisse würden wiederum zu mehr Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum führen. Befürworter der bestehenden Einkommensbesteuerung glauben nicht daran, dass die Sparneigung in nennenswertem Umfang auf die Änderung der Steuergesetze reagieren würde. Die beiden Gruppen von Ökonomen ver-

treten unterschiedliche normative Ansichten über das Besteuerungssystem, weil sie unterschiedliche positive Bilder von der Reagibilität des Sparverhaltens auf Steueranreize haben.

2. Unterschiede der Werturteile

Nehmen wir an, Peter und Paul entnehmen der städtischen Wasserversorgung die gleiche Menge an Wasser. Um die Wasserversorgung betreiben zu können, erhebt die Stadt von den Einwohnern Steuern oder Gebühren. Peter hat ein Jahreseinkommen von 100.000,- EUR und wird – Annahme gemäß - mit 10.000,- EUR oder 10% belastet. Paul hat ein Einkommen von 20.000,- EUR und würde - wiederum angenommen - mit 4.000,- EUR oder 20% des Einkommens belastet. Wäre das fair? Wenn nicht: Wer bezahlt zu viel und wer zu wenig? Spielt es dabei eine Rolle, ob Pauls niedriges Einkommen von einer gesundheitlichen Einschränkung oder von der angestrebten Betätigung als Schauspieler herrührt? Kommt es darauf an, ob Peters hohes Einkommen von einer großen Erbschaft oder von der Einsatzbereitschaft an einem trostlosen Arbeitsplatz kommt?

Das sind schwierige Fragen, über die man leicht unterschiedlicher Meinung ist. Würde die Stadtverwaltung zwei Experten mit Gutachten über die geeignete Besteuerung und Gebührenbelastung der Bürger beauftragen, wäre niemand überrascht, wenn die Gutachter zu unterschiedlichen Resultaten kämen. Das einfache Beispiel lässt erkennen, warum Ökonomen manchmal uneins über wirtschaftspolitische Maßnahmen sind. Wie wir bereits aus der Behandlung normativer und positiver Analysen wissen, kann die Politik nicht allein nach wissenschaftlichen Maßstäben beurteilt werden. Wegen unterschiedlicher Werturteile kommen Ökonomen oft zu unterschiedlichen Aussagen in Gutachten. Eine Perfektionierung der Wissenschaft von der Volkswirtschaft wird uns nicht zur Klärung der Frage führen, ob Peter oder Paul zu viel bezahlt.

3. Wahrnehmung und Wirklichkeit

Wegen Unterschieden des wissenschaftlichen Urteils und unterschiedlicher Werturteile sind gewisse Meinungsverschiedenheiten unter Ökonomen unvermeidlich. Doch sollte man das Ausmaß der Uneinigkeit nicht übertreiben. In vielen Fällen bieten die Ökonomen einen einhelligen Standpunkt an. Unsere Tabelle enthält zehn Thesen zur Wirtschaftspolitik. In einer Befragung von Wirtschaftswissenschaftlern, die in Unternehmungen, beim Staat und in Hochschulen tätig sind, erhielten die Thesen eine überwältigende Zustimmung bei den Einsendern. In der Bevölkerung bekamen die meisten der Thesen weit weniger einhellige Zustimmung.

Nr.	Aussage	Zustimmung
1	Eine Deckelung der Mietpreise mindert Quantität und Qualität des Wohnungsangebots.	93,00%
2	Zölle und Importquoten reduzieren den allgemeinen ökonomischen Wohlstand.	93,00%
3	Flexible und frei bewegliche Wechselkurse stellen eine wirksame Regelung der internationalen Finanzströme dar.	90,00%
4	Fiskalpolitik (d.h. Steuersenkung und/ oder Staatsausgabensteigerung) hat in der unterbeschäftigten Volkswirtschaft eine signifikante stimulierende Wirkung.	90,00%
5	Wenn der Staatshaushalt ausgeglichen wird, so sollte dies über einen Konjunkturzyklus hinweg und nicht für jedes einzelne Jahr angestrebt werden.	85,00%
6	Geldzahlungen steigern die Wohlfahrt der Empfänger mehr als finanziell äquivalente naturale Übertragungen.	84,00%
7	Ein großes Defizit des Staatshaushalts hat eine dämpfende Wirkung auf die Volkswirtschaft.	83,00%

Nr.	Aussage	Zustimmung
8	Mindestlöhne erhöhen die Arbeitslosigkeit der jugendlichen und unqualifizierten Arbeitskräfte.	79,00%
9	Die Regierung sollte die Sozialhilfen nach Grundsätzen einer negativen Einkommensteuer umgestalten.	79,00%
10	Steuern und marktfähige Emissionszertifikate bilden einen besseren Ansatz für die Beschränkung von Emissionen als die Festlegung von Schadstoffobergrenzen.	78,00%

Quelle: Richard M. Alston, J.R. Kearn, and Michael B. Vaughn, »Is There Consensus among Economists in the 1990s?« *American Economic Review*, May 1992, 203-209.

Die erste Aussage der Tabelle betrifft die Mietpreispolitik. Fast alle Ökonomen sind davon überzeugt, dass Mietpreisbindung einen negativen Einfluss auf Verfügbarkeit und Qualität von Wohnraum hat und ein sehr kostspieliger Weg ist, um den Ärmsten der Gesellschaft zu helfen. Ungeachtet dessen werden die fachmännischen Ratschläge der Ökonomen weithin missachtet und Höchstmieten festgelegt, die Hauswirte ihren Mietern abverlangen dürfen.

Die zweite Aussage der Tabelle handelt von Zöllen und Importquoten. Fast alle Ökonomen widersetzen sich derartigen Handelshindernissen. Ungeachtet dessen konnte es z.B. in Japan, Frankreich und den USA zu derartigen Behinderungen des Freihandels kommen. Im Jahre 1993 passierte das Nordamerikanische Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko zwar den amerikanischen Kongress, jedoch – trotz einer überwältigenden Befürwortung durch die Nationalökonom – nur mit hauchdünner Mehrheit. In diesem Falle gaben die Ökonomen einheitliche Ratschläge, doch viele Politiker wollten nicht darauf hören. Warum halten sich wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Mietpreisbindungen und Importquotierungen, wenn die Fachleute einhellig dagegen sind? Der Grund könnte darin liegen, dass die Ökonomen die Öffentlichkeit bislang noch nicht von den negativen Wirkungen der Maßnahmen zu überzeugen vermochten. Eine der Absichten des Studiums der Volkswirtschaftslehre ist es, Ihnen den volkswirtschaftlichen Standpunkt zu diesen und anderen Gegenständen zu vermitteln und Sie - vielleicht - davon zu überzeugen, den richtigen Standpunkt zu vertreten.

Aufgabe: Nennen Sie drei Gründe, warum zwei volkswirtschaftliche Gutachter zu unterschiedlichen Empfehlungen kommen könnten.

G. Grafische Darstellungen und ökonomische Rechnungen - Ein kurzer Überblick⁷

Viele wirtschaftswissenschaftliche Begriffe können mit Zahlen ausgedrückt werden - der Preis einer Banane, die Menge der verkauften Bananen, die Kosten des Bananenanbaus usw. Oft sind die ökonomischen Variablen miteinander verknüpft. Wenn der Bananenpreis steigt, kaufen die Leute weniger Bananen. Eine Ausdrucksweise für derartige Zusammenhänge zwischen Variablen sind Graphen.

Graphen haben zweierlei Nutzenwendungen. Zum ersten kann man damit wirtschaftstheoretische Aussagen, die mit Gleichungen oder Worten weniger leicht zu vermitteln waren, anschaulich im Bild ausdrücken. Zum zweiten kann man damit bei der Datenanalyse den Zusammenhang von Variablen in der Empirie herausarbeiten. Ob man theoretisch oder empirisch an ökonomische Relationen herangeht, Graphen bieten gleichsam ein Vergrößerungsglas, mit dem man in der »Menge der Bäume den Wald erkennen« kann.

Numerische Informationen können - wie es ja auch vielerlei verbale Ausdrucksweisen gibt - auf

⁷ Mankiw, Gregory: Volkswirtschaftslehre, 2001, S. 42 - 50

zahlreiche verschiedene Arten graphisch dargestellt werden. Ein guter Schreiber weiß Worte zu wählen, die ein Argument klar, eine Beschreibung ansprechend oder eine Szene dramatisch werden lassen. Ein leistungsstarker Ökonom wählt jene Art von Graphen, die zweckmäßig für die gerade erforderliche Darstellung ist. Weil Sie in Ihrem Studium häufig mit Graphen zu tun haben werden, diese interpretieren und werten sollen, beschäftigen wir uns nun näher mit ihnen. In diesem Abschnitt wird erörtert, wie sich Ökonomen der Graphen bedienen, um die mathematischen Verknüpfungen von Variablen zu studieren. Auch einige mögliche Fehlgriffe bei der Verwendung von graphischen Methoden werden angesprochen.

1. Graphen einer einzelnen Variablen

Darüber braucht nicht weiter geredet zu werden. Fast jede PC-Software bietet dem Studenten dreierlei Darstellungsformen an: (1) Das Flächendiagramm (meist als kreisförmiger »Kuchen«, der optisch »in Stücke geschnitten« die Zusammensetzung eines Ganzen zeigt), (2) das Stabdiagramm (mit nebeneinander stehenden »Säulen«, deren Höhen z.B. die Bilanzsummen verschiedener Unternehmungen im Vergleich erkennen lassen) und (3) den Zeitreihen-Graphen (Ausprägung einer Variablen senkrecht abgetragen, Zeitachse waagerecht gezeichnet). Jede gute Tages- und Wirtschaftszeitung bietet reichlich Anschauungsmaterial. Im Fach *Statistik* lernt der Student bereits in den ersten Semestern, sorgfältig mit den Darstellungen der deskriptiven Statistik umzugehen und in Deutschland bei wissenschaftlichen Ausarbeitungen möglichst die einschlägigen DIN-Vorschriften zu beachten (für Tabellen nebenbei bemerkt DIN 55301).

2. Graphen für zwei Variablen: Das Koordinatensystem

Wirtschaftswissenschaftler sind meistens mit Relationen von zwei oder mehreren Variablen befasst. Sie müssen wenigstens zwei funktional verknüpfte Variablen durch einen Graphen darstellen können. Die Möglichkeit dazu eröffnet das *Koordinatensystem*. Es ist von der Schule her jedem Studenten bekannt. Aus »x-Achse« (waagrecht) und »y-Achse« (senkrecht) war es in der Schule aufgebaut, wobei - je nach dem Sachinhalt von x und y - neben den positiven Ausprägungen auch negative Werte der Variablen möglich sein sollen. In der Mathematik hat dieses sogenannte kartesische Koordinatensystem vier Flächenbereiche oder Quadranten. Nur ein einziger Quadrant wird für die graphische Darstellung benutzt, wenn die betrachteten ökonomischen Variablen auf einen Bereich von null und größer null beschränkt sind. Es entstehen die sehr einfachen Kurven- oder Graphen-Bilder, die hier besprochen werden.

Bei der anfangs erwähnten zweiten Verwendung von Graphen (empirische Befunde und Zusammenhänge) markiert man die Wertepaare zunächst mit Punkten und erhält dadurch ein *Streudiagramm* (ohne Verbindungslinien zwischen den Punkten). Handelt es sich bei den graphisch dargestellten empirischen Befunden am Ende insgesamt lediglich um eine wenig markante »Punktwolke«, so kann man aufgrund des Bildes oft nichts über die Korreliertheit von positiven und/oder negativen Variablenwerten schließen noch gar einen ursächlich gerichteten Zusammenhang (Regressi-on) daraus ablesen. In einigen Fällen jedoch erkennt man mit freiem Auge, dass die Punkte in etwa von links unten nach rechts oben wie auf einer »Perlenschnur« aufzureihen waren (*positive Korrelation*) oder eher von links oben nach rechts unten eine Perlenschnur ergaben (*negative Korrelation*). Diese beiden zuletzt erwähnten Fälle eröffnen für den Wirtschaftswissenschaftler die Möglichkeit, eine »glatte Kurve« als Näherung einzuzeichnen. Der Anfänger begnügt sich mit einem »Freihandtrend« oder der Charakterisierung des passenden Graphen nach dem Taschenrechner. Der fortgeschrittene Student kennt aus der Statistik für paarweise Variablenverknüpfungen das Schatzmodell der *Linearen Einfachregression*.

3. Die Nachfragekurve als Beispiel

Eine der wichtigsten Kurven in Mikroökonomik und Makroökonomik sowie in der empirischen Wirtschaftsforschung ist die Nachfragekurve. Sie bildet die Auswirkungen der Güterpreise auf die Nachfragemengen ab, die Konsumenten zu kaufen wünschen. Die Tabelle zeigt die Anzahl von Taschenbüchern (Krimis einer bestimmten Serie), die Emma B. je nach ihrem Einkommen und dem Preis kauft. Wenn die Taschenbücher billig sind, kauft Emma eine vergleichsweise große Menge. So wie die Taschenbücher teurer werden, geht Emma gelegentlich einmal in eine Leihbücherei; sie kauft weniger. Ähnlich verhält es sich mit der Auswirkung der Einkommenshöhe auf die Nachfragemengen. Wenn ihr Einkommen steigt, kauft Emma B. zu jedem denkbaren Preis eine größere Menge. Sie gibt also von dem Zusatz-Einkommen etwas für mehr Taschenbücher und einen Teil für mehr andere Güter aus. *Die senkrechte Preisachse hat sich bei den Ökonomen herausgebildet und gehalten*, obwohl die Preise zumeist die unabhängige Variable darstellen.

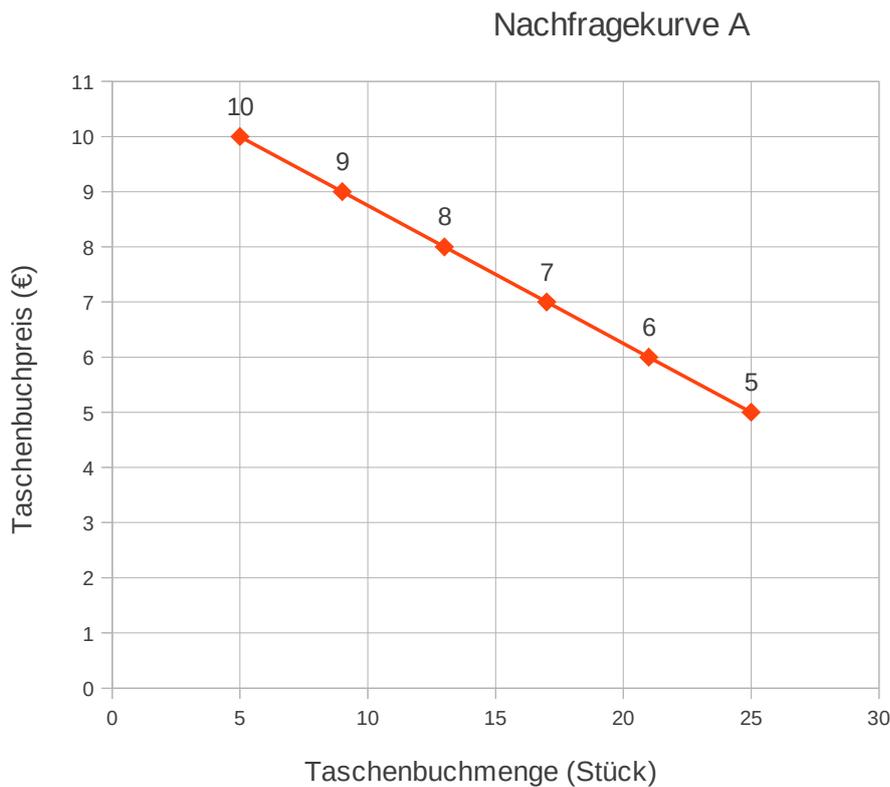
Nehmen wir an, Emma erhält als Ehe- oder Ordensfrau neben freier Unterkunft und freier Verpflegung als »Taschengeld« EUR 20.000, EUR 30.000 oder EUR 40.000 pro Jahr. Die Zuordnung von Taschenbuchpreis und nachgefragten Mengen an Taschenbüchern zeigt die Tabelle. Die Mengenspalte für EUR 30.000 ergibt zusammen mit den EUR-Stückpreisen die Wertetabelle zum Zeichnen der Nachfragegerade D1.

Taschenbuchpreis	E i n k o m m e n		
	20.000,00 €	30.000,00 €	40.000,00 €
10,00 €	2 Taschenbücher	5 Taschenbücher	8 Taschenbücher
9,00 €	6 Taschenbücher	9 Taschenbücher	12 Taschenbücher
8,00 €	10 Taschenbücher	13 Taschenbücher	16 Taschenbücher
7,00 €	14 Taschenbücher	17 Taschenbücher	20 Taschenbücher
6,00 €	18 Taschenbücher	21 Taschenbücher	24 Taschenbücher
5,00 €	22 Taschenbücher	25 Taschenbücher	28 Taschenbücher
	D3	D1	D2
	N a c h f r a g e k u r v e n		

Die Tabelle weist die Anzahl der Taschenbücher aus, die Emma B. bei unterschiedlichen Preisen und Einkommen kaufen möchte. Für jedes Einkommen können Preise und Mengen benutzt werden, um eine Nachfragekurve der Emma B. nach Taschenbüchern zu zeichnen. (sh. Abb. „B“)

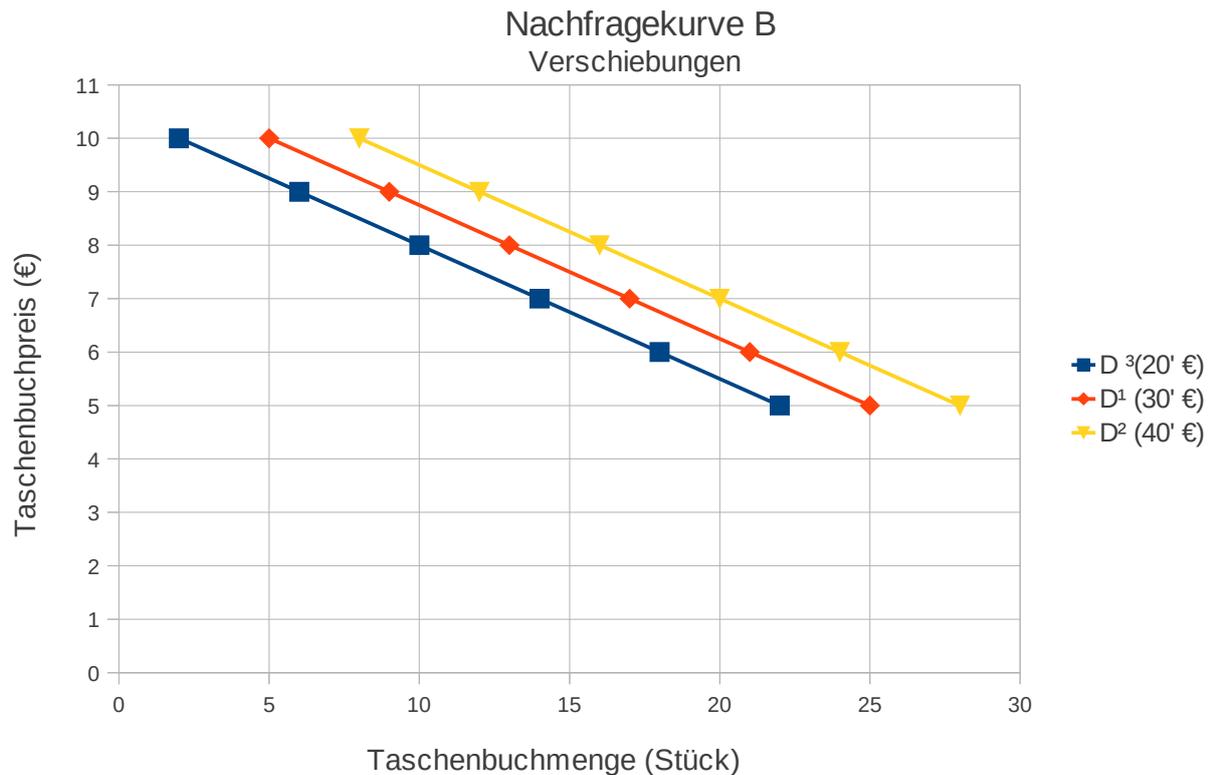
Eigentlich haben wir drei Variablen: den Preis (EUR/Taschenbuch), die Nachfragemenge (Taschenbücher/Jahr), das Einkommen (EUR/Jahr). Das Zahlenbeispiel gelte für ein Jahr als Periode (Marktperiode). Eine graphische Darstellung in der Ebene kann nur zwei Variablen erfassen. Um die Zahleninformationen der Tabelle graphisch darzustellen, müssen wir eine der drei Variablen konstant halten und die beiden anderen »ceteris paribus« (eine bestimmte Variable bleibt konstant) in ein zweidimensionales Koordinatensystem einzeichnen. Da die Nachfragekurve die stabile Beziehung zwischen Güterpreis und Nachfragemenge ausweist, halten wir das Einkommen von Emma B. konstant (vgl. Diagramme A, B, C).

Angenommen, Emma hätte ein Taschengeld von EUR 30.000 pro Jahr. Wenn wir die von Emma nachgefragten Taschenbücher auf der in der Schule so genannten »x-Achse« und den Taschenbuchpreis auf der »y-Achse« ab bilden, können wir die mittlere Spalte der Tabelle zeichnen (vgl. Schaubild „A“). Sofern man die Eintragungen der Tabelle als Einzelpunkte - (5 Taschenbücher, EUR 10,-), (9 Taschenbücher, EUR 9) usw. – einzeichnet und mit dem Lineal verbindet, entsteht die Nachfragekurve D1 des Schaubildes „A“ und des Schaubildes „B“. Ebenso kann man bei den alternativ denkbaren Einkommen EUR 20.000 und EUR 40.000 verfahren, um die Nachfragekurven D3 bzw. D2 zu bekommen. (Siehe Schaubild „B“)



Der denkbare Unterschied der Nachfrageentscheidungen D1, D2 und D3 von Emma kann auch *das veränderliche latente Kaufverhalten* von Emma B. im Zeitablauf ausdrücken. So wie das Jahreseinkommen von EUR 30.000 auf EUR 40.000 ansteigt oder auf EUR 20.000 abfällt, ergeben sich *Verschiebungen* der jeweils für ein bestimmtes Jahr empirisch gültigen Nachfragekurve (siehe Abb. Nachfragekurve B).

Es ist in den Wirtschaftswissenschaften sehr wichtig, zwischen *Bewegungen auf einer Kurve* und *Verschiebungen einer Kurve* zu unterscheiden. Wie man aus Schaubild „B“ entnehmen kann, wird Emma bei einem Jahreseinkommen von EUR 30.000 und einem Preis von EUR 8,- pro Stück insgesamt 13 Taschenbücher pro Jahr kaufen. Wenn der Preis auf EUR 7,- fällt, wird Emma ihre Käufe auf 17 Stück ausdehnen. Sie bewegt sich entlang der Kurve D1, falls der Preis (und nur der Preis) sinkt oder steigt. Man kann auch der Frage nachgehen, wie sich die nachgefragten Mengen ändern, wenn sich das Einkommen (und nur das Einkommen) ändert. Bei einem Stückpreis von EUR 8,- werden - wie eben schon für ein Einkommen von EUR 30.000 gesagt - 13 Stück gekauft. Bei einem Einkommensrückgang auf EUR 20.000 wurden zum Preis von EUR 8,- 10 Stück und bei einem Einkommensanstieg auf EUR 40.000 zum Preis von EUR 8,- 16 Taschenbücher gekauft. Die Nachfragekurve verschiebt sich, wie man aus Schaubild „B“ ersieht, und bei der Erörterung der Nachfragemengen bei unterschiedlichen Einkommen (und einem bestimmten Preis) »springt« man von einer Kurve zur anderen.



Verschiebung von Nachfragekurven. Die Lage von Emmas Nachfragekurven hängt davon ab, wie viel Einkommen sie hat. Je mehr Einkommen sie verdient, um so mehr Taschenbücher wird sie bei jedem gegebenen Preis kaufen. Ihre Nachfragekurve wird weiter rechts liegen. Kurve D_1 stellt Emmas ursprüngliche Nachfragekurve bei einem Einkommen von EUR 50.000,- pro Jahr dar. Wenn ihr Einkommen auf EUR 40.000,- ansteigt, verschiebt sich ihre Nachfragekurve zu D_2 . Wenn ihr Einkommen auf EUR 20.000,- pro Jahr zurückgeht, verschiebt sich die Nachfragekurve zu D_3 .

Man kann sicher sagen, wann eine Kurvenverschiebung vorkommen wird: Immer dann, wenn sich eine ökonomisch relevante Variable ändert (hier das Einkommen), die auf keiner der beiden Achsen abgetragen ist. Jede Veränderung, die Emmas Kaufgewohnheiten tangiert, kann zu einer Verschiebung der Nachfragekurve führen. So konnte z.B. die Leihbücherei aufgelöst werden, weshalb Emma dann zu jedem Preis mehr Taschenbücher kaufen wird und eine Rechtsverschiebung der Nachfragekurve eintritt. Ein Anstieg der Kinoeintrittspreise könnte per Substitutionseffekt zu einer stärkeren Verlegung auf das Lesen und ebenfalls zu einer Rechtsverschiebung der Nachfragekurve für Taschenbücher führen.

4. Ursache und Wirkung

Die NationalökonomInnen benützen Graphen oft dazu, Argumente zum Funktionieren einer Volkswirtschaft zu formulieren. Sie behaupten anhand von Graphen, in welcher Weise eine bestimmte Ereignismenge eine andere Ereignismenge *verursacht*. Bei einem Graphen wie der Nachfragekurve besteht kein Zweifel über Ursache und Wirkung (trotz historisch gewachsener Achsenvertauschung bei der zeichnerischen Darstellung). Da wir den Preis variieren und dabei alles andere konstant halten, wissen wir, dass Veränderungen des Taschenbuchpreises die Veränderungen der von Emma nachgefragten Mengen verursachen. Vergessen wir aber nicht, dass unsere Nachfragekurve aus einem hypothetischen Beispielfall entstand. Sobald man Daten aus dem Leben der wirklichen Welt verwendet, ist es oft viel schwieriger zu entscheiden, wie die eine Variable die andere beeinflusst.

Zuerst einmal ist es schwierig, alles Übrige konstant zu halten (Klausel »ceteris paribus«), wenn man feststellen will, wie eine Variable eine andere beeinflusst. Wenn wir andere Variablen nicht konstant zu halten vermögen, könnten wir uns dafür entscheiden, dass die eine Variable unseres Graphen die Veränderungen der anderen Variablen durch eine *dritte, ausgelassene Variable* verursacht. Aber selbst dann, wenn wir die korrekten beiden Variablen ausgemacht haben, könnten wir einem zweiten Problem verfallen, *der umgekehrten Kausalität*. Mit anderen Worten entscheiden wir uns vielleicht dafür, dass A stets B verursacht, obwohl in Wirklichkeit B die Ursache für A ist. Die Gefahren der *ausgelassenen Variablen* und der *umgekehrten Kausalität* erfordern große Vorsicht, wenn man von gezeichneten Kurven aus auf Ursachen und Wirkungen schließen will.

Ausgelassene Variablen. Ein Beispiel mag zeigen, wie man bei einer ausgelassenen Variablen zu einem irreführenden Graphen gelangt. Von der öffentlichen Meinung angestoßen, gibt die Regierung eine umfassende statistische Untersuchung über Krebstote in Auftrag. Die Forschergruppe überprüft alle möglichen häuslichen Gegenstände, die mit dem Krebsrisiko zusammenhängen könnten. In der abschließenden Studie liest man dann über zwei Variablen: die Zahl der Feuerzeuge in einem Haushalt und die Krebswahrscheinlichkeit für eine im Haushalt lebende Person. Die Krebswahrscheinlichkeit einer Person ist um so höher, je mehr Feuerzeuge im Haushalt vorhanden sind.

Was sollen wir mit diesem Ergebnis anfangen? Die beauftragte Forschergruppe rät zu einer raschen politischen Reaktion. Sie empfiehlt, den Kauf von Feuerzeugen durch eine Besteuerung einzudämmen. Sie empfiehlt auch ein Warnschild für alle Feuerzeuge: »Forschungen haben ergeben, dass dieses Feuerzeug Ihre Gesundheit gefährdet.« Bei der Einschätzung der empirischen Gültigkeit des Ergebnisses gibt es eine übergeordnete Frage: Hat die Forschergruppe jedwede relevante Variable konstant halten können, mit Ausnahme der betrachteten Variablen? Wenn die Antwort Nein ist, sind die Resultate suspekt. Die Besitzer von Feuerzeugen sind wohl überwiegend Leute, die rauchen. Gewiss sind es eher die Zigaretten als die Feuerzeuge, die das Krebsrisiko erhöhen. Im übrigen kann man den wirklichen Effekt der Feuerzeuge nicht erforschen, wenn man das Ausmaß des Rauchens in der Analyse nicht konstant zu halten vermag.

Die Geschichte verrät eine wichtige Grundregel: Wenn man einen Graphen zur Illustration der Argumente über Ursachen und Wirkungen vor sich sieht, muss man sich fragen, ob Veränderungen einer ausgelassenen dritten Variablen die vorgelegten Ergebnisse erklären konnten.

Umgekehrte Kausalität. Ökonomen können auch dadurch Fehler in Sachen Kausalität begehen, dass sie die Richtung verkehrt herum ablesen. Wie das möglich ist, zeigt ein Beispiel aus der Kriminalstatistik. Man hat dabei für einige Städte die Zahl der Gewaltverbrechen pro tausend Einwohner mit der Zahl der Polizisten je tausend Einwohner korreliert und graphisch dargestellt. Ein Anstieg der Kurve wurde vereinzelt in der Weise missdeutet, dass man meinte, die Verstärkung der Polizei rege das Verbrechen an.

Scheinbar besteht ein einfacher Weg zur Klärung der Kausalitätsrichtung darin zu fragen, welche Variable sich zuerst bewegt oder verändert. Wenn wir erkennen, dass sich nach einem Kriminalitätsanstieg jeweils die Polizeistärke erhöht, haben wir ein Ergebnis. Wenn wir erst die Ausweitung der Polizei und anschließend den Verbrechensanstieg registrieren, haben wir auch ein Ergebnis zur Kausalitätsrichtung. Doch der Ansatz weist eine Schwäche auf:

Oft ändern Menschen ihr Verhalten nicht als Reaktion auf gegenwärtige Bedingungen der gleichen Periode, sondern wegen der *Erwartung* künftiger Änderungen. Eine Stadt, die eine Kriminalitätswelle voraussieht, wird z.B. vorab die Polizeikräfte verstärken. Bei Kombiautos und Babys sieht

man den Zusammenhang noch deutlicher. Aber niemand würde denken, der Kauf von Kombiautos verursache das Bevölkerungswachstum.

Es gibt keine erschöpfende Auflistung von Regeln dafür, wie man aus Graphen kausale Schlussfolgerungen ziehen kann. Eine kleine Absicherung gegen Fehlschlüsse besteht jedoch in der Erinnerung daran, dass Feuerzeuge nicht den Krebs verursachen (ausgelassene Variable) und Kombiwagenkäufe keinen Geburtenanstieg auslösen (umgekehrte Kausalität).

H. Wirtschaftspolitik im Dienst der Stabilisierung

Arbeitslosigkeit und Inflation - immer wieder kommt es zu Fehlentwicklungen in einer Volkswirtschaft. Wie lassen sich diese Probleme in den Griff bekommen?

Einige Ökonomen fordern eine nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik, andere hingegen sehen in der Verbesserung der Angebotsbedingungen einen Lösungsweg. Das folgende Kapitel diskutiert Möglichkeiten und Grenzen dieser beiden kontroversen Strategien.

1. Das Konjunkturproblem
2. Nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik
3. Angebotsorientierte Stabilisierungspolitik

Einführung

Die Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung ist in den Augen zahlreicher Ökonomen das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik. Eine eingehende Analyse dieses herausragenden staatlichen Aufgabenbereichs erfolgt in diesem Kapitel. Den theoretischen Zugang bildet die makroökonomische Theorie.

Gegenstand der makroökonomischen Theorie sind die aggregierten Sektoren "private Haushalte", "Unternehmungen", "Staat" und "Ausland". Sie zielt in erster Linie darauf ab, die Entstehung und Verwendung des Volkseinkommens sowie die Entwicklung von Beschäftigung und Inflation zu erklären. Das Gegenstück bildet die Mikroökonomik, die sich auf die Entscheidungen der Vielzahl von einzelnen Wirtschaftseinheiten bezieht.

Im ersten Abschnitt wird das Problem der konjunkturellen Schwankungen anschaulich erklärt. Anschließend lernen Sie die beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Lösungsansätze kennen: einerseits die keynesianische Strategie der nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik, andererseits das neoklassisch-monetaristische Konzept der angebotsorientierten Stabilisierungspolitik. Dabei wird jeweils ein einheitliches Untersuchungsschema angewandt: Zunächst werden jeweils die Grundannahmen und wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen der Strategie charakterisiert. Danach werden die wichtigsten Kritikpunkte offengelegt.

1. Das Konjunkturproblem

Eines der elementaren Probleme einer Volkswirtschaft besteht in der Instabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Immer wieder kommt es zu ökonomischen Krisen, zu Arbeitslosigkeit oder Inflation. Diese können sogar die Akzeptanz der sozialen und politischen Verhältnisse in einem Staat gefährden.

Bei der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind zwei Begriffe von zentraler Bedeutung: Konjunktur und Wachstum.

- Wachstum: Jede Volkswirtschaft, die ihre Produktionsfaktoren voll auslastet, kann eine bestimmte Menge an Waren und Dienstleistungen herstellen. Den maximal produzierbaren

Output bezeichnet man als Produktionspotential. Jede Gesellschaft wird versuchen, ihr Produktionspotential immer weiter auszudehnen. Sofern dieses Unterfangen gelingt, spricht man von wirtschaftlichem Wachstum.

- Konjunktur: Der langfristige Wachstumstrend gibt jedoch keine Auskunft über die tatsächliche Produktion zu einem bestimmten Zeitpunkt; darauf bezieht sich der Begriff der Konjunktur. Als Konjunkturschwankungen bezeichnet man Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials.

Dieser Zusammenhang lässt sich in einer idealisierten Form auch graphisch veranschaulichen. Die Steigung der Gerade W zeigt, wie eine Volkswirtschaft sich längerfristig wirtschaftlich entwickelt. Um diesen durchschnittlichen Wachstumspfad schwankt die tatsächliche Auslastung des Produktionspotentials im Konjunkturverlauf (K). Bei einem Aufschwung nehmen die Unternehmungen die verfügbaren Produktionsfaktoren zunehmend stärker in Anspruch, bis im Boom ein konjunktureller Höhepunkt erzielt wird. Anschließend setzt ein Abschwung (Rezession) ein, der letztlich in einer Depression mündet: Produktionskapazitäten liegen brach.

Folgende Merkmale sind für die einzelnen Phasen charakteristisch:

- Aufschwung: steigendes Auftragsvolumen, Rückgang der Arbeitslosigkeit, steigende Löhne, steigendes Preisniveau (Inflation).
- Boom: schnell steigendes Auftragsvolumen, Vollbeschäftigung, hohe Löhne, schnell steigendes Preisniveau (Inflation).
- Abschwung (Rezession): schnell fallendes Auftragsvolumen, Zunahme der Arbeitslosigkeit, fallende Löhne, fallendes Preisniveau (Deflation).
- Depression: geringes Auftragsvolumen, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, niedriges Preisniveau.

Stabilisierungspolitik zielt darauf ab, die konjunkturellen Schwankungen einer Volkswirtschaft zu glätten und ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu realisieren.

Im einzelnen versuchen die staatlichen Entscheidungsträger, ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand und einen ausgewogenen Außenhandel bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum zu verwirklichen. Vor allem die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt der Stabilisierungspolitik.

Diese Ziele der Stabilisierungspolitik sind in der Bundesrepublik Deutschland im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) aus dem Jahre 1967 verankert. Der Zielkatalog heißt auch magisches Viereck.

Das Ziel der Vollbeschäftigung

Ein hoher Beschäftigungsstand erklärt sich als Ziel der Wirtschaftspolitik nahezu von selbst. Denn Arbeitslosigkeit ist aus dreierlei Sicht bedenklich:

- individuell: Arbeitslosigkeit verschlechtert die materielle Situation eines Menschen. Darüber hinaus sind mit dem Verlust an Selbstwertgefühl erhebliche psychische Probleme denkbar.
- volkswirtschaftlich: Die Volkswirtschaft produziert suboptimal. Der wertvolle Produktionsfaktor Arbeit ist nicht voll ausgelastet.
- politisch: Massenarbeitslosigkeit bedroht die Stabilität des politischen Systems.

Das Ziel der Preisniveaustabilität

Das Ziel eines stabilen Preisniveaus ist weniger offensichtlich. Warum ist Inflation eigentlich so schädlich für eine Volkswirtschaft?

Wenn die Preise aller Güter und Faktoren mit derselben Inflationsrate stiegen und alle Individuen die Entwicklung antizipieren könnten, benachteiligt Inflation niemanden. Diese Proportionalität und Vorhersehbarkeit ist in der wirtschaftlichen Realität allerdings nicht gegeben. Vor allem bei hohen und stark schwankenden Inflationsraten ergeben sich daher negative Allokations- und Verteilungseffekte:

Negative Allokationseffekte:

Ein stabiles Preisniveau gilt als eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Marktes und damit für eine optimale Allokation. Steigen im Rahmen der Inflation die Preise zwischen einzelnen Gütergruppen oder Faktoren unterschiedlich, gaukeln sie den Menschen falsche Knappheitsrelationen vor. Der verzerrte Preismechanismus lenkt knappe Ressourcen in eine ineffiziente Verwendung.

Negative Distributionseffekte:

Inflation kann eine unerwünschte Umverteilung von Einkommen und Vermögen bewirken. Betrachten Sie die folgenden Gruppen:

- Gläubiger und Schuldner: Wenn die Höhe der Schuld in nominalen Geldeinheiten fixiert ist, dann werden die Gläubiger gegenüber den Schuldnern benachteiligt. Durch die Inflation erhalten sie real einen geringeren Geldwert zurück.
- Besitzer von Geld- und Sachvermögen: Ein Anstieg des Preisniveaus schädigt die Besitzer von Geldvermögen. Im Gegensatz zu den Besitzern von Sachvermögen müssen sie einen Kaufkraftverlust hinnehmen.
- Empfänger von Löhnen: Wenn die Tarifparteien die Nominallöhne erst mit zeitlicher Verzögerung dem Anstieg des Preisniveaus anpassen, benachteiligt Inflation die Lohnempfänger. Ihr Reallohn sinkt.
- Empfänger von Transfereinkommen: Sofern die politischen Entscheidungsträger die Transferbeträge erst verzögert an das gestiegene Preisniveau angleichen, schädigt Inflation die Transferempfänger (zum Beispiel Rentner und Sozialhilfeempfänger).

Ökonomen diskutieren vor allem zwei Strategien zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung äußerst kontrovers: nachfrageorientierte versus angebotsorientierte Stabilisierungspolitik. Die nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik bezeichnet man auch als antizyklische Fiskalpolitik; sie basiert auf der keynesianischen Theorie.

Die angebotsorientierte Variante findet hingegen ihre Wurzeln in der klassisch-neoklassischen Theorie und im Monetarismus.

Beachten Sie bitte: Diese recht grobe Polarisierung dient als didaktische Hilfe. Die Anhänger ein- und derselben Strategie vertreten in manchen Detailfragen unterschiedliche Auffassungen. Einige Ökonomen präferieren auch eine gemischte Strategie, bei der Instrumente aus beiden Konzeptionen miteinander verknüpft werden.

2. Nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik

Charakteristische Merkmale

Die Klassiker der Nationalökonomie waren davon überzeugt, dass ökonomische Krisen wie Arbeitslosigkeit allenfalls vorübergehend möglich sind. Auf lange Sicht wird der Marktmechanismus stets zu einem Gleichgewicht zurückfinden.

Es war der britische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946), der die klassische Theorie in Frage stellte: "In the long run, we are all dead" - mit diesem berühmten Ausspruch brachte er seine Kritik auf den Punkt.

Keynes stand unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Angesichts der erdrückenden Massenarbeitslosigkeit suchte er nach praktischen Rezepten, um wirtschaftliche Fehlentwicklungen vor allem zügig zu bewältigen.

Auf seinen Gedanken, die zahlreiche Ökonomen später weiterentwickelten, basiert die nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik. Mit der Verabschiedung des "Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz)" im Jahre 1967 fand sie auch in der Bundesrepublik Anwendung.

(1) Grundannahmen

Die Vertreter der nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik beziehen sich im wesentlichen auf folgende zwei Prämissen:

- Instabilität der Marktwirtschaft:
Ein marktwirtschaftliches System ist inhärent instabil. Allenfalls zufällig ist ein Gleichgewicht auf den Güter- und Faktormärkten möglich. In der Regel herrscht jedoch eine Tendenz zur Unterbeschäftigung. Der Marktmechanismus kann ökonomische Krisen weder verhindern noch lösen (Marktpessimismus).
- Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage: Wirtschaftskrisen finden ihre Ursache in einer schwankenden gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage. Nur bei einer stabilen Nachfrage ist eine gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft möglich. Das Saysche Theorem, wonach sich jedes Angebot seine Nachfrage schaffe, gilt folglich nicht.

Die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage (YN) besteht aus:

- der Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte (C), der Investitionsgüternachfrage der Unternehmungen (I),
- der Nachfrage des Staates nach Waren und Dienstleistungen (ASt),
- dem Saldo aus Exportgüternachfrage und Importen (Ex-Im).

Eine Volkswirtschaft befindet sich im Gleichgewicht, wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage (YN) dem maximal produzierbaren Güterangebot (YA) entspricht.

(2) Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

Die Instabilität der Wirtschaft erfordert korrigierende Eingriffe des Staates. Die nachfrageorientierte

Stabilisierungspolitik zielt darauf ab, konjunkturelle Schwankungen durch eine antizyklische Variation der staatlichen Einnahmen und Ausgaben (Fiskalismus) zu glätten.

Der zentrale Ansatzpunkt der Politik bildet die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage. Je nach konjunktureller Lage sind zwei unterschiedliche Ansätze zu unterscheiden:

- Expansive Fiskalpolitik: In einem konjunkturellen Abschwung bzw. in der Depression ist die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage im Verhältnis zum Produktionspotential zu gering. Es kommt zu Arbeitslosigkeit. Um die Nachfragerückstände zu verringern, muss der öffentliche Sektor die Staatsausgaben erhöhen bzw. seine Steuereinnahmen senken.
- Kontraktive Fiskalpolitik: In einem Konjunkturaufschwung bzw. im Boom ist die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage im Verhältnis zum Produktionspotential zu hoch. Inflation ist die Folge. Um den Nachfrageüberhang zu vermindern, muss der Staat seine Ausgaben reduzieren bzw. die Steuereinnahmen erhöhen.

Die Wirtschaftspolitiker können die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage (YN) entweder indirekt oder direkt steuern:

- indirekter Einfluss: Mit der Variation der Steuern und Transfers (Subventionen und Sozialtransfers) lässt sich das verfügbare Einkommen der Haushalte bzw. die Ertragslage der Unternehmungen verändern. Der Staat beeinflusst dadurch mittelbar die Konsumgüternachfrage der Haushalte (C) und die Investitionsgüternachfrage der Unternehmungen (I).
- direkter Einfluss: Mit öffentlichen Realausgaben für Waren- und Dienstleistungen (ASt) tritt der Staat selbst als Nachfrager in Erscheinung.

Die Regierung versucht, die Aggregate der privaten Nachfrage, also die gesamte Konsum- und Investitionsnachfrage, zu beeinflussen. Einzelne Märkte oder die Entscheidungen einzelner Akteure stehen nicht zur Disposition. Man spricht daher auch von Globalsteuerung.

Die Idee der antizyklischen Nachfragesteuerung lässt sich auch graphisch veranschaulichen. Betrachten Sie dazu bitte erneut den idealisierten Konjunkturverlauf.

Während eines konjunkturellen Aufschwungs betreibt der Staat eine kontraktive Fiskalpolitik. Die staatlichen Ausgaben sind niedriger als die Einnahmen; idealerweise lassen sich Rücklagen bilden. Die Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage drosselt die überhitzte Konjunktur und vermeidet Inflation.

In der Rezession betreibt der Staat eine expansive Fiskalpolitik. Die staatlichen Ausgaben sind höher als die Einnahmen; die Rücklagen werden aufgelöst. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bricht daher nicht völlig ein; Arbeitslosigkeit bleibt aus.

Durch den antizyklischen Einsatz der öffentlichen Finanzen lassen sich die Konjunkturschwankungen glätten. Die staatlichen Akteure ermöglichen eine gleichmäßige ökonomische Entwicklung.

Damit die fiskalpolitischen Instrumente überhaupt eine Wirkung entfalten, müssen jedoch folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Das Volumen der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben muss ausreichend groß sein, so dass sich bei ihrer Änderung fühlbare Effekte auf die Wirtschaft entfalten.
- Eine Variation der Haushaltspositionen muss auch kurzfristig institutionell möglich sein. Die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben dürfen nicht langfristig durch politische Beschlüsse oder rechtliche Normen fixiert sein.

Multiplikatoreffekte

In den Augen der keynesianisch orientierten Ökonomen ist die Variation der staatlichen Finanzen deshalb so wirkungsvoll, weil sie Multiplikatoreffekte auf die gesamte Volkswirtschaft auslöst: Wenn etwa der öffentliche Sektor die Staatsausgaben um eine bestimmte Einheit steigert, so erhöht sich dadurch das Volkseinkommen um ein Vielfaches.

Die multiplikativen Wirkungen stehen daher im Zentrum der nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik. Sie lassen sich auch formal herleiten.

Betrachten Sie eine geschlossene Volkswirtschaft ohne indirekte Steuern und Transferzahlungen. Die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage (YN) setzt sich dann aus der Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte (C), der Investitionsgüternachfrage der Unternehmungen (I) und den Realausgaben des Staates (ASt) zusammen:

$$YN = C + I + ASt \quad (1)$$

In der keynesianischen Theorie lautet die Konsumgüternachfrage der Haushalte:

$$C = C_{aut} + C' \cdot Y \quad (2)$$

Das Produkt aus marginaler Konsumneigung (C') und Volkseinkommen (Y) bringt zum Ausdruck, dass ein Teil des Konsums von der Höhe des laufenden Einkommens abhängt, d.h. es wird immer ein bestimmter konstanter Prozentsatz des Einkommens konsumiert. Der Konsum geht demnach zurück, wenn im konjunkturellen Abschwung das Volkseinkommen sinkt.

Ein gewisser Teil der Konsumnachfrage ist allerdings unabhängig vom Einkommen. Denn selbst in der Depression werden die Haushalte etwas konsumieren. Es handelt sich dabei um den sogenannten autonomen Konsum (C_{aut}).

Wenn Sie die keynesianische Konsumfunktion (2) in die Funktion der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage (1) einsetzen, ergibt sich:

$$YN = C_{aut} + C' \cdot Y + I + ASt$$

Ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt (Y) herrscht dann, wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage YN mit dem von den Unternehmungen in der laufenden Periode erzeugten Güterangebot YA übereinstimmt:

$$Y = YA = YN = C_{aut} + C' \cdot Y + I + ASt$$

Also:

$$Y = C_{aut} + C' * Y + I + A_{St}$$

Bringen Sie nun die Variable Y auf die linke Seite der Gleichung:

$$Y = C_{aut} + C' * Y + I + A_{St}$$

$$Y - C' * Y = C_{aut} + I + A_{St}$$

$$Y (1 - C') = C_{aut} + I + A_{St}$$

$$Y = 1 / (1 - C') * (C_{aut} + I + A_{St})$$

In Veränderungsgrößen ausgedrückt, ergibt sich:

$$DY = 1 / (1 - C') * (DC_{aut} + DI + DA_{St})$$

Den Term $1 / (1 - C')$ bezeichnet man auch als den elementaren Multiplikator. Er gibt an, wie stark sich das Volkseinkommen verändert, wenn sich die Nachfragekomponenten (autonomer Konsum, Investitionen oder Staatsausgaben) verändern.

Angenommen der autonome Konsum und die Investitionen seien konstant. Die marginale Konsumneigung betrage 0,8.

Wie verändert sich das Volkseinkommen, wenn der öffentliche Sektor seine Realausgaben um eine Einheit erhöht?

$$DY = 1 / (1 - C') * DA_{St}$$

$$DY = 1 / (1 - 0,8) * 1$$

$$DY = 5$$

Das verblüffende Ergebnis: Jede zusätzliche Einheit der Staatsausgaben erhöht das Volkseinkommen um fünf Einheiten. Dieser Multiplikatoreffekt bildet nach Auffassung der keynesianisch orientierten Ökonomen eine zentrale theoretische Begründung für fiskalpolitische Interventionen.

IS-LM-Modell

Mit Hilfe des makroökonomischen IS-LM-Modells lässt sich die Wirkung der nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik graphisch veranschaulichen.

Die *IS-Kurve* ist der geometrische Ort aller Kombinationen von Volkseinkommen (Y) und Zins (i), bei denen sich der Kapitalmarkt im Gleichgewicht befindet. Geplante Investitionen (Investments) und geplantes Sparen (Savings) stimmen überein.

Die *LM-Kurve* ist der geometrische Ort aller Kombinationen von Volkseinkommen (Y) und Zins (i), bei denen sich der Geldmarkt im Gleichgewicht befindet. Geldnachfrage (Liquidity Demand) und Geldangebot (Money Supply) sind gleich hoch.

Betrachten Sie nun die folgenden beiden Szenarien:

(1) Investitionsfalle

In einer Investitionsfalle haben die Unternehmungen denkbar schlechte Ertragserwartungen - zum Beispiel während einer Depression. Auch wenn der Zins auf dem Kapitalmarkt extrem fällt, sind die Unternehmungen nicht zu neuen Investitionen bereit.

Die senkrecht verlaufende IS-Kurve repräsentiert die zinsunabhängige Investitionsnachfrage. Der Schnittpunkt mit der LM-Kurve (Punkt P) zeigt die Höhe des Volkseinkommens (Y_0) und die Höhe des Zinssatzes (i_0).

Aufgrund der mangelnden Investitionsnachfrage könnte die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage so gering sein, dass Arbeitslosigkeit herrscht. In einer solchen Situation kann der Marktmechanismus keine Lösung herbeiführen.

Die Lösung: Der öffentliche Sektor verschuldet sich am Kapitalmarkt und betreibt eine expansive Fiskalpolitik. Durch die zusätzlichen Staatsausgaben für Waren und Dienstleistungen verlagert sich die IS-Kurve von IS_0 nach IS_1 . Das Volkseinkommen steigt von Y_0 auf Y_1 , der Zins von i_0 auf i_1 . Das neue Gleichgewicht liegt im Punkt Q.

Durch die gestiegene Güternachfrage benötigen die Produzenten neue Arbeitskräfte. Die Beschäftigung steigt.

(2) Liquiditätsfalle

In einer Liquiditätsfalle ist der Zinssatz für Wertpapiere, gemessen an den Erwartungen potentieller Geldanleger, auf einem extrem niedrigen Niveau. Jeder vermutet, dass der Zins in Zukunft ansteigen wird. Daher ist niemand bereit, festverzinsliche Papiere zu kaufen: Denn bei steigenden Zinsen fallen ihre Kurse. Um Spekulationsverluste zu vermeiden, ziehen die Menschen Geldhaltung vor. Infolge dieser sogenannten absoluten Liquiditätspräferenz kann der Zins nicht mehr unter das Niveau von i_0 fallen. IS- und LM-Kurve schneiden sich im Punkt R.

Das kann folgendes Problem verursachen: Zwar ist der Zinssatz in den Augen potentieller Geldanleger extrem niedrig. Für eine ausreichende Investitionsnachfrage der Unternehmungen kann er aber immer noch zu hoch sein. Bleiben Investitionen in großem Maße aus, könnte die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage insgesamt so gering sein, dass sie Arbeitslosigkeit hervorruft. Mit dem Volkseinkommen Y_0 ist also Unterbeschäftigung verknüpft. Auch in dieser Situation kann der Marktmechanismus keine Lösung herbeiführen.

Erhöht allerdings der öffentliche Sektor im Zuge einer expansiven Fiskalpolitik die Realausgaben, dann verschiebt sich die IS-Kurve von IS_0 zu IS_1 . Multiplikatorwirkungen begleiten diesen Prozess. Punkt S veranschaulicht das neue Gleichgewicht. Das Volkseinkommen steigt von Y_0 auf Y_1 , während das Zinsniveau von den staatlichen Maßnahmen unberührt bleibt.

Mit den erhöhten Staatsausgaben steigt die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage an: Die Arbeitslosigkeit geht zurück.

Kritik

Die nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik blieb nicht frei von Kritik. Fünf dieser Kritikpunkte seien ausführlicher diskutiert:

(1.) Zeitliche Verzögerungen

Die Gegner der antizyklischen Nachfragesteuerung bemängeln in erster Linie, dass deren Programme erst mit zeitlicher Verzögerung (time lag) wirken. Die gesamte zeitliche Verzögerung lässt sich in eine Innen- und eine Außenverzögerung unterteilen:

- Innenverzögerung (inside lag): Der inside lag beschreibt jene zeitliche Verzögerung, die im internen Handlungs- und Entscheidungsbereich der fiskalpolitischen Akteure angesiedelt ist.
- Außenverzögerung (outside lag): Der outside lag umfasst die zeitliche Verzögerung, die in externen marktlichen Prozessen ihre Ursache findet.

Im einzelnen können folgende Verzögerungen auftreten:

- Störungsverzögerung (disturbance lag):
Es vergeht Zeit, bis sich aus einer sektoralen Wirtschaftskrise ein gesamtwirtschaftlicher Konjunkturreinbruch entwickelt.
- Erkennungsverzögerung (recognition lag):
Die Regierung erkennt den Konjunkturreinbruch zu spät, weil das statistische Datenmaterial zu schlecht ist.
- Diagnoseverzögerung (diagnostic lag):
Die Analyse der ökonomischen Störung durch die fiskalpolitischen Akteure dauert zu lange.
- Entscheidungsverzögerung (decision lag):
Die Entscheidung über einen konkreten Handlungsbedarf und die Auswahl geeigneter fiskalpolitischer Instrumente benötigt einen zu langen Zeitraum.
- Operationelle Verzögerung (operational lag):
Es verstreicht wertvolle Zeit, bis sich die fiskalpolitischen Instrumente auf das Verhalten der Marktteilnehmer auswirken.

Je mehr Zeit vergeht und je kürzer der Konjunkturzyklus dauert, desto größer ist die Gefahr einer verfehlten Fiskalpolitik. Beträgt der gesamte time lag genau einen Konjunkturzyklus, so verschärfen die Interventionen sogar die konjunkturellen Schwankungen. Die Abbildung zeigt die prozyklische Wirkung der Politik: Sie erhöht die Konjunkturschwankungen, anstatt sie zu glätten.

(2.) Verdrängung privatwirtschaftlicher Aktivitäten

Darüber hinaus bemängeln die Kritiker der nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik, dass das staatliche Engagement privatwirtschaftliche Aktivitäten verdrängt. Ökonomen bezeichnen dieses Phänomen als crowding-out.

Betrachten Sie noch einmal das IS-LM-Modell:

Der Staat verschuldet sich auf dem Kapitalmarkt, um eine expansive Fiskalpolitik zu finanzieren. Durch die erhöhten Ausgaben für Waren und Dienstleistungen verschiebt sich die IS-Kurve von IS₀ nach IS₁. Wenn der Multiplikatoreffekt wie beabsichtigt wirkt, vergrößert die zusätzliche Staatsnachfrage das Volkseinkommen von Y₀ auf Y₂. Tatsächlich stellt sich aber nur Y₁ ein.

Der Grund: Durch die zusätzliche Kapitalnachfrage des öffentlichen Sektors steigt der Zinssatz von i_0 auf i_1 . Kapital wird damit auch für private Investoren teurer. Der höhere Zinssatz drängt ihre ökonomischen Aktivitäten zurück. Die staatliche Investition verdrängt private Investitionen. Das crowding-out entspricht in der Graphik der Strecke Y₁Y₂.

(3.) *Mangelnde politische Durchsetzbarkeit*

Ein schwerwiegendes Problem der antizyklischen Nachfragesteuerung besteht in ihrer politischen Durchsetzbarkeit.

Die fiskalpolitische Praxis zeigt, dass die staatlichen Entscheidungsträger überwiegend expansive Maßnahmen ergreifen. Auf notwendige Ausgabenkürzungen im Konjunkturaufschwung verzichtet die Regierung jedoch gern. Eine zunehmende Staatsverschuldung ist die Folge.

Aus dieser Kritik hat sich die Theorie der politischen Konjunkturzyklen entwickelt. Ihre Kernaussage: Die staatlichen Entscheidungsträger rufen sogar gezielt Konjunkturschwankungen hervor.

Bedenken Sie: Das Hauptinteresse der Regierung besteht darin, dass die Bürger sie wiederwählen. Daher sind Politiker versucht, mit den Mitteln der Fiskalpolitik zu einem Wahltermin ein (kurzfristig) höheres Wirtschaftswachstum und niedrigere Arbeitslosigkeit zu erzielen.

Nach der Wahl erhöhen sie gemäß der Theorie der politischen Konjunkturzyklen die Steuern, um die expansive Politik nachträglich zu finanzieren. Diese Strategie haben die Bürger bis zur nächsten Wahl wieder vergessen. Aus Dank über erneute "Wahlgeschenke" geben sie der Regierung wiederum ihre Stimme.

(4.) *Rationale Erwartungen*

Nach Ansicht der amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Robert Lucas und Robert Barro ist die nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik per se zum Scheitern verurteilt. Sie begründen dies mit der Theorie rationaler Erwartungen: Denn die Menschen leiten aus dem Einsatz des fiskalpolitischen Instrumentariums in der Vergangenheit Erwartungen für die Zukunft ab. Sie antizipieren die künftige Politik des Staates, berücksichtigen dies in ihrem eigenen Handeln und neutralisieren damit die instrumentelle Wirkung.

Ein Beispiel:

Der öffentliche Sektor verschuldet sich auf dem Kapitalmarkt, um eine expansive Fiskalpolitik zu finanzieren. Die privaten Wirtschaftsakteure wissen jedoch, dass der Staat seine Schulden nur durch höhere Steuern in der Zukunft begleichen kann. Darauf richten sich die rationalen Individuen ein: Sie leisten bereits in der Gegenwart einen Konsumverzicht, um die künftige Steuerlast tragen zu können. Damit ist die Politik zur Wirkungslosigkeit verdammt. Trotz des zusätzlichen staatlichen Engagements bleibt die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage konstant.

(5.) *Ordnungspolitische Bedenken*

Der Einsatz des fiskalpolitischen Instrumentariums stellt einen ebenso unzulässigen wie schädlichen Eingriff in das Marktgeschehen dar - so die Gegner der Politik. Die Interventionen wirken auf mittlere Sicht wie eine gefährliche Droge, welche die Menschen immer abhängiger macht. Die Marktteilnehmer verlassen sich zunehmend auf den Staat, wenn die Konjunktur ins Schwanken gerät. Eigeninitiative erlahmt immer mehr, wirtschaftliches Wachstum bleibt aus.

Dieser Kritikpunkt leitet über zum nächsten Kapitel: die angebotsorientierte Stabilisierungspolitik.

3. Angebotsorientierte Stabilisierungspolitik

Charakteristische Merkmale

Die nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik zeigte in der wirtschaftspolitischen Praxis der siebziger Jahre wenig Erfolg. Im Gegenteil: In fast allen westlichen Industrienationen herrschte zu dieser Zeit zugleich hohe Arbeitslosigkeit und starke Inflation (Stagflation).

Dies führte zu einer Renaissance des (neo-)klassischen Denkens und zu einem Wandel der Wirtschaftspolitik. Vor allem die amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman und Robert Lucas forderten eine Abkehr von der antizyklischen Nachfragesteuerung.

Seither versuchen die meisten Regierungen der westlichen Industrienationen, eher eine angebotsorientierte Politik zu betreiben. Eine extreme supply side economics etablierte Margaret Thatcher nach ihrem Amtsantritt im Jahre 1979 in Großbritannien ("Thatcherism"). In den Vereinigten Staaten folgte 1981 Ronald Reagan ("Reaganomics"). Eine gemäßigte Variante fordert in der Bundesrepublik der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; dabei soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage allerdings nicht völlig ausgeblendet bleiben.

Friedman war davon überzeugt, dass expansive Fiskalpolitik auf längere Sicht lediglich Inflation hervorrufe, ohne Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Umgekehrt steigere kontraktive Fiskalpolitik die Arbeitslosigkeit, ohne dass die Inflation abnehme: ein Teufelskreis, der schließlich in Stagflation münde.

Die politischen Entscheidungsträger müssen daher die kurzfristige und hektische Variation der staatlichen Finanzen durch eine langfristige und konstante Wirtschaftspolitik ersetzen. Die Grundannahmen der Strategie verdeutlichen die Distanz zur nachfrageorientierten Stabilisierungspolitik:

(1) Grundannahmen

In der Tradition Adam Smiths basiert die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik auf zwei zentralen Prämissen:

- Stabilität der Wirtschaft: Ein marktwirtschaftliches System ist inhärent stabil. Das freie Spiel der Marktkräfte bringt mögliche konjunkturelle Schwankungen eigenständig zum Ausgleich (Marktoptimismus). Die Fehlentwicklungen, die in der wirtschaftlichen Realität zu beobachten sind, beruhen nicht auf Mängeln des Marktmechanismus. Die Ursachen liegen vielmehr in staatlichen Interventionen.
- Bedeutung des gesamtwirtschaftlichen Angebots: Das Saysche Theorem gilt: Jedes Angebot schafft sich selbst seine Nachfrage. Damit sich eine Wirtschaft positiv entwickelt, muss sich das Angebot aber auch frei entfalten können. Blockieren hingegen (ungerechtfertigte) administrative Zwänge oder staatliche Regelungen die Angebotsbedingungen, sind ökonomische Krisen unvermeidbar.

(2) Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

Angebotsorientierte Stabilisierungspolitik basiert auf dem zentralen Leitgedanken: Der Marktmechanismus muss reaktiviert werden. Dem Staat kommt lediglich die Aufgabe zu, durch eine konstante und verlässliche Ordnungspolitik die Angebotsbedingungen in einer Volkswirtschaft zu optimieren.

Die staatlichen Akteure müssen vor allem die einzelnen Politikfelder koordinieren und die Kompetenzen zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik eindeutig abklären.

Allgemeine Wirtschaftspolitik:

Ein Hauptanliegen der angebotsorientierten Stabilisierungspolitik besteht darin, den privaten Sektor zu stärken. Der Staat solle sich hingegen aus den marktwirtschaftlichen Prozessen so weit wie möglich zurückziehen. Folgende generelle Empfehlungen sind damit verbunden:

- Deregulierung: Die Politik soll die privatwirtschaftlichen Aktivitäten von unnötigen administrativen Fesseln befreien. Denken Sie zum Beispiel an komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren.
- Privatisierung: Der öffentliche Sektor soll sich nicht selbst am Markt betätigen. Statt dessen sollte er verstaatlichte Wirtschaftsbereiche in private Hände überführen.

Geldpolitik:

Der Geldpolitik - institutionalisiert in einer unabhängigen Notenbank - fällt eine herausragende Rolle zu. Daher bezeichnet man die angebotsorientierte Stabilisierungspolitik manchmal auch als Monetarismus.

Milton Friedman schlug vor, die Inflation mit folgendem Konzept zu bekämpfen: Die Notenbank soll die Geldmenge jährlich mit einer konstanten Rate wachsen lassen, die dem zukünftig erwarteten realen Wirtschaftswachstum entspricht. Diese Geldmengenregel sollte die Regierung sogar in der Verfassung verankern.

Weil die Geldmenge mit der Entwicklung des Produktionspotentials der Volkswirtschaft Schritt halten soll, spricht man auch von einer potentialorientierten Geldpolitik.

Indem die Notenbank das Geldmengenziel im Vorfeld bekannt gibt, können die privaten Akteure verlässliche Zukunftserwartungen bilden. Investoren sind somit eher bereit, ihr Kapital auch in längerfristige Projekte zu binden. Dies stabilisiert die wirtschaftliche Entwicklung und verhindert Inflation.

Beschäftigungspolitik:

Die Hauptverantwortung für einen hohen Beschäftigungsstand liegt nicht in erster Linie beim Staat. Vielmehr stehen die Tarifparteien (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) selbst in der Pflicht, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Denn die Höhe der Löhne ist ein Faktor, der die Arbeitsnachfrage entscheidend beeinflusst. Zu hohe Lohnkosten können ein erhebliches Hemmnis auf dem Arbeitsmarkt darstellen.

Angebotsökonomien empfehlen zweierlei:

- Differenzierte Löhne: Die Löhne sollen stärker den ökonomischen Verhältnissen einer Region und einer Branche Rechnung tragen. Will ein strukturschwaches Gebiet nicht vollends seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren, kann es nicht dieselben Lohnkosten aufweisen wie ein Wachstumspol. Gleiches gilt für Krisenbranchen.
- Produktivitätsorientierte Löhne: Die Löhne sollten dementsprechend die regionale und sektorale Arbeitsproduktivität reflektieren. Auch die unterschiedliche Qualifikation der Arbeitnehmer muss sich deutlicher in der Lohnstruktur niederschlagen.

Diese Forderung trifft nach Meinung vieler Ökonomen auf die neuen Bundesländer zu. Dort haben die Tarifparteien die Reallöhne zu schnell an das westdeutsche Niveau angeglichen. Lohnkosten und Arbeitsproduktivität fallen immer weiter auseinander. Diese Fehlentwicklung spiegelt sich nun in den extremen Problemen auf dem Arbeitsmarkt wider.

Haushalts- und Finanzpolitik:

Die Haushaltspolitik soll lediglich die notwendigen öffentlichen Güter bereitstellen. Im Gegensatz zur antizyklischen Fiskalpolitik verfolgen die öffentlichen Haushalte keine stabilisierungs- oder beschäftigungspolitischen Aufgaben. Im Gegenteil: Erst die hektische Variation der staatlichen Finanzen verursacht konjunkturelle Schwankungen.

Daher gilt es, die öffentlichen Budgets zu konsolidieren und zu verstetigen. Die Regierung soll vor allem Subventionen abbauen, die den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft verzögern.

Steuerpolitik:

Die Befürworter der angebotsorientierten Stabilisierungspolitik diagnostizierten in den meisten westlichen Industrienationen eine überhöhte Steuerlast. Vor allem die hohen Gewinn-, Lohn- und Einkommensteuern legen die Leistungsbereitschaft der Unternehmungen und privaten Haushalte lahm. Sie drängen die Akteure in die Schattenwirtschaft; zahlreiche Betriebe wandern ins Ausland ab.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Arthur Laffer, ein Hauptvertreter der supply side economics, formulierte daher folgende These: Wenn die Regierung die marginalen Steuersätze senkt, erzielt sie aufgrund der positiven Anreizeffekte ein höheres Steueraufkommen.

Die sogenannte Laffer-Kurve veranschaulicht den Zusammenhang zwischen Steueraufkommen und Steuersatz. Wie die Abbildung zeigt, lässt sich bei einem marginalen Steuersatz von 0% kein Steueraufkommen erzielen. Auch bei einer steuerlichen Belastung von 100% wird es zu einem Aufkommen von Null kommen: Die extreme Belastung würgt jeglichen Anreiz für ökonomische Aktivitäten ab. Innerhalb dieser beiden Pole besteht allerdings zwischen Steuersatz und Steueraufkommen ein positiver Zusammenhang.

Den optimalen Steuersatz repräsentiert t_{opt} ; hier können sich die ökonomischen Aktivitäten der Haushalte und Unternehmungen so entfalten, dass ein maximales Steueraufkommen (T_{max}) realisierbar ist. Ein höherer Steuersatz, etwa t_1 , wäre suboptimal. Er erzielt ein wesentlich niedrigeres Steueraufkommen von T_{min} . Dieser überzogene Steuersatz ist aber in den Augen Laffers für viele Volkswirtschaften charakteristisch.

Daher seine Schlussfolgerung: Wenn die wirtschaftspolitischen Akteure den Steuersatz auf t_{opt} senken, ließen sich zwei positive Effekte verwirklichen: Erstens würden die Individuen geringer belastet. Zweitens würde der öffentliche Sektor höhere Steuereinnahmen erzielen (T_{max}).

Kritik

1. Überschätzung des Marktmechanismus

Kritiker der angebotsorientierten Stabilisierungspolitik vertrauen nicht auf die Koordinationsfähigkeit des Marktes. Selbst wenn die Marktwirtschaft inhärent stabil sei, dauerten die Anpassungsprozesse viel zu lange. Die Wirtschaftspolitik müsse jedoch zügig auf mögliche Störungen reagieren können.

2. Budgetdefizite

Die steuerpolitischen Vorschläge sind zu ungenau. Denn so anschaulich das Laffer-Theorem auf den ersten Blick erscheint, so unpraktikabel ist es in der wirtschaftspolitischen Praxis. Um den optimalen Steuersatz erheben zu können, müsste der genaue Verlauf der Laffer-Kurve bekannt sein. Dies ist jedoch in der Realität nicht der Fall. Eine Steuersenkung kann daher (bei konstanten Staatsausgaben) dramatische Budgetdefizite verursachen.

Bei einer Laffer-Kurve L1 lautet der optimale Steuersatz $topt,1$. Betrachten Sie nun aber einen alternativen Verlauf.

Bei einer Laffer-Kurve L2 lautet der optimale Steuersatz $topt,2$. Sie bemerken: Der Steuersatz, der bei einer Laffer-Kurve L1 suboptimal ist, realisiert bei einer Laffer-Kurve L2 ein maximales Steueraufkommen.

Wenn die wirtschaftspolitischen Akteure nun den tatsächlichen Verlauf der Laffer-Kurve falsch einschätzen (L1 statt L2), führt eine Steuersenkung zu einem deutlich niedrigeren Steueraufkommen ($T_{min,2}$); Budgetdefizite bilden (bei konstanten Ausgaben) die Konsequenz.

Dieses Problem tauchte in den USA tatsächlich auf. Die Reagan-Administration senkte 1981/82 nachhaltig die Steuern. Statt des erhofften Anstiegs des Steueraufkommens trat das Gegenteil ein. Aufgrund der dramatischen Budgetdefizite wurden die Abgaben schließlich wieder erhöht.

3. Mangelnde soziale Orientierung

Ein Rückzug des Staates aus der Wirtschaft erfordert zunächst schwierige Anpassungsprozesse. Viele Maßnahmen, die langfristig die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern, empfinden einzelne Bevölkerungsgruppen als unsozial. Denken Sie an die Privatisierung von Staatsbetrieben. Die neuen Investoren müssen zahlreiche Mitarbeiter entlassen, weil die meisten öffentlichen Unternehmungen personell überbesetzt sind.

Der Übergang zur angebotsorientierten Stabilisierungspolitik sollte daher möglichst graduell und berechenbar erfolgen. So könnte der öffentliche Sektor auch in den bislang begünstigten Wirtschaftszweigen eine höhere Akzeptanz erzielen.